Nankin
Blättermeldung
nahme Nankings
Herren Chinas

Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21065, 21047, 22351. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 105848 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Donnerstag, 24. März 1927 | 7. Jahrgang • Nr. 70

Drei Todesopfer des Berliner Blutbads

Hallische Arbeiter! Heute abend 8 Uhr Massenprotestkundgebung im „Volkspark"!

Soll Deutschland ein neues Mussolinien werden?

Halle, 24. März.

Die Tatsachen sind bekannt. Planmäßig organisierter Mordüberfall des Faschistengesindels auf eine Musikkapelle des Roten Frontkämpfer-Bundes. Duldung der Bestialitäten durch monarchistische Schupooffiziere. Planmäßiger Angriff gegen die demonstrierende Arbeiterschaft. Tote, Schwerverwundete.

Von höchstem Interesse ist es, die Haltung des bürgerlichen Staatsapparates zu verfolgen. Die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionsregierung in Preußen duldet das Treiben des Faschistengesindels, und droht dafür mit einer Verfolgung, ja mit einem Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes. Die Abwehraktion der Arbeiterschaft gegen den Faschismus soll durch Einschüchterungsversuche erstickt werden. Die sozialdemokratisch-bürgerliche Preußen-Regierung duldet, daß die Polizeibeamten, die vielfach mit den nichtfaschistischen, faschistenfeindlichen werktätigen Massen sympathisieren, planmäßig durch ihre monarchistischen Offiziere gegen die Arbeiter gehetzt werden. Die einzige Sorge des sozialdemokratischen Innenministers Grzesinski ist, der Bourgeoisie zu zeigen, daß er ein Mann der Ordnung ist, daß er das Vertrauen der bürgerlichen Parteien verdient. Der Geist von Noske lebt.

Im Hintergrunde steht der Bürgerblock. Die Reichsregierung schützt die faschistischen Organisationen, deren Vertreter zum Teil in der größten Regierungspartei prominente Stellen einnehmen.

Nicht nur die klassenbewußten, revolutionären Arbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft muß begreifen, daß der Faschistenüberfall und das darauf folgende Blutbad in Berlin keine Einzelfälle gewesen sind. Es handelt sich um die planmäßige Vorbereitung der Faschisierung Deutschlands. Die Vorgänge, die sich jetzt in Berlin abgespielt haben, können sich, wenn die Arbeiterschaft dagegen sich nicht wehrt, morgen in ganz Deutschland wiederholen. Insbesondere ist damit zu rechnen, daß die faschistischen Organisationen in Mitteldeutschland, dem Berliner Beispiel folgend, planmäßige Ueberfälle auf die nichtfaschistischen Bevölkerungsschichten organisieren werden.

Soll Deutschland ein zweites Mussolinien werden? So steht die Frage. Bisher stand die Mehrheit der Arbeiter auf dem Standpunkt: Der Faschismus sei in Deutschland nicht möglich, weil die Rolle der Arbeiterschaft in Deutschland eine ganz andere ist als in Italien oder in Horthy-Ungarn. Der Faschismus werde es nicht wagen, in Deutschland mit den Mitteln vorzugehen, die er in anderen Ländern angewendet hat.

Dieser Standpunkt ist eine gefährliche Illusion. Die neue faschistische Welle hat einen realen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Hintergrund. Das Großkapital braucht den Faschismus wieder, weil es mit den Arbeitskämpfen nicht fertig wird, weil die Unzufriedenheit der Werktätigen immer mehr wächst, weil die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter rebellieren. Das Großkapital sieht, daß die Kommunistische Partei an Sympathien ständig gewinnt und ist bereit, eine terroristische Aktion gegen die Kommunisten zu unterstützen.

Es geht aber nicht nur um die Kommunisten. Der Faschismus betrachtet alle Nichtfaschisten als Todfeinde. Man denke an Italien, an die grauenhaften Verfolgungen, denen außer Kommunisten und Sozialisten alle Werktätigen, sogar bürgerliche Demokraten, nichtfaschistische Gelehrte, Künstler usw. ausgesetzt sind, wenn sie es wagen, gegen den Faschismus ihr Wort zu erheben.

Der Faschismus ist ferner ein Vortrupp und Werkzeug des kriegslüsternen Imperialismus.

Die Erstarkung des Faschismus liegt im Interesse der Kriegshetzer.

Darum Einheitsfront aller Werktätigen, aller derjenigen, die verhindern wollen, daß Deutschland in ein Paradies der weißen Mordbanden, in eine Hölle für arbeitende und freie Menschen verwandelt wird. Einheitsfront unter Führung der klassenbewußten Arbeiterschaft und ihrer revolutionären Partei, der KPD.

Alle heraus gegen den Faschismus!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 24. März.

Das Vorgehen der Faschisten und Polizei hat bis jetzt drei Todesopfer gefordert. Nachdem am Dienstagabend ein Arbeiter erschossen wurde, ist im Krankenhaus ein Schwerverletzter gestorben. Name und Adresse konnten nicht in Erfahrung gebracht werden, weil die Staatsanwaltschaft die Leiche beschlagnahmt hat. In der Nacht vom Montag zum Dienstag haben die Faschisten einen Spandauer Genossen überfallen und totgeschlagen. Die „Rote Fahne" veröffentlicht eine große Anzahl von Augenzeugenberichten, aus denen hervorgeht, daß die Polizei provozierte und teilweise von hinten in die Menge hineinschoß.

Im Preußischen Landtag erklärte gestern der Innenminister Grzesinski: „Ich sage hier ganz offen, die Beamten hatten gestern Recht, von der Waffe Gebrauch zu machen." Er drohte das eventuelle Verbot des Roten Frontkämpferbundes an. Die Berliner Polizei ist allgemein auf erhöhte Alarmbereitschaft gebracht worden.

Der „Vorwärts" schreibt in seinem Kommentar zur Rede Grzesinskis: „Wenn es den Nationalsozialisten gelingt, einige Kommunisten blutig zu schlagen, so sind die Verletzten menschlich zu bedauern, aber politisch bedeutet das sonst nichts. Dasselbe gilt für den Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei.

Bürgerliche Pressestimmen gegen die Polizeiprovokationen

Berlin, 23. März.

Die Abendpresse beschäftigt sich in spaltenlangen Artikeln mit den blutigen Ereignissen des gestrigen Tages. Die Rechtspresse nimmt sie zum Anlaß, um eine wüste Hetze gegen die Kommunistische Partei und den RFB. loszulassen. Die Tatsache, daß im direkten Auftrag des sozialdemokratischen Innenministers und seines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten die faschistischen Polizeioffiziere unter den Arbeitern, die gekommen waren, um in einer diszipliniert en Demonstration gegen den faschistischen Terror zu protestieren, ein Blutbad angerichtet haben, wird von ihr auf den Kopf gestellt und sie enthüllt eine der Hauptabsichten der Bürgerblock-Bande, indem sie auf ein Verbot von Kundgebungen der Arbeiter-Organisationen und ihre Auflösung hinsteuert. Ganz offen spricht die „Deutsche Tageszeitung" die Forderung aus, der RFB. möge verboten werden. Sie schließt einen Hetzartikel mit den Worten:

„Wir fordern die sofortige Auflösung des RFB., wir fordern, daß sich die Reichsregierung endlich mit diesen skandalösen Zuständen in Berlin und Preußen beschäftigt!"

Diesen Forderungen der Deutschnationalen und Faschisten kommt der sozialdemokratische Polizeipräsident entgegen. Er läßt einen Polizeibericht verbreiten, der eine einzige Verdrehung der Vorgänge darstellt und Arbeiter und Kommunisten beschuldigt, in provokatorischer Absicht die Polizeioffiziere und Mannschaften tätlich angegriffen zu haben. Der „Vorwärts", das einzige Blatt der Linkspresse, das sich nur auf diese Polizeiberichte stützt, wagt die unerhörte Folgerung zu ziehen, daß zu erwägen sei, ob nicht überhaupt

Demonstrationsverbote für die „radikalen Parteien" erfolgen müßten.

Er befolgt damit nur die Richtlinie, die ihm vom Polizeipräsidium, das vollständig unter dem Einfluß der faschistischen Offiziere steht, gegeben wurde.

Dem Polizeipräsidium ist es aber nicht gelungen, mit seiner Verhetzung vollständig die öffentliche Meinung zu vergiften. Unter dem Druck der Tatsachen sind sogar eine Reihe von bürgerlichen Blättern gezwungen, das provokatorische Verhalten der Polizei, ihre blutigen Ueberfälle usw., zu kritisieren. So schreibt beispielsweise die Berliner „Volkszeitung": „Es hat freilich auch den Anschein, als ob nicht an allen Stellen das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten erst nach deren Herausforderungen erfolgte, sondern daß zuweilen mehr Schneidigkeit gezeigt wurde, als in der Situation begründet lag." Die „B. Z. am Mittag" schreibt: „Wir haben jetzt zwei grundverschiedene Systeme der Polizei gesehen. Bei den Hakenkreuzlern war sie erst gar nicht, dann zu schwach und zu spät da, bei den Kommunisten erschien sie am Anfang in allzu sichtbaren Massen von vornherein mit Karabinern usw. . . . Es hat den Anschein, als ob in unserem Straßenpolizeidienst eine gewisse nervöse Desorganisation . . . einzureißen beginnt." Noch stärker wie in diesen Feststellungen, kommt in allen Blättern, die es wagen, Augenzeugenberichte wiederzugeben, zum Ausdruck, daß überall die Provokation auf Seiten der Polizei lag, die wahrhaftig mit einem grundverschiedenen System im Vergleich zum Sonntag, wo es galt, die Faschisten zu beschützen, vorging. So berichtet beispielsweise ein Augenzeuge in der „Vossischen Zeitung", **daß Polizeioffiziere und Beamte auf dem Wilhelmplatz „vollständig die Nerven verloren haben und schneller von den Schußwaffen Gebrauch gemacht haben, als es vielleicht notwendig gewesen wäre".**

Sechs Pfennig für die mitteldeutschen Chemiearbeiter

Die Tarifkommission stimmt dem Angebot der Chemiekönige zu — Lohnabkommen bis zum 1. Mai 1928 Chemiearbeiter, zieht die Lehren!

Am 21. März fanden die Lohnverhandlungen zwischen der Tarifkommission und den Unternehmervertretern der chemischen Industrie, Sektion 5b (Mitteldeutschland), statt. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Tarifkommission einem Angebot der Chemiekönige zugestimmt hat, wonach die Spitzenlöhne für die Betriebsarbeiter ab 1. April 1927 73 Pf. betragen sollen. Das bedeutet eine Lohnerhöhung von sage und schreibe 6 Pf. für die Betriebsarbeiter. Die bisherige Leuna-Zulage von 2 Pf. läuft automatisch weiter. Der Zuschlag für Handwerker, der bisher 20 Prozent betrug, wird auf 25 Prozent erhöht.

Das Abkommen, das bis zum 1. Mai laufen soll, gilt auch für die Gummiindustrie.

*

Die Lohnerhöhung, die durch dieses Abkommen zustande gekommen ist, beträgt auf dem Papier nicht ganz 9 Prozent. Schon hieraus ist es ersichtlich, daß die Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes einem Abkommen zugestimmt haben, daß ungünstiger ist, als die für Frankfurt und Mittelrhein gefällten Schiedssprüche, wo die Lohnerhöhung 10 bzw. 9½ Prozent betrug. Noch jämmerlicher wird das Ergebnis, wenn wir es den Lebenshaltungskosten, den ständig steigenden Preisen, gegenüberstellen. Die Mietserhöhung ab 1. April wird dazu führen, daß der Schiedsspruch praktisch überhaupt keine Besserung der Lage der Chemiearbeiter bedeutet. In kürzester Zeit werden die Lohnsklaven des Giftkapitals feststellen, daß ihr **Reallohn gesunken ist.**

Nur unter stärkstem Druck der Gewerkschaftsopposition hat die Verbandsbureaukratie überhaupt nach monatelanger Verschleppung die Tarifkündigung beschlossen. Dabei wurden die Forderungen der mitteldeutschen Chemiearbeiter auf eine Lohnerhöhung von 25 Prozent von vornherein fallen gelassen. Das Ergebnis wäre aber zweifellos noch schlimmer gewesen, wenn die reformistische Gewerkschaftsführung nicht unter einem gewissen Druck der Belegschaften bzw. der Gewerkschaftsopposition gestanden hätte.

Das Abkomen ist für Mitteldeutschland um so kläglicher, als die ungeheuren Profite des Chemietrusts in wachsendem Maße aus seiner mitteldeutschen Produktion erzielt werden. Einer der bekanntesten Stickstoffspezialisten, Prof. Caro, hielt in diesen Tagen einen Vortrag, in dem er die **Stickstoffproduktion der J. G. Farbenindustrie im Jahre 1926 mit 440 000 Tonnen einschätzte.** Dies ergibt eine

Einnahme von 400 Millionen Mark,

wovon der größte Teil auf die Produktion im Leunawerk entfällt. In Anbetracht der außerordentlich niedrigen Selbstkosten ergibt sich, daß der **Profit auch Hunderte Millionen Mark** betragen muß.

Die Chemiearbeiter müssen aus diesem Schandabkommen die Lehre ziehen. Der Druck, den sie auf die Fabrikarbeiterbureaukratie ausgeübt haben, war ungenügend. Die arbeitsgemeinschaftliche Politik der reformistischen Gewerkschaftsführung führt zu einer Verewigung des Elends und damit der langen Arbeitszeit. Gerade die lange Arbeitszeit ist aber neben dem furchtbaren Antreibersystems die Hauptursache der **schweren Unglücksfälle,** die in den Betrieben des Chemietrusts nacheinander erfolgten. Der Kampf um den Acht- bzw. Siebenstundentag in den Chemiebetrieben muß mit einer wirklich energischen Bewegung verbunden werden, die den entschlossenen Willen der Arbeiterschaft zum Ausdruck bringt, dem Mordsystem in den J. G. Betrieben ein Ende zu bereiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270324-14/fragment/page=0001

Grzesinski gegen die Arbeiter — für die Faschisten

Die SPD.-Führer lehnen Besprechung über das Blutbad der Faschisten ab

(Eigener parlamentarischer Sonderbericht)

Berlin, 23. März.

Der Preußische Landtag begann am Mittwoch die zweite Beratung des Innen-Etats. Die kommunistische Fraktion beantragte, die Polizeidebatte zu führen, was jedoch von den bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten abgelehnt wurde. Diese Mehrheit hatte sicherlich die Absicht, die nationalsozialistischen Strolche und ihre Begünstiger in Schupouniform, sowie den verantwortlichen sozialdemokratischen Innenminister zu stützen, denn sofort erhob sich Grzesinski, um eine Rede zu halten, die ausschließlich sich mit den faschistischen Terrorakten gegen die Arbeiterschaft beschäftigte. Dieser Sozialdemokrat, dem kein Mensch irgendeine energische Handlung gegen das Stahlhelm- und nationalsozialistische Gesindel zutraut, nicht einmal seine eigenen Genossen, redete großspurig von seinen Absichten, die Ruhe und Ordnung unbedingt aufrechterhalten, das Vereins- und Versammlungsrecht einschließlich öffentlicher Demonstration unter allen Umständen schützen zu wollen. Wie dieser Schutz aussehen wird, zeigen die **Lichterfelder Vorgänge, die blutigen Polizeiattaken auf der Weberwiese** und in Charlottenburg, zeigt die **Bereitwilligkeit des Sozialdemokraten Grzesinski, den faschistischen Marsch nach Berlin zur Niederschlagung der Arbeiterschaft am 8. Mai gestatten zu wollen.** Daß die Arbeiterschaft von dem neuen sozialdemokratischen Innenminister in bezug auf die Verteidigung ihrer Rechte nichts zu erwarten hat, bewies Grzesinski mit seinen Ausführungen. Wo hunderte bürgerlicher Zeugen die Provokationen der Faschisten bestätigen, die bürgerliche Presse, ja sogar der **Polizeibericht von Zörgiebel die alleinige Schuld** der Rowdys aus dem reaktionären Lager eingestehen müssen, **wagt Grzesinski zu behaupten, an den zunehmenden Unruhen seien sowohl linksradikale wie rechtsradikale Kreise schuld.** Die Rechtsparteien bemerkten sehr wohl **die Voranstellung der Arbeiterschaft,** die als Hauptschuldige hingestellt werden soll. In den Reden der Deutschnationalen, des Zentrums und der Volksparteiler, die in der heutigen Sitzung noch sprachen, kam dies deutlich zum Ausdruck.

Die Debatte wird Donnerstag mittag 12 Uhr fortgesetzt. Als erster Redner spricht der Genosse Kilian.

Durch Dick und Dünn mit dem Bürgerblock!

Während der Fortführung der außenpolitischen Debatte im Reichstage wurden am Mittwoch zwischendurch die Abstimmungen über den Keudell-Etat vorgenommen. Für die kommunistische Fraktion beantragte Genosse Torgler in Verbindung damit, sofort die

kommunistische Interpellation über den faschistischen Eisenbahnüberfall auf Bahnhof Lichterfelde-Ost

zu besprechen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien, einschließlich der Völkischen und der Sozialdemokraten, abgelehnt. Die Sozialdemokraten haben scheinbar ein lebhaftes Interesse daran, jede Aussprache über das gestrige Verhalten der Berliner Polizei zu verhindern.

Bei den folgenden Abstimmungen über den **Keudell-Etat** zeigte die Sozialdemokratie wieder einmal ihre arbeiterfeindliche Fratze unverhüllt.

Gemeinsam mit den Bürgerblockparteien, den Demokraten und den Völkischen stimmte die SPD. den Antrag der Kommunisten auf Streichung des Gehalts für den Kappisten-Minister v. Keudell nieder.

Nachdem sie also Keudell das Gehalt bewilligt hatte, stimmte sie mit den Kommunisten für den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Keudell. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Bürgerblockparteien und der Demokraten **abgelehnt.** Bei den weiteren Abstimmungen lehnte die **Sozialdemokratie gemeinsam mit den Bürgerblockparteien die kommunistischen Anträge auf Streichung der Mittel für kirchliche Vereinigungen und Einsetzung von Mitteln für die Freidenkerorganisationen gegen die Stimmen der Kommunisten ab.** Sogar die kommunistischen Anträge auf Bewilligung **von 400 000 Mark für die Arbeiter-Turn- und Sportschule** in Leipzig und von je 50 Millionen Mark zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten **stimmte die SPD. gemeinsam mit den Bürgerblockparteien nieder.** Die Anträge der Kommunisten auf Streichung der Mittel für die **Filmprüfstellen** Berlin und München sowie für die Technische Nothilfe lehnte die SPD. gemeinsam mit den Bürgerblockparteien ab. Ebenso wurden die **Mittel für die Erhaltung der monarchistischen Denkmäler** mit den Stimmen des Bürgerblocks und der SPD., **bewilligt.** Für den Antrag, die im Etat für die Durchführung der Olympischen Spiele in Antwerpen vorgesehenen 150 000 Mark zur Durchführung und Beschickung der Spartakiade in Moskau zu verwenden, stimmten außer den Kommunisten nur **zwei Sozialdemokraten.**

Stresemann, Vertrauensmann des Bürgerblocks und der SPD.-Führer

(Kpvd.) **Berlin**, 23. März.

Im Reichstag wurde am Mittwoch die außenpolitische Debatte in Verbindung mit der zweiten Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes zu Ende geführt.

Der Außenminister Stresemann fühlte sich durch die gestrige Rede des Genossen Stoecker und die erneute Feststellung der „Roten Fahne", daß es zwischen Chamberlain, Mussolini und Stresemann feste Vereinbarungen gibt, sehr in die Enge getrieben.

Stresemann ließ deshalb eine neue Rede vom Stapel,

in der er diese Tatsachen zu verwischen suchte.

In den Abstimmungen über den Etat des Außenministeriums wird der **Antrag auf Streichung des Gehalts** für den Außenminister Dr. Stresemann (kommunistischer Antrag) **gegen die Stimmen der Kommunisten** und der Völkischen abgelehnt. **Die SPD.** stimmte auch hier wieder mit den Bürgerblockparteien für Stresemann.

Vor der Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum gegen Stresemann erklärt Dr. **Breitscheid,** daß die Sozialdemokraten sich der Stimme enthalten werden. **Sie hegten kein Mißtrauen gegen den Minister,** würden aber die Verantwortung für die Regierungspolitik den Regierungsparteien überlassen. Der kommunistische Mißtrauensantrag wird dann gegen die Stimmen der Kommunisten und Völkischen **abgelehnt.**

Die kommunistischen Anträge auf Streichung des Gehalts **für den Botschafter beim Vatikan** in Rom, der **acht Millionen Mark für geheime Ausgaben** sowie Streichung der Ausgaben für Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im In- und Auslande (Spitzelfonds im Betrage von rund 3,75 Millionen Mark) **wurden von den** Bürgerblockparteien und der Sozialdemokratie gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Der Antrag des Genossen Stoecker, den kommunistischen Entschließungsantrag auf Anerkennung der Kanton-Regierung als die Regierung des chinesischen Volkes, schon bei der zweiten Lesung abzustimmen, scheiterte an dem Widerspruch seitens der Bayrischen Volkspartei. Die Abstimmung über diesen Antrag wird deshalb **bis zur dritten Lesung zurückgestellt.** Der Außenetat wird darauf nach den Beschlüssen des Ausschusses in zweiter Lesung angenommen.

Ablehnung des hallischen Lohnschiedsspruchs

Metallarbeiter, jetzt gilt's!

Uns wird mitgeteilt:

Eine Geschäftsführer- und Bevollmächtigtenkonferenz nahm am Mittwoch zu dem Arbeitszeitabkommen und Lohnschiedsspruch Stellung. Das Arbeitszeitabkommen ist bereits in einer früheren Konferenz einstimmig abgelehnt worden, der Lohnschiedsspruch wurde ebenfalls in der gestrigen Bevollmächtigten-Konferenz einstimmig abgelehnt. Die Lohngeltungsdauer und die minimalen Erhöhungen sind für die Metallarbeiterschaft unannehmbar. Die Verwaltungen werden im Laufe dieser Woche überall Stellung nehmen. Wir haben die Ueberzeugung, daß die Metallarbeiterschaft des Bezirks sich dem Beschluß der Bevollmächtigtenkonferenz ohne Ausnahme anschließen wird. Es steht bereits fest, daß mehrere große Verwaltungen im Tarifbereich den Lohnschiedsspruch abgelehnt haben.

Der Mehrarbeit-Schiedsspruch im Ruhrbergbau — verbindlich

Berlin, 23. März.

Der unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters für den Bezirk Westfalen am 18. März gefällte Schiedsspruch über die Mantteltarif- und Arbeitszeitregelung im Ruhrkohlenbergbau ist durch den Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Werftarbeiter im Kampf

Die **Hamburger** Werft-Funktionäre beschlossen am 21. März, für die Urabstimmung den Werftarbeitern die Ablehnung des 6-Pf.-Schiedsspruches zu empfehlen.

Die **Werftarbeiter von Bremerhaven haben mit 1907,** also sechs Siebentel Stimmenmehrheit, den Schiedsspruch abgelehnt. Nur 372 Stimmen wurden für die Annahme des Schiedsspruches abgegeben.

Die **Stettiner Werftarbeiter** haben den Schiedsspruch einstimmig abgelehnt.

Auch von den Werftarbeitern in Vegesack wurde der Schiedsspruch fast einstimmig abgelehnt.

Politische Randbemerkungen

Feuerlöschspritze Völkerbund und der „Vorwärts"

Im Leitartikel des „Vorwärts" vom 22. März schreibt der „Vorwärts" in einem Artikel, der die Ueberschrift trägt: „Kriegsgefahr und Völkerbund — Greift Genf in den Balkankonflikt ein?", wörtlich folgendes: „Wo aber bleibt der Völkerbund? Warum ist Genf untätig? Ist der Völkerbund wieder einmal nur dazu da, um zu versagen?" Auf diese Fragen einer alten, besorgten Tante muß es eine Beruhigungspille geben, und die lautet: „Der Völkerbund ist keine automatisch wirkende Feuerlöschanlage, die bei einem bestimmten Hitzegrad von selbst in Funktion tritt. Er ist eine Feuerwehr, die sich nur in Bewegung setzt, wenn sie alarmiert wird." Das Probatmittel des „Vorwärts" aber, um den Brand auf dem Balkan zu löschen, ist das Eingreifen Bürgerblock-Deutschlands in Genf. Die Wächter des Friedens sind gefunden worden. Keudell, Hergt, Stresemann. Heil!

„Das Ende"

Der bekannte hallische Rechtsanwalt Reinhard Wüst zeigt in der neuesten Nummer seiner Zeitschrift „Der Rechtsstaat" unter der Ueberschrift „Das Ende" das Eingehen dieser Zeitschrift an. Gleichzeitig zeigt er in seinem Artikel die Gründe zum Zusammenbruch der Aufwertungsbewegung auf. Er sucht sie in allerlei möglichen persönlichen Angelegenheiten der Aufwertungsführer und in dem kaum mehr vorhandenen Rechtsbewußtsein der Bevölkerung. In Wirklichkeit ist der Zusammenbruch zurückzuführen auf die kleinbürgerliche Grundlage der Aufwertungsbewegung und auf der Tatsache, daß die Aufwertungsbewegung glaubte, als Splitterorganisation allein erfolgreich kämpfen zu können. Ob dies Ende bedeutet, daß man den Kampf gegen den Kapitalismus aufgeben will? Dann ist es allerdings ein Ende. Wenn aber die Liquidierung der Aufwertungsbewegung dazu dient, auf anderer wirklich antikapitalistischer Grundlage in Gemeinsamkeit mit der Arbeiterschaft eine neue Bewegung all der geschädigten Opfer des Kapitalismus aufzubauen, dann ist dieses Ende ein erfolgversprechender Anfang.

Bier her, Bier her oder ich fall um!

Beim Chef der Heeresleitung, General Heye, fand gestern in den Räumen seiner Dienstwohnung in der Bendlerstraße ein Bierabend statt, zu dem außer höheren Offizieren des Heeres und der Marine die Vertreter der Reichsregierung, der preußischen Regierung und der Länder, Vertreter der Parlamente und der Presse sowie Führer der Industrie geladen waren.

Was Aufreizung zum Klassenhaß ist

Die „Frankfurter Zeitung" vom 21. März berichtet: „Die Zensur in Budapest verbot einen Film, „Die Kaiserin", weil ein Stubenmädchen darin träumt, daß sie Kaiserin wird. Das geht nicht. Es handelt sich zwar um einen Traum, aber um einen staatsgefährlichen. Es könne, sagt die Zensur, **„die Meinung erzeugen,** jede beliebige, sonst zum Herrschen ungeeignete Person, wie ein Stubenmädchen, sei auf Grund der Aehnlichkeit mit der echten Thronprätendentin imstande, die oberste Staatsgewalt auszuüben." — Wir in Deutschland sind ja auch davon nicht mehr weit entfernt. Vielleicht zensiert man demnächst alle deutschen Märchenbücher, in denen arme Hirtenknaben sich als getarnte Prinzen entpuppen.

Die Hamburger SPD.-Führer für eine Koalition mit den Deutschnationalen

In der Sonnabend-Nummer des „Hamburger Echo" wird ein Leitartikel veröffentlicht, der die Ueberschrift trägt: „Deutschnationale Wandlung", in dem es wörtlich heißt:

„Das deutsche Volk hat Anlaß, die Gesundung der Deutschnationalen zu wünschen, die Sozialdemokratie, wenn es in ihrer Macht läuge, würde den Prozeß fördern.

Zwar bleibt nach der Atomisierung der völkischen Fraktion vom Rechtsbolschewismus nicht viel übrig, aber der echte Bolschewismus (d. h. die Kommunisten! Red. d. „Kl.") wird noch auf längere Zeit die Sanierung des politischen Geistes der Deutschen erschweren. Immerhin: wenn wirklich die Deutschnationale Partei ihr Feld reinigt und trainiert (?), dann wird ein sehr großer Schritt getan zu dem Ziel der Konstituierung des deutschen Volkes als einer Nation, deren politische Ziele und Methoden übereinstimmen, wodurch allein ein fester und stetiger Kurs gesichert wird.

Die Parteikreise ist akut, die letzte Möglichkeit, daß die Deutschnationalen zu einer verantwortungsbewußten und gestaltungsfrohen Partei sich entwickeln und damit zu einer Kraft, die in der deutschen Geschichte ehrenhafte (!) Spuren hinterläßt, steht vor der Tür."

Unser Hamburger Bruderorgan bemerkt dazu, daß sich mit diesen Ausführungen das seit langem kursierende Gerücht bestätigt, daß die Hamburger SPD.-Führer bereit seien, in eine Koalition mit den Deutschnationalen nach den Senatswahlen im Herbst einzutreten.

Ist Rußland ein Arbeiterstaat?

Nach der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse haben die neuen Sowjetwahlen ohne jede lebendige Anteilnahme der Arbeiterschaft stattgefunden. Das Gegenteil ist die Wahrheit. Zum Beweise dafür stelle ich einige Auszüge aus der „Prawda" über Versammlungen anläßlich der Wahlkampagne zusammen. Rosa Levinné.

In den Duks-Werken

Im Salon eines früheren Großindustriellen versammeln sich Tausende von Arbeitern, um die wichtigen Angelegenheiten des Aufbaues ihrer Sowjetrepublik zu besprechen. Der ehemalige Besitzer sagte einst, der Hunger würde die Revolution erwürgen und die Arbeiter zur Vernunft bringen. Er baute sich eine Villa, der Bau wurde aber nicht ganz fertig, denn die knochigen Fäuste der revolutionären Arbeiterschaft stießen die Besitzer beiseite. Die Arbeiter vollendeten den Bau. Jetzt findet sich darin ein Arbeiterklub, in dem die Mitglieder des Moskauer Sowjets den Arbeitern über ihre Tätigkeit berichten und Kritik entgegennehmen.

Was interessiert den Arbeiter? Hunderte von Zettelchen und Fragen, die auf die Berichterstatter hageln, beweisen es.

„Die Volksbildung ist mangelhaft. Unsere Kinder haben keinen genügenden Begriff von der Grammatik."

„Wird die russische Kohle in flüssiges Oel umgewandelt werden, wie es in Deutschland geschieht? Wenn ja, wann?"

Die Arbeiter wissen, daß sie allein berufen sind, auch die Güter der Kultur und Technik zu verwalten. Wer sollte es denn sonst tun?

„Die Zahl der Wein- und Bierstuben muß verringert werden.

— Die Theater- und Kinopreise müssen ermäßigt werden. —

— Was wird für die vernachlässigten Kinder getan? Wir zahlen unsere zehn Kopeken (etwa 20 Pf.) Beitrag, wollen auch weitere zwanzig Kopeken geben; aber diese Frage muß endlich liquidiert werden. Arbeiter anderer Länder kommen, um sich unsere Arbeit anzusehen; wir müssen uns vor ihnen schämen. Wir nähern uns ja schon dem 10. Jahrestag der Revolution.

— Man muß mehr gegen die Trinkgelder kämpfen. Sie erniedrigen ja die Würde des Menschen, und unser Land ist ja ein sozialistischer Staat."

Welch große Sorge und Liebe zu ihrem Sowjetland offenbaren diese Zettelchen.

Die rote Pressnja

Die gleiche Sorge und Verantwortung um den Aufbau ihres Landes kann man auf allen Versammlungen feststellen. Das ist die Sprache von strengen und peinlich aufmerksamen Herren, die von ihrem Beauftragten, dem Moskauer Sowjet, Rechenschaft verlangen, wenn sie ihm auch ihre Anerkennung für seine Riesenarbeit im letzten Jahre zubilligen müssen.

„Warum wurde auf der Niglinnajastraße ein Haus nicht zu Ende gebaut?

— Was ist mit dem Karl-Marx-Denkmal passiert? Uns wurde gesagt, MOND. (Moskauer Wirtschaftsabteilung) habe 25 000 Rubel gespart. Was braucht man zu sparen? Lieber sollte man den Arbeiterkindern in Fortbildungsschulen unentgeltlichen Unterricht erteilen."

Manchmal werden die Fragen zu detailliert, aber die Arbeiter lassen sich nicht stören: „Ein Abgeordneter der Roten Pressnja muß alles wissen." Und die Arbeiter, die direkt von der Fabrik kommen, vergessen Hunger und Müdigkeit, um die Tätigkeit ihres Sowjets gründlich zu prüfen.

Gosnal-Fabrik

In der zweiten Gosnal-Fabrik hängt ein Schild:

„Belebung der Sowjets, Heranziehung von Parteilosen, Kontrolle der Tätigkeit der Parteimitglieder durch Parteilose — das ist absolut richtig. Lenin."

Diese Losung ist auch absolut charakteristisch für die Stimmung der Versammlung. Eingehend werden die Fragen der Industrialisierung, die Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen, die kleinsten Fragen des alltäglichen Lebens untersucht. Wieviel Spielplätze in den Arbeitervierteln eingerichtet worden sind, wieviel Laternen für die Straßenbeleuchtung angeschafft wurden, wie es mit der Kanalisation steht, wieviel Arbeiter in die Kurorte und Erholungsheime geschickt worden. Ob es wahr ist, daß vor dem Kriege die Kindersterblichkeit 26 Prozent betrug und jetzt nur 12 Prozent; ob es wahr ist, daß man bald an den Bau von großen Steinhäusern herangehen werde; warum man nicht mehr bis 8 Uhr morgens die elektrische Straßenbahn fahren läßt usw. Ein Arbeiter fragte sogar, warum es zugelassen wird, daß Kutscher ihre Pferde prügeln..

Es wird ganze Arbeit gemacht.

Dynamo-Werke

Ein Riesengebäude, das noch nicht ganz vom Gerüst befreit ist. Auch im Versammlungslokal liegt noch überall Sand herum, stehen leere Zementfässer.

„Bauen wir, Genossen, oder nicht?" fragt lustig der Redner die tausendköpfige Menge. Er geht zum Bericht über, erzählt, was alles in diesem Arbeiterviertel geleistet worden ist. Die Straßen wurden gepflastert, ein Sportplatz, eine Wasserleitung angelegt, eine Straßenbahnlinie eingerichtet; früher mußten die Arbeiter den weiten Weg zur Fabrik zu Fuß zurücklegen. Neue Wohnungen werden gebaut, eine Feuerwehr organisiert, ein gut ausgestattetes Ambulatorium eingerichtet. Das Material für den Bau einer Fortbildungsschule für 500 Arbeiterkinder liegt bereit; im Frühjahr beginnt die Arbeit.

Die Arbeiter wissen, warum sie so um die Verteidigungsfähigkeit ihres Staates besorgt sind. Sie überhäufen den Redner mit Fragen nach dem Stand der Roten Armee. Brausender Beifall folgt den Worten eines Arbeiters: Wir alle werden mit der Roten Armee gehen.

Die Lenin-Fabrik

Die Versammlung hat noch nicht begonnen und die Arbeiter unterhalten sich.

Auf dieser Tribüne sprach Lenin, erzählt ein alter Dreher, das Lenin-Denkmal haben wir auch aus eigener Kraft zustande gebracht. Selbst haben wir das Pflaster aufgerissen, selbst die Anlage gebaut und den Stein aufgestellt. Da geht man nun vorbei und denkt an ihn.

Dann erzählt ihr Delegierter zum Sowjet von seiner Arbeit. Er berichtet von den Fabriken und Werkschulen, die sie untersucht haben, über die Strafen für falsches Wirtschaften, für schlechte Durchführung der Sparsamkeitsmaßnahmen. Niemand wird verschont, weder Kommunisten noch Parteilose. Die Fragen sind wie überall rege: Wohnungsbau, Preise, öffentliche Speisehallen, ärztliche Beihilfen für Arbeiterfamilien. Wieviel Arbeiter in der Industrie beschäftigt sind und wie sich die Zahl gegenüber 1914 verschoben hat. Welche neuen Fabriken im neuen Jahre gebaut werden. Ob die Lehrer nicht zu schlecht bezahlt werden und ob der Moskauer Sowjet nicht zu wenig Geld für die Volksbildung ausgibt.

In allen Moskauer Bezirken fanden vor den Neuwahlen des Sowjets Dutzende von Versammlungen statt. Hunderttausende nehmen Anteil an dem Staatsleben, sind berufen und fühlen sich berufen, ein besseres Dasein zu schaffen.

Ein Bild unserer Zeit

Potsdamer Platz nachts 3 Uhr. Ein Arbeitsloser, dem man von weitem ansieht, daß er wochenlang kein Bett mehr gesehen hat, vereinbart mit einem jungen Manne, daß er ihn tüchtig verhauen möchte, damit die Polizei kommt und ihn mitnimmt. Seit Wochen hätte er nicht mehr geschlafen. Die Wartesäle könne er nicht mehr besuchen, da er überall schon bekannt sei, und er bittet inständigst, ihm doch den Gefallen zu tun.

Der andere, auch ein Obdachloser, geht auf diesen Vorschlag ein und man veranstaltet auf dem Potsdamer Platz eine Prügelei. Der Menschenauflauf ist da, aber leider erscheint keine Polizei. Die Bleibe ist bedroht. Die beiden machen sich auf den Weg, um die Polizei zu suchen. Der Geschlagene machte beim nächsten Schupo Anzeige, daß der andere ihn ohne jeden Grund hinterrücks überfallen und geschlagen hätte. Das Ziel ist erreicht und freudig schreitet der Obdachlose neben dem Schupo zur Wache nach der Voßstraße.

Ein Bild unserer Zeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270324-14/fragment/page=0002

Der Naumburger Fememord vor Gericht

Der erste Tag in dem gestern in Gießen begonnenen Fememordprozeß wegen der versuchten Ermordung des Oberleutnants Wagner war fast völlig ausgefüllt durch die Vernehmung der drei Angeklagten. Es stellte sich heraus, daß die Angeklagten sämtlich Mitglieder des „Verbandes nationalgesinnter Soldaten" waren und in engsten freundschaftlichen Beziehungen zu den Mordgesellen Kern und Tillessen standen. Zwischen dem Verband nationalgesinnter Soldaten und der Organisation C bestand enge Verbindung. Der Angeklagte Salomon erklärt, daß wenn Personen der ehemaligen Brigade Ehrhardt bei Rechtsverbänden Mitglieder waren, sich diese als zur Organisation C gehörig betrachteten. Die Angeklagten leiden sämtlich an Gedächtnisschwäche und können sich insbesondere dann nicht mehr erinnern, wenn die Frage auf Gehorsamsverpflichtungen und Femeparagraphen kommt.

Im Januar 1922 wurde der vom Reichsgericht als Kriegsverbrecher verurteilte Oberleutnant Ditmar aus dem Gefängnis in Naumburg befreit. Damals soll sich der Oberleutnant Wagner, der das zur Flucht benötigte Auto führte, „merkwürdig" benommen haben. Auch sonst machten sich in den Kreisen der heute vor Gericht stehenden Mordgesellen Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des Wagner bemerkbar. Angeblich soll er auch in Beziehungen zur französischen Nachrichtenzentrale gestanden haben und an die rechtsradikalen Putschorganisationen ständig mit Erpressungen herangetreten sein.

Im Auftrage des Rathenau-Mörders Kern ist der jetzt angeklagte Salomon, der wegen Mittäterschaft am Rathenau-Mord zurzeit im Zuchthaus sitzt, nach Nauheim gefahren, wo er sich mit dem jetzt ebenfalls angeklagten Schwing in Verbindung setzte. Abends wurden Kern und Wagner von Salomon von der Bahn abgeholt, worauf das übliche Zechgelage folgte. Bereits dort hat Kern an Salomon die Frage gestellt, ob er eine Waffe besitze, und diesem sei klar gewesen, daß Kern den Wagner wegräumen wollte. Von jetzt an gehen die Aussagen der Angeklagten auseinander. Während Salomon behauptet, daß es auf dem Spaziergang zum Großen Teich plötzlich zu einer Schlägerei gekommen sei und Kern den Wagner kopfüber ins Wasser geworfen habe, erklärt Schwing nachdrücklich, daß man sich schon längere Zeit mit dem Plan einer Beseitigung Wagners getragen habe und Nauheim nur deshalb für die Ausführung der Tat ausfuchte, weil es dort sehr ruhig sei. Schwing erklärt weiter, daß er bereits vor der Tat einen etwa 15 Pfund schweren Stein eingepackt und nach dem Tatort gebracht habe. Den Vorgang am Teich erzählt er dann ähnlich wie Salomon. Nur erklärt er im Gegensatz zu diesem mit Bestimmtheit, daß alle drei, also Kern, Salomon und Schwing, den

Wagner gemeinsam in den Teich stürzten, nachdem vorher der vermeintlichen Leiche der Stein in den Mantel geknüpft wurde.

Wagner sei im Wasser wieder zu sich gekommen, worauf Kern mehrmals auf ihn geschossen habe.

Der Angeklagte Heinz befindet sich bekanntlich trotz seiner engen Verbindung mit den Angeklagten und trotzdem ihm die Anklage vorwirft, den Schwing eigens zum Zwecke der Beseitigung Wagners von seiner Organisation zur Verfügung gestellt zu haben, immer noch auf freiem Fuß. Er unterhält sich auf dem Flur vor dem Gerichtssaal sehr eingehend und lächelnd mit den geladenen Zeugen. Daß dieser Mordgeselle sich noch auf freiem Fuße befindet, ist für die Gesamteinstellung des Gerichts bezeichnend. Sie tritt aber durch eine Erklärung des Vorsitzenden noch deutlicher in Erscheinung, als die Vernehmung der Angeklagten auf das gegen Scheidemann geplante Attentat kommt. Hier erklärt der Vorsitzende zynisch und deutlich seine politische Einstellung verraten:

„Wir sind nicht hier hochverräterischer politischer Dinge wegen, sondern wegen der Naumburger Affäre. Ich sehe nicht ein, daß wir gewissen Leuten Material geben sollen, die sich dasselbe, wenn sie es haben wollen, selbst beschaffen sollen."

Der Prozeß geht weiter.

Frankfurter Metallarbeiter gegen Schlichtungskomödie

Frankfurt, 23. März.

Als Antwort auf die Annahme des Schiedsspruches durch die Frankfurter Metallindustriellen und die von ihnen beantragte Verbindlichkeitserklärung hat eine Betriebsrätekonferenz der Frankfurter Metallarbeiter einmütig beschlossen, die Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die wichtigsten Frankfurter Metallbetriebe, zirka 8000 Metallarbeiter, haben am 21. März bzw. am 22. März ihre Kündigung eingereicht, wozu am Ende der Woche noch eine Reihe weiterer Betriebe kommen werden, so daß ab nächster Woche die Frankfurter Metallarbeiter fast restlos im Kampfe stehen werden.

*

Die **Offenbacher Ortsverwaltung** des DMV. hat unter Umgehung des Willens der Verbandsmitglieder den Schiedsspruch der Metallindustriellen angenommen.

RFB.-Lokal durch Schupo besetzt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 24. März.

In Lichtenberg wurde gestern ein Kameradschaftslokal des RFB. von einer Anzahl Schupos besetzt und die RFB.-Kameraden, aber auch alle anderen Anwesenden nach Waffen durchsucht. Sie fanden natürlich keine.

Bewaffnung der Arbeiterschaft in Schanghai

Kommunisten in der Schanghai-Regierung

Schanghai, 22. März.

Das Exekutivkomitee der Volksdelegierten-Konferenz hat heute morgen in der Presse eine Mitteilung über seine Formierung veröffentlicht und die gesamte chinesische Bevölkerung aufgefordert, die Kuomintang-Flagge zu hissen.

Die erste Division des ersten nationalrevolutionären Armeekorps ist heute morgen in Schanghai eingezogen. Indessen befindet sich das ganze chinesische Viertel, ausgenommen der Bezirk der nördlichen Eisenbahnstation, auch heute noch in den Händen der Arbeiter, die infolge der Entwaffnung der Polizei und der Besetzung des Arsenals sich vortrefflich bewaffnet haben. Der gesamte Südbezirk erinnert an die ersten Tage der russischen Oktoberrevolution. Die bewaffneten Arbeiter sehen wie typische Rotgardisten, die den Dienst versehen, aus. Dieser Eindruck verstärkt sich insbesondere im Straßenbahnpark, der eigentlich der Sammelpunkt des Hauptstabes der Aufständischen ist: Die Arbeiter sind dort nicht nur mit Gewehren, sondern auch mit Maschinengewehren und Handgranaten versehen. Für die Versammlungen und Kundgebungen sind überall Tribünen errichtet. Auf der heute stattgefundenen zentralen Versammlung nahmen über 30 000 Personen teil. Es wurden Reden gleichzeitig von mehreren Tribünen gehalten. Den Hauptinhalt der Reden bildete der Aufruf zur Unterstützung des Aufstandes, der ein Teil der nationalrevolutionären Bewegung ist. Ferner riefen die Redner zur Unterstützung der nationaldemokratischen Regierung Schanghais auf und forderten die Demonstranten auf, die nationalrevolutionäre Armee und die Nationalregierung zu begrüßen. Die Redner stellten in ihren Reden die Losung auf: „Nieder mit dem Militarismus und dem Imperialismus!"

In der Sitzung des Exekutivkomitees der Volksdelegierten-Konferenz wurde heute morgen die provisorische Regierung Schanghais auf der Grundlage des von der Nationalregierung angenommenen Komiteesystems gewählt. Die Regierung besteht aus zwölf Personen, darunter mehrere Kommunisten, von denen einer direkt die Schanghaier Organisation der KP. Chinas vertritt, und mehrere Arbeiter. Zu dem gewählten Komitee gehören Vertreter der Handelskammer, des Straßenhändlerverbandes, Studenten und Intellektuelle.

Die imperialistischen Räuber mobilisieren

(Inprekorr.) Schanghai, 22. März

Die aufständischen Arbeiter, die die Schantung-Truppen und Behörden aus Schanghai verjagten, bewaffneten sich rasch, indem sie die Polizei und den Rest der Schantung-Truppen entwaffneten. Die ganze alte und neue Eingeborenenstadt bis zu der Grenze des Fremdenviertels und der französischen Konzession befindet sich in den Händen der Aufständischen, die die revolutionäre Ordnung aufrechterhalten. Anderthalb Tage, nachdem die Arbeiter von innen Schanghai eingenommen haben, zogen die Vortruppen der Nationalarmee heute in die Stadt ein. Die amerikanischen Schiffe landeten 1500 Seeleute, die die Stadt bewachen. Außerdem wurden 1500 Japaner wie auch viele Franzosen, Italiener, Holländer, Portugiesen und Spanier gelandet. Die Gesamtzahl der Fremdentruppen beträgt 15 000. Die russischen Weißgardisten halten sich im Fremdenviertel verborgen. Alle Freiwilligen wurden mobilisiert und versehen den Dienst gemeinsam mit dem englischen Schutzkorps und mit den von den ausländischen Schiffen gelandeten Seeinfanterie-Abteilungen.

10 000 Soldaten der Nordtruppen sind zu den Nationaltruppen übergegangen. Bedeutsam für die Kennzeichnung der Stimmung, die in den Ausländerkreisen Schanghais am Vorabend der Zurückziehung der Schantung-Truppen herrschte, ist ein Aufruf der englischen Presse, die Aufmerksamkeit auf die Arbeiterbewegung zu konzentrieren und außerordentliche Maßnahmen gegen die Kommunisten, deren Prestige einer Aeußerung der „Nord-China Daily News" zufolge gewaltig ist, zu ergreifen.

Ein Aufruf des kantonesischen Kommandanten in Schanghai

Schanghai ein Stützpunkt der Weltrevolution

Schanghai, 23. März.

Der Kommandant der südchinesischen Streitkräfte in Schanghai, Paitschinghsi, hat eine öffentliche Erklärung erlassen, in der er sich gegen die ausländischen Kapitalisten wendet und erklärt, Schanghai werde nicht bloß ein fester Stützpunkt des chinesischen Nationalismus, **sondern auch der Weltrevolution werden.** In der Erklärung heißt es weiter, daß die Bevölkerung zwischen dem angriffslustigen Imperialismus und dem einfachen Fremden einen Unterschied machen muß.

160 000 Streikende in Schanghai

London, 23. März.

Nach einer Reutermeldung aus Schanghai beträgt die Zahl der Streikenden jetzt rund 160 000. Nunmehr sind auch die chinesischen Angestellten der Zollverwaltung in den Streik getreten. Dieser Streik in Verbindung mit dem der Postbeamten, durch den der internationale Postverkehr vollständig lahmgelegt worden ist, droht, wie Reuter feststellt, den Geschäftsverkehr in Schanghai zum völligen Erliegen zu bringen.

Einstellung des Generalstreiks in Schanghai

(Reuter.) Schanghai, 24. März.

Es ist Weisung zur Einstellung des Generalstreiks ergangen.

Heraus zur roten Massenkundgebung am 3. April in Magdeburg

Nachdem das mitteldeutsche Proletariat am 20. März in einer gewaltigen Kundgebung die Märzgefallenen geehrt und gegen das Chemiekapital, das seinen stärksten Machtausdruck im Leuna-Werk aufweist, demonstriert hat,

wird der zweite Vorstoß des mitteldeutschen revolutionären Proletariats am Sonntag, dem 3. April, in der Hochburg des schwarzrotgoldenen Reichsbanners, in Magdeburg, stattfinden.

Diesen Aufmarsch machtvoll und großzügig zu gestalten, muß die Aufgabe jedes klassenbewußten Arbeiters sein. Es gilt, den Proletariern im Reichsbanner Magdeburgs, der Stadt Höfings, zu zeigen, wie stark, wie aktiv, wie mächtig die rote Front ist. Ein machtvoller Aufmarsch in Magdeburg wird gerade in den Kreisen der Reichsbanner-Arbeiter neue Sympathien für den Roten Frontkämpfer-Bund wecken, wird dazu beitragen, daß die Proletarier im Reichsbanner erkennen, daß ihre Interessen als Arbeiter nicht in Gemeinschaft mit Wilhelm Marx und dem Faschistenminister von Keudell verteidigt werden können, **sondern nur in der roten Front.** Der Aufmarsch der roten Front in Magdeburg muß und wird dazu dienen, daß die Reichsbanner-Arbeiter aus ihrem Traum erwachen, daß sie die Gefahren eines neuen imperialistischen Krieges gegen Sowjet-Rußland erkennen, daß sie durchschauen, daß das Reichsbanner als Arbeitsgemeinschaft zwischen Proletariern und Bürgerlichen eine Illusion gewesen ist, von der nur der Kapitalismus profitiert, die Arbeiterschaft aber den Schaden davongetragen hat.

Zeigt den Magdeburger Reichsbanner-Arbeitern die Macht der roten Front!

Zeigt ihnen Euren Willen zur roten Kampffront aller Werktätigen!

Marschiert in Massen auf am 3. April in Magdeburg!

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Die Völkischen suchen Anschluß bei der Wirtschaftspartei. Zwischen den Völkischen um Graefe und Vertretern der Wirtschaftspartei ist über ein Zusammengehen im Reichstag verhandelt worden. Die Verbindung ist aber nicht zustande gekommen, da die Wirtschaftspartei von einem Anschluß der Völkischen nichts wissen will.

Immer noch keine Regierung in Thüringen. Die Versuche zur Bildung einer rein bürgerlichen Regierung haben auch unter der Verhandlungsleitung des Abgeordneten Bauer (DVpt.) wieder zu einem negativen Ergebnis geführt. Der Abgeordnete hat seinen Auftrag an den Landtagsvorstand zurückgegeben.

In Moskau ist die leistungsfähigste Funkstation Europas mit einer Wellenlänge von 1.450 Meter in Betrieb genommen. Die Einrichtungen der Station wurden ausschließlich in Sowjetbetrieben hergestellt.

Letzte Telegramme

Todesurteile im Fememord-Prozeß Wilms beantragt

Auch gegen Schulz und Klapproth

(WTB.) Berlin, 24. März.

In der heutigen Sitzung des Wilms-Prozesses beantragte der Staatsanwalt Rombricht wegen Mordes an dem Feldwebel Wilms die Todesstrafe gegen die Angeklagten: Fuhrmann, Klapproth und Umhofer, gegen Oberleutnant Schulz beantragte er gleichzeitig die Todesstrafe wegen Anstiftung. Staatsanwaltschaftsrat Lesser beantragte gegen den Angeklagten v. Poser wegen Beihilfe 3 Jahre Zuchthaus. Bei den Angeklagten Stanitzen und Budzinsky wurde Freisprechung beantragt.

80]

Zement

Von Fedor Gladkow

Copyright 1926 bei Verlag für Literatur und Politik (Dr. Johannes Wertheim), Wien

Aus dem Russischen übersetzt von Olga Halpern

— Warum machen Sie so einen Lärm, Genosse Tschumalow? Sie schimpfen so laut, daß die Fensterscheiben zerspringen.

Gljeb setzte sich nicht, bemerkte nicht die ausgestreckte Hand. Er stellte sich neben Müller und wandte ihm sein abgemagertes, sonnenverbranntes Gesicht zu.

— Wer hat angeordnet, daß die Arbeit im Werk einzustellen ist?

Müller blitzte wieder mit den Zähnen und machte eine Handbewegung, die demütige Kraftlosigkeit markieren sollte.

— Stellen Sie sich nicht dumm, sondern sagen Sie geradeheraus: welches Vieh hat die Arbeit, die in vollem Gange war, unterbrochen?

Müller zuckte mit dem Kopf, blitzte mit den Gläsern seines Zwickers, und sein Gesicht wurde alt, welk und rostig.

— Vor allem möchte ich Sie bitten, Genosse Tschumalow, in Ihren Ausdrücken vorsichtiger zu sein. Die Fabrikleitung hat damit nichts zu tun. Wir haben die Arbeit eingestellt, weil der Volkswirtschaftsrat wegen Mangel an notwendigen Mitteln es für unmöglich hielt, die Renovierungen ohne Sanktionen der höheren Wirtschaftsorgane fortzusetzen.

— Geben Sie mir die Weisungen des Volkswirtschaftsrates. Habt Ihr Schweinehunde Euch mit dem Volkswirtschaftsrat verständigt: habt geglaubt, daß es Euch gelingen wird, hinter meinem Rücken das Spiel an Euch zu reißen? Habt geglaubt, daß das Industriebureau mich kaltstellen wird und, daß Ihr Erfolg haben werdet? Treibt diesen Spaß nur weiter, Ihr Tauben: es wird mir schon gelingen, Euch alle unter ein Netz zu bringen.

— Woher nehmen Sie das Recht, welches sind die Gründe, Genosse Tschumalow, daß Sie mit so schweren Anschuldigungen kommen? Ich protestiere in kategorischster Weise. Sie sagen unbedachte, verletzende Sachen. Wir sind keine kleinen Kinder: wir dürfen die Grenzen der Instruktionen und Vorschriften, die von oben kommen, nicht überschreiten. Wir sind hier sogar von all diesen Sachen ganz ausgeschaltet worden: alle Magazine sind vom Volkswirtschaftsrat versiegelt, alle Dokumente vom Vertreter des Volkswirtschaftsrates herangeholt worden ... Seien Sie so liebenswürdig und machen Sie ihren Skandal nicht uns, sondern dem Volkswirtschaftsrat.

Gljeb drehte sich zu Müller um und schlug mit der Faust auf den Tisch:

— Bitte, schwätzen Sie mir da keinen Unsinn vor. Ich kenne alle Ihre Machinationen ausgezeichnet. Ich werde das nicht so belassen — wegen Ihrer schönen Augen. Ihr habt wohl die Sache mit der Forstverwaltung vergessen, Freunde? Ihr werdet es an Eurer Haut spüren, wie man solch Gesindel niederknallt. Ihr habt mich für einen Narren gehalten und mir immer mit dem Industriebureau gedroht, aber ich werde Euch Eure Rippen und Schädel einschlagen. Morgen früh werden die Arbeiter die Arbeit beginnen. Die Renovierung muß in zwei Monaten fertig sein, und zum Herbst wird das Werk vollständig in Betrieb gesetzt. Haben Sie mich verstanden?

Müller zuckte mit den Schultern, lächelte verlegen, wollte etwas sagen, verschluckte sich aber durch die plötzliche Trockenheit in seinem Halse.

Auf dem Platze vor der Fabriksleitung drängten sich Arbeiter in kleinen Haufen, in müßiggängerischer Langeweile, saßen im Schatten auf der Erde, vor der Wand, kamen und gingen. Rauchten, schrien durcheinander und lachten laut. Gromada stand auf der höchsten Stufe der Treppe, in der offenen Tür des Bureaus, fuchtelte mit seiner knochigen Faust und krümmte sich vor schwindsüchtiger Erregung.

— Das ist nur vorübergehend, Genossen, aber als Arbeiterklasse müssen wir voller Bewußtsein dieser Sache gegenüber ... und so und weiter ... Wir werden in geschlossenen Reihen durch die Zellen und Versammlungen eine Resolution beschließen, und da der Gewerkschaftsrat uns eine nahestehende Organisation ist — so werden wir auf diese Weise unsere Interessen verteidigen können und werden die Sache dem Revolutionstribunal übergeben ... und all dies Gesindel und allen Unrat an die Wand nageln ...

Die Menschenmasse erdröhnte unter Schreien, Lachen und Beifallsklatschen.

Und nur Sawischuk, in einem zerfetzten Hemd, schob sich durch die Massen, schlug mit den Armen um sich und brüllte:

— Niederhauen muß man sie, diese Ungeheuer! ... Ins Meer mit Ihnen, diesen Hunden! ... Worauf wartet Ihr, Ihr Gesindel, warum seid Ihr so flau? ... Das hasse ich! ...

Gljeb lief die Treppe hinunter und ertrank sogleich in der Masse der staubigen, verschwitzten Gesichter, in den Schreien, der Unordnung, den feuchtklebrigen Händen.

— Ha, da ist er, das Ungeheuer! ... Ach, Du Hund, Du! ... Jetzt wird alles in Ordnung kommen, er wird es in Ordnung bringen, der Krieger! ... Alle wird er sie an die Wand stellen ... Ha, der Teufel hat Dich uns in einer bösen Stunde weggetragen.

Und zwischen diesen freudigen Rufen ertönten auch andere, düstere und strenge:

— Wie ist das also, Genosse Tschumalow, was bedeutet das ... Wenn wir so arbeiten werden — dann ist es schon besser, gleich in die Hölle zu fahren ... Sind das Späße? ... Wir wissen, wessen Streiche das sind ... Diese alten Hautschinder träumen nur vom Zarenregime. Erwarten die Hausherren, die Besitzer ... diese verdammten ... Alle muß man sie vor die Flinten nehmen ... Gutes ist von ihnen nicht zu erwarten ...

Schweißgeruch und Tabaksqualm strömte ihm entgegen, und der Atem in diesem Gedränge war schwer und heiß. Gljeb stieß mit den Schultern die dichten Massen nach rechts und links auseinander.

— Genossen, die Arbeit ist in vollem Gange. Morgen hat jeder nach dem ersten Sirenensignal an seinem Platze zu sein. Diesen ganzen Machinationen der Spezen werde ich bald ein Ende machen und sie selber an die Wand drücken. Ich fahre jetzt in den Volkswirtschaftsrat. Wir werden erbarmungslose Bestrafung der Gegenrevolution verlangen, Genossen. Im Industriebureau habe ich alle Anweisungen bekommen, habe Heizmaterial mitgebracht. Wir werden heute noch den Vernietungen schicken. Und vor allem werden wir die Granulier- und Bohrmaschinen laufen lassen.

Gljeb drängte sich vor, schob die Massen auseinander, konnte aber schwer aus dem Gedränge herauskommen. Die Menschen brüllten, stießen sich auf einer Stelle herum, fuchtelten mit den Armen und stampften mit den Füßen auf dem Beton.

— Tschumalow, hooochheben! ... heeben! ... Tschumalow ...

Sawischuk stieß Gljeb mit aller Wucht mit seiner Faust, heulte wie verrückt und sah ihn durch die kühle Feuchtigkeit seiner Augen an.

— Du Ungeheuer Du ... Gljeb! ... Laß auch die Böttcherei in Betrieb setzen ... So halte ich's nicht aus! ... Ich werde sie prügeln ... dies Gesindel! ...

Gljeb schwenkte seinen Helm über dem Kopf.

— Gromada, wo ist Gromada? ... Stoßt ihn her, Brüder ... So ... komm, fahren wir, Gromada! ...

Gljeb fuhr nicht in den Volkswirtschaftsrat, sondern stieg vor der Türe des Exekutivkomitees aus dem Wagen.

Auf der Treppe, im zweiten Stock, mußte er Gromada fest unter den Arm stützen. Und Gromada keuchte, erstickte fast und glotzte vor Erschöpfung mit seinen Augen.

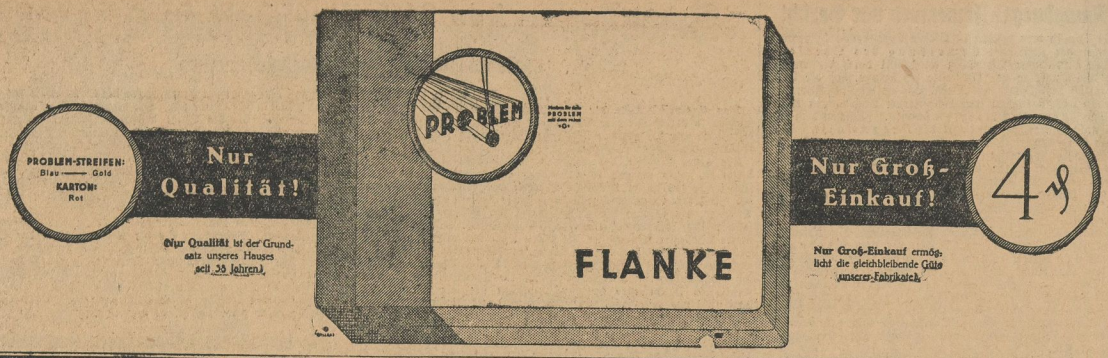
— Pfui, bist eine kreperte Henne, Du Tölpel! ... Für einen Feldzug — taugst Du nicht viel ... Halt! Schöpf Atem, ruh Dich aus zum Kampf ...

— Du weißt doch, Genosse Tschumalow, wie ich bin, wenn mir der Atem vergeht, aber jenen Spezen gebe ich nach vierzig Punkte vor.

— Ha, Berge werden wir umwälzen, zum Teufel noch einmal ... Stimmt schon ... Bist bald krepiert, aber schießen kannst Du — wie ein Maschinengewehr ...

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270324-14/fragment/page=0003



Auf
bequeme Teilzahlung
und
ohne Anzahlung
reserviere ich bis Ostern
Herren- und Damen-Garderobe
739
Möbel aller Art
ohne 1 Pf. Anzahlung
Hermann Liebau
Halle a. d. S.
Merseburger Str. 22 Merseburger Str. 22
Lieferung frei auch nach auswärts! Wagen ohne Firma!
Lieferung frei auch nach auswärts! Wagen ohne Firma!

Stadt-Theater
Heute
Donnerstag, 8 Uhr:
Martha
Freitag, 7½ Uhr:
Egmont
Zahlung der 4. Rate für Freitag-Stammkarten bis Freitagmittag erbeten.

Walhalla
Tel. 2838
Anfang 8 Uhr
Nur noch 8 Tage
Gastspiel d. Berliner Metropol-Theaters
Die große Revue:
Wieder Metropol
26 Bilder nach Ideen von Direktor Friedmann Frederich
Musik v. Julius Fürch
24 Metropol-Girls
350 Kostüme
50 Mitwirkende
Glänzend. Ausstattg.
Gewöhnliche Preise von 60 ₰ bis 4.— Vorverk. ab 11 Uhr ununterbrochen 1744

Schulranzen
Frühstückstaschen
empfiehlt
M. Winkler
Glauchaer Straße 27

Lederstiefel
Gummistiefel
billig bei 53
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15.

Morgen Freitag
Schlachtefest
V. 9 Uhr ab Wellfleisch
B. Kühlewind
Schweitzerstraße 28

Kleiderstoffe :: Baumwollwaren
in größter Auswahl, zu billigsten Preisen
L. Butterbrodt, Wittenberg, Markt 11
Beachten Sie Schaufenster auf diese Firma!

Der Schokoladen-Konsum
Leipziger Straße 27
spricht zu Ihnen!

Erst besinn's und dann beginn's mag ein ganz schönes Sprichwort sein, aber besinnen Sie sich bloß nicht zu lange bei uns! Beginnen Sie sofort mit dem Einkauf im Schokoladen-Konsum. Sie können sonst leicht wieder mal zu spät gekommen sein. Leider ist es Ihnen schon passiert, daß Sie nichts bekommen konnten, weil unsere schönen Artikel blitzschnell vergriffen waren. Das ist bedauerlich, aber bedenken Sie:
50 Geschäfte sind's, die wir versorgen müssen und ein jedes will haben und immer wieder haben. Versäumen Sie nicht die Gelegenheit, denn hier in Halle sind gerade neue Sendungen eingetroffen und Sie können aus reichem Bestand Ihre Wahl treffen.

Was es wieder gibt und was es kostet, sagt Ihnen nachstehendes und wir lassen gern unsere Preise zu Ihnen reden, also hören Sie:

(Die nachstehenden Preise sind für ein halbes Pfund und nicht für ¼ Pfund)

½ Pfd. ganz erstklassige Weinbrandbohnen ..... Mk. 0,68
½ Pfd. Rumkugeln ..... Mk. 0,45
½ Pfd. Schokoladen-Kokosbrocken .. Mk. 0,45
½ Pfd. feine Pralinen in Stanniol Mk. 0,45
½ Pfd. Dessertpralinen (Turnier-Mischung ..... Mk. 0,55
½ Pfd. Dessertpralinen (mexikan. Mischung) sehr fein ..... Mk. 0,65
½ Pfd. Creme-Hütchen-Pralinen .. Mk. 0,38
½ Pfd. Walnuß-Pralinen mit feinster Füllung ..... nur Mk. 0,65
½ Pfd. Bruchschokolade ..... Mk. 0,55
½ Pfd. Nuß-Bruchschokolade mit gerösteten Erdnüssen ..... Mk. 0,55
½ Pfd. Kokosnuß-Bruchschokolade Mk. 0,55
½ Pfd. Milch-Haselnußbruch ..... Mk. 0,75
½ Pfd. Milchkaramellen ..... Mk. 0,38
½ Pfd. Milchnußkaramellen ..... Mk. 0,45
½ Pfd. Korintherbissen ..... Mk. 0,55
½ Pfd. Dragee-Ostereier, gefüllt und ungefüllt ..... Mk. 0,35
½ Pfd. Erfrischungswaffeln ..... Mk. 0,55
2 Tafeln beste Vollmilchschokolade à 100 Gramm .. zusammen Mk. 0,65
½ Pfd. Arrak-Cremebohnen ..... Mk. 0,45
½ Pfd. Mozartpralinen mit feinst. Füllung ..... Mk. 0,65
2 Tafeln allerbeste Haselnuß-Schokolade, zul. 200 g .... Mk. 0,65
1 Riesentarton gefüllt m. Schokoladen-Ostereiern, ganz besonders billig ..... nur Mk. 1,50

Riesenauswahl
von Tafel-Schokoladen, Osterhasen u. -Eiern
Schokoladen-Konsum
Halle, Leipziger Straße 27

Jugendweihe-Glückwunschkarten
zum Preise von 10 ₰ bis 40 ₰ pro Stück empfiehlt
Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle a. S., Lerchenfeldstr. 14
deren Filialen, in **Halle:** Volksbuchhandlung Harz 42/44; **Ammendorf:** Hallische Straße 9; **Merseburg:** Markt 7; **Weißenfels:** Marienstr. 46; **Zeitz:** Karl-Liebknecht-Str. 4; **Eisleben:** Rathausstr. 7; **Wittenberg:** Jüdenstr. 10

Leder
zu bekannt billigen Preisen 97
Sommer & Kurzhals
Albrechtstr 43,
Ecke Geistesstr.

Mädchen
auf das Land gesucht
Emilie Hagelganz,
gewerbsmäßige Stellenvermittlerin, Halle (S.)
Leipziger Str. 4 689

Suche sofort ein
Dienstmädchen
in die Landwirtschaft
Otto Kunth,
Schkopau Nr. 32

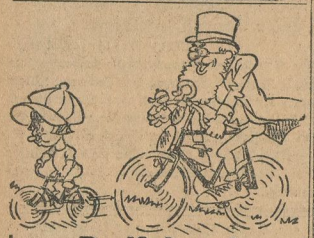
Färben, chemisch reinigen, dekatieren, plissieren
in bekannter Güte
Billigste Preise am Platze Färberei
Arthur Dietrich
Zeitz
Wasservorstadt 9
Gegr. 1865 Tel. 435

Prima
junges fettes
Rammelfleisch
und alles andere
empfiehlt
Max Frommelt
*817 Zeitz
Parzellenstr. 15

Achtung!
Edison-Lichtspiele Elsterwerda
Freitag bis Montag zum Jahrmarkt, Beginn 6½ Uhr:
Metropol-Lichtspiele Hohenleipisch
Nur Freitag 8¼ Uhr:
Das monumentalste und stärkste Filmwerk, welches wir je brachten 806
Der Wolgaschiffer
Ein Film aus der Zeit der russischen Revolution
Die tiefste Liebesgeschichte aller Zeiten in 11 Akten

Ueberzeugen Sie sich
wie gut und billig Sie bei mir kaufen
Konfirmanden-Schuhe und -Stiefel
sowie Frühjahrsartikel
bis zu den feinsten Ausführungen kaufen Sie in allen Größen billigst in
„Krafts Schuhhof", Weißenfels
Am Mühlberg 33, Ecke Wielandstraße
Kein Laden Kein Laden

Zum Schulanfang
Ostertüten
billigst in reicher Auswahl sowie sämtliche
Osterartikel
W. Paul Pömpner
Weißenfels, Jüdenstraße 27
Schokolade — Zuckerwaren — Marmelade



Radfahrer!
Gummi billiger!
Fahrrad-Decke, gutes Leinen .....2,50 Mk.
Fahrrad-Decke, extra prima .....3,50 Mk.
Gebirgsreifen, prima prima.....3,90 Mk.
Stollenreifen ..... 4,— Mk.
Schläuche, extra prima.....1,20 Mk.
Schläuche, prima prima .....1.75 Mk.
Schläuche, rot, extra prima.....1,95 Mk.
Alle anderen Fahrrad-Bedarfsartikel ermäßigte Preise!
Gummi-Bieder
Große Steinstraße, Nähe Markt

Lichtspiel-Theater Wittenberg
zeigt für heute Donnerstag bis Sonntag ein ganz gewaltiges Doppelprogramm:
Gräfin Plättmamsell
eine sehr lustige Geschichte in 6 Akten aus Plätststuben und Grafengemächern mit **Ossi Oswalda, Curt Bois** und 15 anderen
Die Tänzerin des Zaren
8 spannende Akte — Regie: Dimitri Buchowetzki — Ein Film von größter Spannung, Ausstattung, von Liebe, Kampf und Entsagung
Verstärkte Musik! Nur für Erwachsene!
Preise der Plätze: 2. Platz 0,75, 1. Platz 1,10, Balkon 1,50

Zu der
Mecklenburger Fischhalle
Zeitz,
Messerschmiedestr. 1, 838
bekommen Sie
Ia. Seefische, Räucherwaren
und sämtliche
Marinaden

Bekanntmachungen

Am Schwarzen Brett: Bekanntmachung über Auslegung der Pläne der Kleinbahn Radwitz—Giesten—Delitzsch.
Magistrat Delitzsch.

Marktplatz Ecke Feld- und Bismarckstraße als Lagerplatz pachtfrei. Angebote
*812 Magistrat Delitzsch.

Frau Wilhelmine Reinhäckel geb. Liebmann, hier, Münze 7 wohnhaft, ist als Leihenwäscherin verpflichtet worden.
Neben derselben ist Frau Pauline Kühn, Holzstraße 14, wie bisher als Leichenwäscherin tätig. *811
Delitzsch, den 21. März 1927. Der Magistrat.

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **den besten Erfolg**

JOSKE, das führende Kaufhaus, Weißenfels

Wirtschaftliche Rundschau

Nr. 11 – Donnerstag, den 24. März 1927

Mobilisierung zum Stickstoffkrieg

Bayern auf dem Kriegspfade

In seinen Schriften über den Monopolkapitalismus weist Lenin darauf hin, daß auch die festgefügtesten Monopole, sei es durch die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung ihrer Teilhaber, sei es durch die allgemeine technische Entwicklung, stets die Gefahr innerer Differenzen und großer Wirtschaftskriege in sich bergen. Ein Musterbeispiel für die Richtigkeit dieser Auffassung sind die Vorgänge in der deutschen Stickstoffindustrie.

Es gibt in Deutschland kaum ein Monopol, das bisher so geschlossen und unantastbar dastand, wie die Produktion künstlichen Stickstoffes (der ein unentbehrliches künstliches Düngemittel darstellt). Die gesamte deutsche Stickstoffproduktion in Höhe von etwa 600 000 Tonnen Reinstickstoff jährlich ist in einem straff organisierten Stickstoffsyndikat mit festen Preisbindungen zusammengeschlossen. Von der Syndikatsproduktion beherrscht der Chemietrust allein mehr als 90 Prozent. Noch bis vor kurzem erschien es ausgeschlossen, daß jemals andere als die Herren vom Chemietrust der deutschen Landwirtschaft und den deutschen Konsumenten die Preise für Stickstoff und Brot diktieren können.

Nunmehr scheint aber eine Wendung der Dinge sich vorzubereiten, deren Konsequenzen noch nicht abzusehen sind. Zunächst haben einige Zechen des Ruhrgebiets (speziell der Röchling-Konzern in Gemeinschaft mit den preußischen Staatsbergwerken) die Ausbeutung eines neuen Verfahrens zur Gewinnung künstlichen Stickstoffs in Angriff genommen, das in bezug auf Konkurrenzfähigkeit durchaus den Vergleich mit den Produktionsmethoden des Chemietrusts aushalten soll. Während hier also ein neuer wichtiger Konkurrent für den Syndikatsstickstoff zu erstehen scheint und der Chemietrust bereits durch Patent-Prozesse und ähnliches im Begriffe ist, den Kampf mit diesem Gegner aufzunehmen, wird nunmehr von einer ganz anderen und unerwarteten Seite ein neuer Angriff gegen das Stickstoffsyndikat gerichtet. Es ist der Bayrische Staat, der den Beginn eines Stickstoffkrieges mit großen Worten ankündigt. Die bayrische Regierung hat vor einiger Zeit die „Unter-Isar-A.-G." in München gegründet, die mit Hilfe amerikanischen Kapitals die Wasserkräfte der Isar zur Gewinnung künstlichen Stickstoffs ausnutzen soll. Der volle Ausbau des Projekts erfordert ungefähr 60 Millionen Mark und die Gesamterzeugung der projektierten Werke wird 21 200 Tonnen Reinstickstoff betragen. Das entspricht ungefähr dem ganzen derzeitigen bayrischen Verbrauch an künstlichem Stickstoffdünger.

Es ist an sich schon für den Chemietrust höchst unangenehm, daß durch die Verwirklichung dieses Projektes ganz Bayern als Absatzgebiet seiner Stickstofferzeugnisse ausfallen würde. Viel wichtiger noch ist jedoch die andere Tatsache: Es ist bekannt, daß der Chemietrust den allergrößten Teil seiner Riesenprofite heute nicht mehr aus der Farben- und Chemikalienproduktion bezieht, für die in vielen Teilen der Welt seit 1914 neue leistungsfähige Konkurrenten entstanden sind, sondern aus der Erzeugung künstlichen Stickstoffs. Für diese unentbehrlichen Produkte hält er die Preise mit Hilfe seines deutschen Monopols auf einer geradezu wucherischen Höhe und erhebt auf diese Weise von der gesamten arbeitenden Bevölkerung hohe Steuerlasten; denn jede Verteuerung des Stickstoffdüngers führt unweigerlich zu einer Erhöhung der Preise für Brot und andere unentbehrliche Lebensmittel. Es ist nun besonders interessant, daß die bayrische Regierung mit ihren Neuanlagen einen Preiskampf gegen den Chemiekampf durchzuführen gedenkt. Hierüber wird aus München folgendes berichtet:

„Die Unter-Isar-A.-G." rechnet mit der Möglichkeit eines Preiskampfes für Stickstoff und gibt zwei Wege an, um ihm zu begegnen: einen Kampf, der auf Bayern lokalisiert ist und einen der sich auf ganz Deutschland erstreckt. Dabei ist zu beachten, daß Kampfpreise auf Bayern kaum beschränkt werden können. Es würde dann schon zu einer Preissenkung für ganz Deutschland geschritten werden müssen, wobei je 10 Pfennig pro Kilogramm Stickstoff Preissenkung für das Syndikat einen Ausfall von zirka 40 Millionen Mark ausmacht. Im Grenzfalle bloßer Verzinsung (ohne Tilgung) liefert das Isarwerk konkurrenzlos zu 42 Pf. Bei einem Preis von zirka 50 Pfennig könnte das Werk danach seine Anleihe noch tilgen. Diese Preissenkung würde dem Syndikat aber bereits 140 Millionen Mark im Jahre kosten."

Wenn auch die Menge des von der „Unter-Isar-A.-G." produzierten Stickstoffdüngers im Verhältnis zu der Stickstofferzeugung des Chemietrusts relativ klein ist, so muß man doch bedenken, daß auch kleine Außenseiter, wenn sie wesentlich billiger verkaufen als das Syndikat, die Monopolherrschaft des Trusts wohl zu erschüttern vermögen und außerdem wird diese Konkurrenz noch verstärkt durch die neu erstehenden schwerindustriellen Stickstoffanlagen im Ruhrgebiet. Dem arbeitenden Volk kann solcher Konkurrenzkampf nur recht sein. Aber „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich"; letzten Endes werden sich doch wohl alle Stickstoffproduzenten wieder einigen, um wenigstens in bezug auf die Preispolitik nach gemeinsamem Uebereinkommen den heute betriebenen Wucher weiter aufrechtzuerhalten.

Teures Kali — teures Brot!

Auf dem Wege zum deutschen Kalitrust

Als in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts die große Bedeutung der riesigen deutschen Kalilager für die deutsche Landwirtschaft und für den Export erkannt wurde, stürzten sich die deutschen Kapitalisten wie eine Schar hungriger Wölfe auf dieses neue profitable Kapitalsanlagegebiet. Kalischacht an Kalischacht wurde niedergetrieben und die Produktionsfähigkeit dieses neuen Wirtschaftszweiges dermaßen gesteigert, daß sie die vorhandenen Absatzmöglichkeiten um ein Mehrfaches übertraf. Die Folge war ein Riesenkrach in der deutschen Kali-Industrie, der zu mehrfachen gesetzgeberischen Eingriffen der Regierung und zuletzt zum Beschluß des Kali-Gesetzes von 1910 führte, das die gesamte deutsche Kali-Industrie in einem Zwangssyndikat zusammenfaßt und jedem einzelnen Werk einen bestimmten Anteil an der gesamten deutschen Kaliproduktion zuwies.

Bis zum Kriegsende hatte Deutschland ein Weltmonopol an Kali, denn dessen Vorkommen war bis dahin nur in Mittel- und Norddeutschland sowie in Elsaß-Lothringen bekannt. Durch die Abtretung dieser Provinz an Frankreich wurde das deutsche Kalimonopol gebrochen; es entstand ein Konkurrenzkampf, der noch verschärft wurde durch die Entdeckung neuer Kallager in Rußland und Amerika. Zur Abwehr der daraus entstehenden Gefahren und teilweise auch als eine Wirkung der deutschen Inflation, begann sich innerhalb der deutschen Kali-Industrie ein bedeutender Konzentrationsprozeß zu vollziehen, indem die größeren Werke kleinere Werke aufkauften. Diese Entwicklung endete schließlich damit, daß in der gesamten deutschen Kali-Industrie in der Hauptsache nur noch zwei große Gruppen einander gegenüberstanden. Der festgefügte Wintershall-Konzern mit Rosterg und Rechberg an der Spitze und der sogenannte Gegenblock, eine Verbindung verschiedener Konzerne, die sich zur Abwehr der Monopolisierungsbestrebungen des Wintershall-Konzerns zusammengefunden hatten. Als der geistige Führer dieses Gegenblocks ist Geheimrat Korte, der Leiter des Burbach-Konzerns zu betrachten.

Nachdem die Verhältnisse soweit gediehen waren, setzte der Kampf zwischen diesen beiden großen fast gleichstarken Gruppen um die Vorherrschaft im Kalisyndikat in voller Schärfe ein. Da noch einige kleine Außenseitergruppen, darunter die Staatsbergwerke, vorhanden waren, hatte keiner von ihnen die absolute Majorität im Kalisyndikat. Sie suchten sie gegenseitig durch Angliederung von Außenseitern zu erreichen und der Wintershall-Konzern außerdem durch Versuche, vom Gegenblock Konzerne zu sich herüber zu ziehen. Dieser Versuch des Wintershall-Konzerns wurde vom Gegenblock abgeschlagen, dieser ging sogar zu einer Art Gegenoffensive über, indem er die beträchtliche Menge von 400 Kuxen (Anteilen) des Wintershall-Konzerns erwarb und sich somit den juristischen Anspruch auf eine gewisse Einflußnahme sicherte.

Nunmehr hat diese Entwicklung einen Abschluß gefunden, der im Grunde nicht mehr überraschen kann. Nachdem bisher beide Räuber vergeblich versucht haben, sich gegenseitig das Fell über die Ohren zu ziehen, haben sie es für besser gefunden, sich zu vertragen, um mit vereinten Kräften die Konsumenten und die arbeitende Bevölkerung zu schröpfen. Zwischen Korte und Rosterg sind Vereinbarungen zustande gekommen, nach denen Korte und andere Vertreter des Burbach-Konzerns in den Aufsichtsrat des Wintershall-Konzerns eintreten, zur Sicherung einer gemeinsamen einheitlichen Kali-Politik. Damit dürfte die Streitaxt zwischen den beiden großen Gegnern in der deutschen Kali-Industrie endgültig begraben sein.

Dieser Kalikrieg und sein Abschluß stehen in engem Zusammenhang mit dem großen Rationalisierungsfeldzug, der seinerzeit in der Kali-Industrie durchgeführt worden ist. Viele Dutzende von Kalischächten im Werte von Hunderten von Millionen Mark wurden für dauernd geschlossen und dem Verfall preisgegeben. Die Förderung wurde auf die besten und am billigsten produzierenden Betriebe konzentriert. Diese Maßnahmen stellten gewissermaßen die Korrektur jener Fehler dar, die in der Zeit des planlosen spekulativen Kali-Gründerbetriebs vorgenommen worden sind, als man sinn- und systemlos nur bemüht war, mit den von den Kapitalisten zur Verfügung gestellten Geldern möglichst rasch einen Kalischacht nach dem anderen zu bauen, ohne Rücksicht auf Produktivität und Nutzeffekt. Diese Fehler haben die deutsche Kali-Industrie stets belastet, sie sind auf dem Umwege über hohe Kalipreise, teure Düngemittel und teures Brot den arbeitenden Massen auferlegt worden. Die Korrektur dieser Fehler in Form der Rationalisierung hat zwar einen erheblichen Teil der technischen Mängel in der Konstruktion der deutschen Kali-Industrie beseitigt, nicht aber die Lasten gemindert, die daraus für die arbeitenden Massen entspringen. Die Besitzer der stillgelegten Kalischächte erhalten nämlich auf Jahrzehnte eine hohe Stillegungsentschädigung in Form einer laufenden jährlichen Rente ausgezahlt, die selbstverständlich von den produzierenden Kalischächten in Form von Preisaufschlägen von den Konsumenten erhoben wird. Diese Stillegungsrenten hemmen naturgemäß die Bewegungsfreiheit der großen deutschen Kalikonzerne, denn diese sind gegenüber ausländischen Kaliproduzenten, die keine solchen Renten zu zahlen brauchen, in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschwächt.

Teures Kali — teures Brot! Der Preis der künstlichen Düngemittel ist bei den heutigen landwirtschaftlichen Betriebsmethoden von großer Bedeutung für die Preisgestaltung nicht nur des Brotes, sondern fast aller wichtigen Lebensmittel. Durch die drohende Vertrustung fast der gesamten deutschen Kali-Industrie wächst die Gefahr, daß der heute schon unerträgliche Lebensmittelwucher, der die arbeitenden Massen bedrückt, noch weiter verschärft wird. Die Hindenburg-Regierung steht diesem Treiben des deutschen Monopol-Kapitals völlig untätig und sogar wohlwollend gegenüber. Sie zeigt sich hier noch reaktionärer als das Hohenzollern-Preußen, das bereits im Jahre 1894 einen — wenn auch vom Landtag abgelehnten — Gesetzentwurf einbrachte, der das Recht der Kali- und Salzgewinnung dem Staate übertragen sollte. Gerade die private Monopolisierung der Kali-Industrie mit ihren so weit reichenden Folgen auf die Gestaltung der Lebensmittelpreise und des Realeinkommens der Massen, birgt in besonders hohem Maße die Gefahr einer weiteren Senkung der Lebenshaltung für die arbeitende Bevölkerung in sich. Sie müßte daher den Anlaß geben, in verstärktem Maße den Kampf um die Nationalisierung des Kalimonopols und seine Führung nach den Interessen der Konsumentenmassen aufzunehmen.

Ergebnisse der Rationalisierung im Braunkohlenbergbau

Steigende Förderung und Belegschaftsverminderung

Das Braunkohlensyndikat veröffentlicht folgende Angaben:

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau betrug die Rohkohlenförderung im Februar an 24 Arbeitstagen 8 198 241 Tonnen (Vormonat 8 616 254 Tonnen = 25 Arbeitstage), die Brikettherstellung 2 072 314 Tonnen (Vormonat 2 169 959 Tonnen) und die Kokserzeugung 33 727 Tonnen (Vormonat 37 762 Tonnen). Es machte sich mithin ein Rückgang geltend von 4,9 Prozent bei der Rohkohlenförderung, 4,5 Prozent bei der Brikettherstellung und von 10,7 Prozent bei der Kokserzeugung. — Die arbeitstägliche Produktion belief sich auf 341 593 Tonnen an Rohkohle (Vormonat 344 650 Tonnen), auf 86 346 Tonnen an Briketts (Vormonat 86 798 Tonnen) und auf 1205 Tonnen an Koks (Vormonat 1218 Tonnen). Der Rückgang der arbeitstäglichen Produktion beläuft sich deshalb auf 0,9 Prozent bei Rohkohle, 0,5 Prozent bei Briketts und 1,1 Prozent bei Koks.

Im Februar des Vorjahres belief sich die Rohkohlenförderung auf 7 729 651 Tonnen, die Brikettherstellung auf 1 986 995 Tonnen und die Kokserzeugung auf 31 835 Tonnen. Gegenüber dem Februar des Vorjahres ist eine Steigerung festzustellen von 6,1 Prozent bei Rohkohle, 4,3 Prozent bei Briketts und 5,6 Prozent bei Koks. Die arbeitstäglichen Steigerungen waren dieselben.

Berücksichtigt man, daß im Verhältnis zum Februar 1926 die Belegschaftsziffer um rund 3000 vermindert wurde, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Steigerung der Arbeitsleistung pro Kopf mindestens 10 Prozent beträgt.

Das Braunkohlenkapital droht mit Stillegungen

Die bürgerliche Presse bringt folgenden Bericht:

„Die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie leidet gegenwärtig, wie schon im Februar-Bericht betont, unter Absatzstockung. Es wird teilweise auf Stapel gearbeitet. Bis jetzt hat sich die Lage noch nicht gebessert. Einzelne Werke haben bereits Betriebseinschränkungen vorgenommen. Grund für die Absatzstockung ist die seit Wochen währende außerordentlich milde Witterung, ferner die Zurückhaltung der Käufer angesichts der bevorstehenden Sommerpreise, die eine Ermäßigung gegenüber den Winterpreisen bringen werden."

Die Klagen über schlechten Absatz und die Drohungen mit Stillegungen stehen in deutlichem Zusammenhange mit dem Ablauf des Arbeitszeitschiedsspruchs am 31. April. Die Unternehmer wollen beweisen, daß der Zwölfstundenschiedsspruch aufrechterhalten werden muß! Wir werden auf diese Manöver nächstens noch ausführlicher eingehen.

Ein Vertreter des Chemietrusts Vorsitzender des Bergbauvereins und Zechenverbandes?

Als Nachfolger des bisherigen Vorsitzenden beim Bergbauverein und Zechenverband ist laut bürgerlichen Meldungen der Generaldirektor P. Stein von der Zeche Auguste Viktoria, Recklinghausen, vorgesehen. Diese Zeche gehört zur J. G. Farbenindustrie. Der J. G. Farbenindustrie, die mit Geheimrat Dr. Duisberg auch den Vorsitz des Reichsverbandes der Deutschen Industrie stellt, würde durch diese Wahl auch der Vorsitz der größten bergbaulichen Organisation zufallen.

Konzentration in Mitteldeutschland

Durch die Fusion von 32 Dachpappenfabriken unter Führung des Rütgers- und Kokswerke-Konzerns wurden auch zwei mitteldeutsche Fabriken, die Rezitzer-GmbH. Schkeuditz und die Gesellschaft für technische Fette, GmbH., Schkeuditz, in die neue „Vereinigte Dachpappenfabriken-A.-G." einbezogen. Erfahrungsgemäß hat die Konzentration Stillegungen und Entlassungen zur Folge.

Ueberall Braunkohlenölgewinnung. Die Cons. Alkaliwerke Westeregeln errichten auf der Braunkohlengrube Cäsar bei Egeln eine große Schwelanlage zur Herstellung von Teer, Paraffin und Leichtölen.

10 Prozent Dividende schlägt die Greppiner Werke A.-G. vor. Ein neues Zeichen für die guten Profite des Braunkohlenkapitals.

Das Internationale Kupferkartell, zu dem auch die Mansfeld A.-G. gehört und das bis zum 31. März vertraglich bestand, wurde auf unbestimmte Zeit verlängert.

Sinkende Ausfuhr im Februar

Im Februar ist die Einfuhr nach Deutschland im reinen Warenverkehr, ohne Gold und Silber, nur um eine Million Mark höher als im Januar gewesen. Sie beträgt 1,094 Milliarden Mark gegen 1,093 Milliarden Mark. Dagegen ist die Ausfuhr aus Deutschland um 43 Millionen Mark niedriger. Sie beträgt 755,8 Millionen Mark im Februar gegen 798,5 Millionen Mark im Januar 1927. Demgemäß hat sich der Einfuhrüberschuß von 295 Millionen Mark im Januar auf 339 Millionen Mark im Februar erhöht.

Diese Entwicklung des deutschen Außenhandels, seine wachsende Passivität durch Sinken der Ausfuhr bei Stagnieren der Einfuhr hängt zum großen Teil mit der Abdrosselung der Auslandskredite zusammen. Die Auslandskredite, von denen jetzt kaum noch neue nach Deutschland fließen, haben eine steigende Einfuhr bewirkt, die sie in Waren gezahlt wurden. Jetzt, wo sie zu fließen aufhören, bleibt die Einfuhr gleichmäßig. Zugleich fällt die Ausfuhr — nicht zuletzt infolge des Wegfalls der Streikkonjunktur wie wegen der Verengerung des Weltmarktes überhaupt, für die das Sinken der deutschen Ausfuhr eine Illustration abgibt.

Die Auslandsverschuldung des deutschen Gesamtkapitals hat sich durch die Passivität seines Außenhandels in den ersten beiden Monaten 1927 um 634 Millionen Mark erhöht. Dieses Defizit wird heute, da es an einströmenden Auslandsanleihen fehlt, und auch die Ausfuhr, weil sie sinkt, keine fremden Zahlungsmittel nach Deutschland bringt, zum großen Teil durch das Abströmen der bisher bei der Reichsbank aufgesammelten Auslandsdevisen gedeckt. Dieses Abströmen der ausländischen Zahlungsmittel aus der Reichsbank hat bereits einen solchen Umfang angenommen, daß der Reichsbankpräsident Schacht, um ihm entgegenzuwirken, mit Krediteinschränkungen droht. Solche Krediteinschränkungen werden wahrscheinlich die Einfuhr senken und, da sie zum Verkauf von Waren zwingen würden, unter Krisenerscheinungen die Ausfuhr ein wenig erhöhen.

Ob aber durch solche Maßnahmen die Schwierigkeiten des deutschen Außenhandels, wie sie in der Februarbilanz zum Ausdruck kommen, und die nur eine Erscheinungsform der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland sind, beheben, können, ist füglich zu bezweifeln.

Keine Kohleverflüssigungsanlage der J. G. Farbenindustrie in Mainthal-Bitterfeld? Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß die J. G. Farbenindustrie A.-G. damit beschäftigt sei, eine Kohleverflüssigungsanlage im Bitterfelder Revier, und zwar zunächst auf dem Werk Mainthal, zu errichten. Wie von „maßgebender Seite" geschrieben wird, entbehrt diese Meldung jeder tatsächlichen Unterlage. Anlaß zu der Meldung hat die Tatsache gegeben, daß für das Werk Mainthal-Bitterfeld eine Konzession für die Errichtung einer Anlage zur Chlorierung von Kohlenstoffverbindungen nachgesucht worden ist.

Starke Erhöhung der Rohstahlproduktion. Die Internationale Rohstahlgemeinschaft hat beschlossen, die bisherige Herabsetzung des Produktionsprogramms, das im ersten Quartal 1927 1½ Mill. Tonnen betrug, für das zweite Quartal 1927 wieder aufzuheben. Dieser Beschluß kommt in erster Linie dem deutschen Stahlkapital zugute, das bisher die festgesetzte Quote ständig überschritten hat und diese Ueberschreitung mit mehreren Millionen Konventionalstrafe, die in die Kasse des Stahlkartells floß, bezahlen mußte.

Deutsche Ausrüstung für Leningrader chemische Fabriken. Auf den Werken des Leningrader Farbentrusts wurden in letzterer Zeit bedeutende Erweiterungsarbeiten vorgenommen. Eine Reihe von Werksabteilungen wurden neu ausgerüstet, wobei die Maschinen zum größten Teil aus Deutschland bezogen wurden. So wurde u. a. die Tiegelabteilungen der Ultramarinfabrik „Republik" und der Fabrik „Krasny Chimik" mit deutschen Maschinen versehen, ferner die Mennigeabteilung der Fabrik „Mendeljejew" usw.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270324-14/fragment/page=0005

Stadt Halle

Für und wider die Kirche

Die hiesige Freidenkerorganisation hatte für den Dienstag zu einer öffentlichen Versammlung im „Volkspark" aufgerufen, um der Arbeiterschaft die ihr drohenden Gefahren durch die schwarze Kulturreaktion aufzuzeigen. Leider waren dem Rufe nur sehr wenige Arbeiter gefolgt, obwohl das auf der Tagesordnung stehende Thema als eine dringende und wichtige Frage zu bezeichnen ist. Eingangs der Versammlung betonte der Versammlungsleiter, daß nur der „Klassenkampf" die Aufforderung zum Besuch der Versammlung gebracht hat, während es das „Volksblatt" schroff ablehnte, für die Freidenkerbewegung in diesem Sinne propagandistisch zu wirken. Die Reklame für den Ullstein-Verlag ist allerdings finanziell rentabler und mit dem vereinnahmten Gelde können sich die Herrschaften vom Harz recht gut diverse weiße Oberhemden kaufen, um damit ihre unsaubere antiproletarische Gesinnung zu verhüllen.

Als Referent war ein ehemaliger Theologe, Dr. Ohr, erschienen, der an Hand von drastischen Beispielen den ganzen Widersinn, die Heuchelei und die dunklen Ziele der Kirche und ihrer Fürsten erkennbar machte. Es muß allerdings gesagt werden, daß dieser weitläufige Vortrag recht wenig in den Rahmen der Versammlung paßte, da die hier Anwesenden fast ausschließlich mit den alten kirchlichen Ueberlieferungen gebrochen haben und nichts Neues hörten. Allen war die Entwicklung der Kirche, ihre arbeiterfeindliche Tendenz usw. zur Genüge bekannt. Hundertmal mehr hätte über die drohenden Gefahren, die der Arbeiterschaft durch das Reichskonkordat und die Verkuppelung der Schule an die Kirche drohen, gesprochen werden müssen.

Die teilweise sehr erregte Aussprache machte hierin manches wieder wett. Ein junger Mann, Namens Kraft, glaubte angesichts der im Mittelalter gelesenen Kulturarbeit durch die Kirche für diese eine Lanze brechen zu müssen. Durch alle anderen Diskussionsredner sowie durch treffende Zwischenrufe aber mußte er sich belehren lassen, daß diese durch die Weiterentwicklung der Zeit bedingte **sogenannte Kultur nicht mit Hilfe der Kirche, sondern**

Die Osterfahrt des Jungarbeiters geht nach Hamburg zum Reichsjugendtag des KJVD.!

---

trotz der Kirche geschaffen wurde. Der ehemalige Genosse Hermann gilt sein altbekanntes Streckenpferd gegen die Kommunistische Partei und Sowjet-Rußland. Er wetterte gegen den dreimal verfluchten „Klassenkampf", der sich nun gar keine Mühe geben will, sich in Hermanns konfuse Gedankengänge einzugliedern. Verschiedene andere Diskussionsredner traten ihm entgegen, was natürlich völlig nutzlos und Zeitverschwendung war, denn diese merkwürdige Arbeitergruppe um Hermann ist „anti-autoritär", was nach ihrer Auffassung so viel heißt, daß man sich jeder Belehrung und mag sie noch so zwingend beweiskräftig sein, unbedingt verschließen muß. Außer dem ersten waren sich alle anderen Diskussionsredner darüber im klaren, daß die Kirche ein gefährlicher Feind der Arbeiterklasse ist, dem angesichts des drohenden Angriffes von dieser Seite der schärfste Kampf anzulagen ist. Diese einmütige Auffassung ist aus folgender

Resolution

ersichtlich, die zum Schluß Annahme fand:

„Die Versammlung erklärt sich einverstanden mit den Ausführungen des Referenten und verspricht, unausgesetzt für den Kirchenaustritt tätig zu sein. Sie hält den Beitritt zur freigeistigen Organisation für notwendig, um der kirchlichen Organisation die freigeistige Vereinigung gegenüberzustellen. Die Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände wird beauftragt, in erster Linie Trennung der Kirche vom Staat, Trennung der Kirche von der Schule und Abschaffung des Gotteslästerungsparagraphen bei der Regierung und den Parlamenten zu vertreten und bis zur Erfüllung dieser Forderung alles daranzusetzen, um reaktionäre Gesetze auf dem Kulturgebiete zu verhindern."

Genosse, Deine proletarische Pflicht ist es, schnellstens Deinen Austritt aus der Kirche zu vollziehen.

Das ist bürgerliche Kulturarbeit

In unserem Dienstag-Bericht von der Stadtverordnetensitzung am Montag schrieben wir auch von der Ermittlerung eines Arbeiters aus dem städtischen Wohnhaus Kl. Ulrichstraße 5. Dieser Arbeiter teilt uns heute noch mit, daß gestern seine Frau aus dem Krankenhaus entlassen worden ist und buchstäblich auf der Straße hätte kampieren müssen, wenn nicht eine Verwandte sich ihrer angenommen hätte. Zwei Kinder des Arbeiters im Alter von 12 und 13 Jahren konnten mit großer Mühe gleichfalls bei Verwandten untergebracht werden. Dem Mann hatte man auf dem Wohnungsamt gesagt, er solle sich um ein Logis kümmern. Die Wirtschaft der Familie steht schon seit dem 28. Februar auf dem Hofe und ist somit allen Witterungseinflüssen ausgesetzt.

Wenn Herr Stadtrat Fischer sagt: **„90 Prozent aller kommunistischen Behauptungen glaube er nicht"**, so soll er sich doch einmal persönlich an Ort und Stelle begeben, um sich von den geschilderten Zuständen zu überzeugen. Der Herr weiß, warum er sich nicht selbst überzeugen darf, denn sonst müßte er ja dem ††† „Klassenkampf" recht geben und seine schönsten Argumente gingen ihm verloren.

Gas aus der Kloake

Zu den verschiedentlichen Artikeln in der Tagespresse über Gas- und Sumpfwasser — eine technische Sensation — auch in Halle — usw. wird uns von der hierfür zuständigen Stelle, der städtischen Tiefbauverwaltung, mitgeteilt:

„Die natürliche Gaserzeugung in den Faulräumen einer Kläranlage und die Verwertung des Gases ist heute keine technische Neuigkeit mehr. Bereits im Jahre 1926 wurde ein Teil der hiesigen Anlage versuchsweise zur Gasgewinnung ausgebaut. Die Versuche haben ergeben, daß sich der Ausbau der Gesamtanlage lohnt. Die Arbeiten hierzu sind bereits vorbereitet. Es wird mit einem täglichen Anfall von 2000 Kubikmeter Gas gerechnet, welches zur Versorgung einer Siedlung von 25 000 Köpfen genügen würde. Das gewonnene hochwertige Gas ist hauptsächlich Methangas mit mehr als 1½fachem Heizwert des künstlich erzeugten Leuchtgases. Es wird in Aufsangeworrichtungen gesammelt und mittels einer 7,5 Kilometer langen Leitung dem städtischen Gaswerk am Holzplatz zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig sind schon Vorkehrungen getroffen, das gewonnene Gas zum Betriebe der Pumpwerke und anderen technischen Anlagen auf der Kläranlage selbst auszunützen."

Die hohen Preise für die Gaseinnahme hat man bisher immer mit den hohen Kohlenpreisen und ähnlichem zu begründen versucht. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Gaspreise, nachdem die Einnahmer der Stadt selbst den Rohstoff für dieses sogenannte Sumpfgas kostenlos liefern, heruntergedrückt werden.

T.-V. „Die Naturfreunde"

Ortsgruppe Halle

Lichtbilder-Vortrag

Am Freitag, dem 25. März, abends ½8 Uhr, im kleinen Saale des „Volkspark" Burgstraße 27, spricht Herr Schriftsteller Eugen Beckmann-Stuttgart über:

„Schiffsfahrten und Flußwanderungen im Lande der Mitternachtssonne"

In über 100 zum Teil farbigen Lichtbildern wird der Vortragende uns in das märchenhafte Land der Polarzone führen. — Der Eintritt beträgt im Vorverkauf 40 Pf., an der Abendkasse 60 Pf., für Jugendliche und Erwerbslose die Hälfte.

Nachmittags 3 Uhr Märchen-Lichtbilder-Vortrag für Kinder. Der Eintritt beträgt für Kinder im Vorverkauf 10 Pf., an der Kasse 20 Pf. — Einlaßkarten für beide Veranstaltungen sind zu haben in der Bezirks-Buchhandlung, Lerchenfeldstraße 14, sowie in der „Volksblatt"-Buchhandlung, Ulrichstraße. 1168

Die Steuern für den neuen Et

und was die Kommunisten dazu zu sagen haben

Die demnächst erfolgende Beratung des Haushaltplanes 1927 wird unseren Genossen die Aufgabe stellen, den Finanz- und Steuerbedarf der Stadt Halle hinsichtlich seiner sozialen Auswirkung zu prüfen. Es ist nicht damit getan, die Ausgaben nach dieser Richtung hin zu kritisieren, auch die Einnahmen sind auf ihre soziale Herkunft zu untersuchen. Nach dem vorgelegten Haushaltplan fordert der Magistrat zur Deckung der in den Einzeletats ersichtlichen Ausgaben folgende Gemeindesteuern:

Grundsteuer: 250 Prozent Zuschlag zur staatlichen Grundvermögensteuer für bebauten Grundbesitz und 400 Prozent Zuschlag zur staatlichen Grundvermögensteuer für unbebauten Grundbesitz, 3 100 000 RM., Gewerbesteuer: a) 1 Prozent der Lohnsumme 650 000 RM., b) 780 Prozent der staatlichen Gewerbesteuergrundbeträge vom Gewerbeertrag 3250000 RM., insgesamt 3900000 RM., Vergnügungssteuer 500 000 RM., Hundesteuer 260 000 RM., Grunderwerbssteuer 400 000 RM., Wertzuwachssteuer 150 000 RM., Getränkesteuer 400 000 RM., Schankerlaubnissteuer 15 000 RM., Wanderlagersteuer 1000 RM.

Gemeindesteuern insgesamt 8 726 000 RM.

Hierzu kommen an Ueberweisungen an Reichs- und Staatssteuern: Einkommen- und Körperschaftssteuer 4 000 000 RM., Umsatzsteuer 880 000 RM., Hauszinssteuer 900 000 RM., Kraftfahrzeugsteuer 30 000 RM.

Ueberweisungssteuern insgesamt 5 810 000 RM.

Der Finanzbedarf gegen das Vorjahr hat sich um fast 3 Millionen Reichsmark erhöht. Deshalb sind die städtischen Werke wie folgt zu Abgaben herangezogen:

Gaswerk 765 000 RM., Elektrizitätswerk 2 400 000 RM., Wasserwerk 150 000 RM., Straßenbahn 850 000 RM., Braunkohlenwerk „Frohe Zukunft" 10 000 RM.,

Finanzbedarfsbeiträge der Werke insgesamt 4 175 000 RM.

Die Grundsteuer für bebaute Grundstücke ist gegen 1926 um 25 Prozent erhöht. Sie soll einen Mehrertrag von 640 000 Reichs-Mark bringen und wird, so führt die Vorlage gemütvoll aus, leicht zu tragen sein, da die mehrgeforderten 50 Prozent Zuschlag „nur" 2 Prozent der Friedensmiete ausmachen, also bei 300 RM. Miete jährlich 6 RM., monatlich 50 Pf. Die Mehrbelastung soll den Gewerbetreibenden nicht allein aufgebürdet werden, dafür müssen nun die Mieter heran. Die Grundsteuer für bebaute Grundstücke ist als unsozial abzulehnen, da, wie der Magistrat zur Schmackhaftmachung anführt, die Abwälzung auf die Mieterschaft erfolgt. Dagegen kann der Zuschlag für unbebaute Grundstücke, der 60 000 RM. mehr als im Vorjahre einbringen wird, eher anerkannt werden, da eine Abwälzung nur auf die Erzeugnisse, bei landwirtschaftlich genutzten Grundstücken, möglich ist. Dies ist bei städtischen Grundstücken nicht zu erwarten. Die Erhöhung ist überdies von unserer Seite des öfteren gefordert worden, um die Grundstücksspekulanten zur Aufgabe ihrer Grundstücke zu bewegen und diese der Bebauung zuzuführen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ist der Zuschlag von 400 Prozent wahrscheinlich noch nicht geeignet, die inmitten von bebauten Stadtteilen vorhandenen Baulücken bald zu beseitigen und das Entstehen von neuen Baulücken außerhalb des Weichbildes der Stadt zu verhindern. Es ist besonders den Siedlern bekannt, daß die Bauverwaltung sich hartnäckig sträubt, die vor den Toren der Stadt entstehenden und entstandenen Siedlungen aufzuschließen. Hier könnte auch Herr Seydel die Mittel sich beschaffen, die er angeblich nicht hat, um in den Siedlungen menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen.

Die Lohnsummensteuer muß von unserer Fraktion entschieden abgelehnt werden, denn sie verhindert nicht nur die Erringung höherer Löhne, sondern sie stachelt die Unternehmer auf, nun erst recht ihren Betrieb durchzurationalisieren und durch Anschaffung von menschensparenden Maschinen und Arbeitsmethoden (Fließband) die Lohnsummen so viel wie irgend möglich herabzudrücken. Man kann ruhig behaupten, daß die Lohnsummensteuer neben anderen Ursachen die Rationalisierungsbestrebungen geradezu herausgefordert hat. Abgesehen hiervon werden die Unternehmer die Lohnsummensteuer genau so wie die Gewerbeertragssteuer — die unsererseits ebenfalls abgelehnt wird — in die Warenpreise einkalkulieren und auf die Verbraucher abwälzen, was sie freilich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit hartnäckig in Abrede stellen. Da aber kein Unternehmer vom Zusetzen leben will und auch nicht aus purer Liebe zu seinen Arbeitern ohne Profit arbeitet, so kann man diese Versuche wohl als ausgemachten Schwindel zurückweisen. Bei dieser Gelegenheit gestattet sich Herr Seydel einen Taschenspielertrick, indem er behauptet, der Zuschlag von 780 Prozent sei nicht höher wie der im Vorjahre von 550 Prozent. Das macht Herr Seydel so:

11 Prozent beträgt die Minderung des Steuergrundbetrages durch das neue Gewerbesteuergesetz (Mieten und Pachten), 8 Prozent beträgt die Minderung des Steuergrundbetrages durch Herabsetzung auf ⅔ Prozent, 11 Prozent beträgt der schätzungsweise Rückgang des gewerblichen Ertrages, insgesamt also 30 Prozent. Der veranlagte Steuergrundbetrag für 1926 595 000 RM., davon ab 30 Prozent = 178 000 RM., verbleiben für 1927 417 000 RM. Grundbetrag.

Zu diesem müssen, um den aufzubringenden Steuerbetrag von 3 250 000 RM. zu erreichen, 780 Prozent geschlagen werden. Wäre das Gewerbesteuergesetz nicht geändert worden, so hätte, bemerkt Herr Seydel, der vorjährige Zuschlag unverändert beibehalten werden können; denn es kommt im Ergebnis auf dasselbe hinaus, ob von 595 000 RM. Grundbetrag 550 Prozent oder von 417 000 RM. 780 Prozent erhoben werden. So müssen sich die Gewerbetreibenden auch noch hänseln lassen. So werden die mit großer Reklame gegebenen parlamentarischen Vorstellungen in das Gegenteil umgekehrt. Das Nachsehen hat der Kleingewerbetreibende, der trotz geminderten Gewerbeertrages höhere Gewerbesteuern aufbringen muß. Großmäulig wird verkündet: Die Steuern haben sich der Wirtschaft anzupassen. Kaltschnäuziger rücksichtsloser Steuerfiskalismus kehrt die geplanten Erleichterungen ins genaue Gegenteil um. Wer von den Kleingewerbetreibenden noch an den entgegenkommenden Magistrat glaubt, dem ist nicht zu helfen.

Die Vergnügungssteuer hätte nach Ansicht des Magistrats 650 000 RM. bringen müssen, wenn nicht die Steuergesetze des Reichs geändert worden wären. Nichtsdestoweniger werden unsere Genossen diese Steuer ablehnen, da sie eine ausgesprochene Massensteuer ist, die die bescheidenen Zerstreuungen des Arbeiters besonders verteuern soll. Andererseits werden wir die Feste der Bourgeoisie zur Besteuerung vorschlagen, denn deren Luxusfeste können eine kräftige Steuer wohl vertragen.

Bei der Hundesteuer werden wir eine Besteuerung der Hunde des Wohlhabenden fordern, hingegen den Arbeiter als Hundebesitzer schonen oder gänzlich freistellen. Hinter den Hunden ist der Magistrat anscheinend mächtig her, denn die Vorlage jammert darüber, daß die Steuer um 40 000 RM. gegen das Vorjahr zurückbleibt, „obwohl alles mögliche geschieht, um alle in der Stadt gehaltenen Hunde zu erfassen".

Die Grunderwerbssteuer ist wie die Grundsteuer eine abwälzbare Steuer und daher von uns abzulehnen. Sie soll ab 1. April 1927 um 2 Prozent erhöhtzt werden. Die Städte haben aber, „gewünscht", daß dies erst ab 1. April 1928 geschieht. Es ist daher damit zu rechnen, daß diese Steuer nur 250 000 RM. einbringt, was mit einem Vorwurf gegen die Gleichgültigkeit der Regierung als „Gefahr" an die Wand gemalt wird.

Bei der Wertzuwachssteuer werden wir progressive Heranziehung des Wertzuwachses fordern, da diese Steuer nicht abwälzbar ist und zudem gerecht ist. Gegenüber allen anderen Städten soll zwar der Grundstückshandel in Halle brach liegen. Aber was nicht ist, kann noch werden. Die Steuerschen wird auch überwunden.

Die Getränkesteuer soll, obgleich sie ebensoleicht getragen wie erhoben wird — so sagt die Vorlage des Magistrats —, Ende März 1927 verschwinden. Es ist ja leicht möglich, daß die hoh... vom Magistrat die Getränkesteuer zahlen können, denn sie verdienen Geld genug. Aber der Prolet ist bei seinem geringen Lohn darauf angewiesen, sich den bescheidenen Genuß eines Glases Bier nicht durch Steuern unmöglich machen zu lassen. Der Widersinn dieser Steuer geht sogar soweit, alkoholfreie Getränke, deren Genuß aus volkswirtschaftlichen Gründen zu fördern ist, auch zu besteuern. Wir lehnen die Getränkesteuer ab, werden jedoch eine fühlbare Heranziehung von Luxusgetränken

Schaumwein, Likören

fordern. Wenn wie der Magistrat befürchtet, der Reichstag die Getränkesteuer beseitigt, so liegt „leider" der Ausfall der im Etat vorgesehenen 400 000 RM. im Bereiche der Möglichkeit. Die Steuerjagd treibt doch die abjonderlichsten Blüten

Die Schankerlaubnissteuer lehnen wir nur für die Gaststätten, die zur Erholung und Versammlung der Arbeiter dienen,

Volks- und Gewerkschaftshäuser,

ab. Die Treffpunkte der Bourgeoisie können diese Steuer um so mehr tragen, weil diese Leute den entsprechenden Preisaufschlag zahlen können.

Die Wanderlagersteuer ist schon deshalb von uns abgelehnt worden, weil sie eine Mißachtung der Gewerbefreiheit darstellt. Sie dient nur den Profitinteressen der lokalen Händler, welche den proletarischen Interessen nicht entsprechen. Aus demselben Grunde wird die sogenannte Filialsteuer zu verwerfen sein. Diese ist eine besondere Form der Gewerbeertragssteuer und beträgt 20 Prozent Zuschlag zu dieser = 936 Prozent!!

Auf die sogenannten Ueberweisungssteuern, die als Ersatz für den immer noch ausstehenden Finanzausgleich, der für die dahingegangene Steuerhoheit der Kommunen geboten werden soll, braucht hier nicht eingegangen zu werden. Interessant ist, was der Magistrat über die Hauszinssteuer-Ueberweisung mitteilt. „Nach der dritten Steuernotverordnung sollten die Gemeinden aus der Hauszinssteuer die gesamten Kosten der Kriegsfürsorge und darüber hinaus noch die Mehrausgaben für Polizei und Schule decken können!! Das ist also der „soziale Zweck" der Hauszinssteuer, die mit den unglaublichsten Versprechungen — Wohnungen und Siedlungen sollten gebaut werden — dem gutgläubigen Volke aus der Tasche gelockt wurde.

Absolut verwerflich ist es, die städtische Wirtschaft mit ihren werbenden Betrieben zur Deckung des Finanzbedarfs deshalb heranzuziehen, weil der Magistrat sich fürchtet, seine Bedürfnisse bei den Besitzenden zu decken. Nach den Bestimmungen des preußischen Kommunal-Abgabengesetzes scheint es aber nicht so leicht zu sein, die Erzeugnisse der städtischen Werke zum Nachteil der Bürgerschaft dem Mahlstrom der Finanzmisere zuliebe unangemessen im Preise hochzuschrauben. Bekanntlich dürfen „Gebühren" im Sinne dieses Gesetzes nur bis zur Höhe des tatsächlich entstandenen Aufwandes an Material- und Verwaltungskosten erholen werden. Aber unser Herr Finanzdezernent, der beim Stadtbankskandal auch den plumpesten Kreditschwindel nicht bemerkte, weiß sich zu helfen. Trotz der Vorlage: „Es war selbstverständlich, daß der **Mehrbedarf** von 2,94 Millionen R.-M. nicht allein auf die Steuern gelegt werden durfte" heißt es im Etat: Abgaben der werbenden Betriebe für die Benutzung der öffentlichen Straßen, sowie Verwaltungskostenbeiträge. Jeder vernünftige Mensch wird wohl wissen, daß die städtischen Werke nicht derartiger Abgaben von über 4 Millionen im Sinne des Kommunal-Abgabengesetzes zu leisten haben. Denn diese Abgaben, die weiter nichts als nichtverlautete Steuerartenquellen sind, gestatten den Werken nicht, irgendwelche Rücklagen für bauliche Verbesserungen zu machen; sie sind dann höchstens auf Anleihen angewiesen oder ihre Erzeugnisse zu erhöhten Preisen abzugeben. Diese Methoden sind natürlich vorteilhaft geeignet, den zahllosen Gegner der städtischen Regie Material zu ihrer demagogischen Beweisführung in die Hände zu spielen. Die Großindustrie stellt sich ihre Energien schon selbst her, kleinere Werke werden folgen. In gleicher Richtung liegt das neuere Streben der Gasfernversorgung, alles Punkte, die geeignet sind, die städtischen Betriebe in den Augen der Bürgerschaft als unrentabel erscheinen zu lassen. Freilich kann von so offenen Regiegegnern wie Nive und Seydel nicht verlangt werden, daß sie für die Regie der Stadt eintreten.

Betriebe wählen Delegierte zur Reichskonferenz der JAH.

Nach einem Referat des Genossen Höcker nahm die Betriebsversammlung der Firma Wintzer, Halle, folgende Entschließung gegen eine Stimme an:

Die am 23. März tagende Belegschaftsversammlung der Firma Wintzer, Metallwarenfabrik, beschließt, zur 2. Reichskonferenz der JAH. (Ostern 1927 in Erfurt) einen Delegierten zu entsenden und die dadurch verbundenen Auslagen im Betrieb aufzubringen.

Die Belegschaft gehört bereits 1½ Jahr der JAH. korporativ an und fordert die Kollegen aller Betriebe, insbesondere die der Metallindustrie, auf, unverzüglich die korporative Mitgliedschaft der JAH. zu erwerben. Kriegsgefahr und verschärfte wirtschaftliche Ausbeutung verlangen gebieterisch den Ausbau der proletarischen Solidarität und somit der Internationalen Arbeiter-Hilfe.

Kollegen! Folgt dem Beispiel der Belegschaft Wintzer. Wählt Delegierte!

Stadtteil Zentrum. Alle heutigen Veranstaltungen werden wegen der Demonstrationsversammlung um eine Woche verschoben und finden am Donnerstag, dem 31. März, statt. Freitag, den 25. März, ist keine Stadtteilleitungssitzung.

Proletarische Tribüne. Morgen, Freitag, abend Diskussionsabend. Am Montag müssen sich alle Musikspieler zur Uebungsstunde pünktlich 8 Uhr im „Volkspark" einfinden. Heute abend: Beteiligung an der Protestversammlung im „Volkspark".

Schulentlassene Jugendgenossinnen und Genossen, die im Besitz eines Musikinstrumentes (Geige, Mandoline, Gitarre usw.) sind und Lust haben, sich der Musikabteilung der Proletarischen Tribüne anzuschließen, sind, auch wenn es sich um Anfänger handelt, herzlich willkommen. Die Musikübungsstunden finden regelmäßig jede Woche Montag, abends 8 Uhr, im „Volkspark" statt.

Theater und Konzerte

Volksbühne. Die Theaterbeschlüsse zum 27. März ist ausverkauft. Die Mitglieder, die keine Karten mehr bekommen konnten, werden gebeten, sich Karten zur nächsten Bestätigung am Sonntag, dem 3. April, umgehend in der Geschäftsstelle abzuholen. Der nächste Kulturfilm bringt am nächsten Montag, 28. März, „Indien, das Land der Träume". Die Oper „Martha" am Donnerstag, 24. März (für Theatergemeinde Jj beginnt um 8 Uhr. Als 8. Werk folgt für die erste Spielreihe „Der Widerspenstigen Zähmung". Komische Oper von Hermann Goetz und für die zweite Spielreihe „Bonaparte". Ein Schauspiel von Fritz von Unruh. Die Spieltage werden in Kürze bekanntgegeben. Neuanmeldungen nimmt die Geschäftsstelle, Bilderstraße 14, Fernruf 234 79, entgegen.

Walhalla-Theater. Von der allbeliebtesten bei vollbesetztem Hause stattfindenden Verführung der Revue „Wieder Metropol" finden nur noch 8 Vorstellungen statt. Da bereits jetzt schon für die letzte Sonntagsvorstellung rege Nachfrage herrscht, bitten wir, um den Andrang an den Abendkassen zu vermeiden, sich im Vorverkauf gute Plätze zu sichern. (S. Anzeige.)

Zoologischer Garten. Anläßlich Beethovens 100. Todestage ist das 19. Symphonie-Konzert des Hall. Symphonie-Orchesters heute, Donnerstag, eine Beethoven-Feier. Zur Aufführung gelangen: die Coriolan-Ouvertüre, die 7. Symphonie und das Es-Dur Klavierkonzert, gespielt von Gertrud Bamberger, Berlin.

Die revolutionäre Jugend

muß gegen Faschistenterror

in erster Reihe

marschieren.

Heute abend

Auf zum „Volkspark".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270324-14/fragment/page=0006

Aus den Betrieben

Mitteldeutsches Stahlwerk Gröditz bei Riesa i. Sa.

Drei Arbeitermorde innerhalb 4 Wochen

Wir berichteten bereits von dem Unglücksfall des Arbeiters Wendt aus Stolzenhain, der so schwer verunglückte, daß er kurz nach Einlieferung im Krankenhaus Lauchhammer starb. Schuld trifft hier einwandfrei die Firma, weil keine Schutzvorrichtung da war. Nach dem Fall wurde Abhilfe geschaffen, wie aber diese neue Schutzvorrichtung aussieht, darüber im nächsten Bericht.

Ein neuer entsetzlicher Fall ereignete sich am Sonntag, dem 13. März. Der Familienvater M. Uber aus Zabeltitz wurde durch eine plötzlich herausschlagende Stichflamme derart verbrannt, daß auch er kurze Zeit nach Einlieferung im Krankenhaus Lauchhammer verschied. Zwei bei ihm weilende Mitarbeiter erhielten ebenfalls erhebliche Brandwunden. Bezeichnend ist, daß die Familie erst sechs Stunden nach dem Unglücksfall benachrichtigt wurde, und als die ins tiefste Elend gestürzte Frau im Bureau Erkundigungen einziehen wollte, ob ihr nun geholfen wird, sie eine ganz gemeine Antwort erhielt.

Ein dritter Fall ereignete sich in der Gießerei, wo durch spritzende flüssige Schlacke der Arbeiter Gruhl aus Steyßis so schwer getroffen wurde, daß auch er ins Krankenhaus Lauchhammer gebracht werden mußte und ebenfalls gleich nach der Einlieferung verschied.

Wie verhält sich nun die Belegschaft? Sie kann doch nicht weiter dulden, daß man so das Leben der Proleten aufs Spiel setzt! Wodurch diese vielen Arbeitermorde? Erstens einmal sind die Schutzmaßnahmen völlig ungenügende. Dann will man jetzt, weil die Arbeiter auf Grund der Gefährlichkeit, sowie wegen der Ablehnung ihrer Lohnforderung, nicht mehr mitmachen wollen, von Abteilung zu Abteilung gehen und andere, noch uneingerichtete Leute dazu bestimmen. Aber auch hier ist nicht viel zu machen.

Wir fordern als klassenbewußte Proleten, daß den eingerichteten Leuten der 100prozentige Aufschlag für die Sonntagsschufterei gezahlt wird, und daß die Schutzmaßnahmen verbessert werden. Weiter fordern wir, daß Sanitäteinrichtungen in geordnetem Zustande geschaffen werden.

Allen Arbeitern und Arbeiterinnen, soweit sie noch der Gewerkschaft fernstehen, sagen wir noch einmal: Hinein in die freien Gewerkschaften und die Kommunistische Partei, denn nur organisiert haben wir die Gewähr, daß die Arbeiter nicht weiter als Fußball benützt werden. Eurer Presseführer im Betrieb ist entweder die „Sächsische Arbeiterzeitung" oder für preußische Kollegen der „Klassenkampf".

Die Mansfeld A.-G. schikaniert die Arbeiterschaft

(Arbeiterkorrespondenz)

Vor kurzer Zeit wurden auf dem Vitzthumschacht alle Arbeiter entlassen, die über 12 Kilometer Weg hatten. Es sind Arbeiter dabei, welche 20 bis 40 Jahre der Mansfeld A.-G. ihre Haut zu Markte getragen haben. Da die ländlichen Bewohner gar keine andere Arbeitsmöglichkeit haben, so haben sie sich nach Leuna gemeldet. Deshalb hat nun die Halle-Hettstedter Eisenbahngesellschaft einen Arbeiterzug eingeführt. Die Kollegen sind von morgens 5 Uhr bis abends 9 Uhr von Hause fort. Ihre Kinder bekommen sie überhaupt nicht mehr zu sehen.

Die Mansfeld A.-G. stellt dafür Erwerbslose ein und fragt bei diesen keineswegs nach dem Weg. Die Gerbstedter werden, statt zum Paulschacht oder Vitzthumschacht nach dem Wolfsschacht, und die Mansfelder, für die der Zirkel- oder Vitzthumschacht in der Nähe liegt, nach dem Paulschacht geschickt. Das Ganze ist Schikane und soll die Arbeiter mürbe halten sowie die „Unliebsamen" herausdrücken.

Die Frauen der Direktoren sehen am liebsten, daß ihre Männer den ganzen Tag bei ihnen sind, den Arbeitern gönnt man keine Stunde für ihre Familie.

Kameraden, wir dürfen uns nicht zu willenlosen Sklaven machen lassen. Wir sollen keine Zeit haben, eine Zeitung zu lesen und in eine Versammlung zu gehen. Wir sollen nicht politisch und gewerkschaftlich denken, sondern stumpfsinnig sein. Wehrt Euch gegen diese Schikanen! Stellt Euch in Reih und Glied, kämpft um die Siebenstundenschicht unter Tage und acht Stunden über Tage, sowie für einen Lohn, mit dem Ihr Eure Familie ernähren könnt. Die Mansfeld A.-G. zahlt dieses Jahr 10 Prozent Dividende, ein Zeichen, daß die Konjunktur für sie eine gute ist.

Messingwerk Hettstedt

Wenn auf den Werken der Mansfeld A.-G. Handellöhne gezahlt werden, so trifft das ganz besonders für das Messingwerk Hettstedt zu. Das war wieder bei der letzten Lohnzahlung zu bemerken, vor allem in der Abteilung Messingblech-Walzwerk. Die Kollegen, die glaubten, „großen Lohntag" zu haben, waren sehr enttäuscht. Auf den meisten Lohnlüten standen am Schlusse rote Zahlen, was bedeutet, daß der wöchentliche Abschlag von 20 bis 23 Mark noch weit über dem wirklich verdienten Lohn lag! 10, 15, 20 Mark und noch mehr müssen nun viele Kollegen bringen oder werden an den nächsten Lohntagen abgezogen. Darüber herrschte natürlich große Erbitterung.

Als der Meister Stöwer den Kollegen anstatt höherer Löhne — Sonntagsarbeit anbot, wagte ein Teil der Kollegen wieder nicht, den Meister eine abschlägige Antwort zu geben. Bei allen hatte allerdings Schorsch Stöwer kein Glück. Ein Teil der Kollegen lehnte die Sonntagsarbeit ab. Das ist recht so! Waschlappigkeit und Feigheit muß aufhören. Habt Ihr noch nicht genug, wenn Ihr täglich zehn Stunden in dieser Hölle arbeiten müßt für einen Lohn, der noch unter dem eines chinesischen Kulis steht? Kollegen, erkennt Euch! Fordert den Achtstundentag und höhere Löhne! Organisiert Euch im Metallarbeiterverband. Schließt Euch auch der KPD. an und setzt Euch zur Wehr, wie das andere Betriebe heute auch wieder fertigbringen.

Muß das erst von einem Meister gesagt werden?

Uns geht von einem Meister der Grube Leopold bei Bitterfeld (Belegschaft Wittkopp) folgendes Schreiben zu:

In die Belegschaft muß einmal gründlich hineingeleuchtet werden! Was da für eine Gleichgültigkeit herrscht, ist nicht zu beschreiben! Viele glauben, wenn sie wöchentlich bis auf 35 Mk. kommen, haben sie es nicht nötig, sich politisch zu interessieren. Aber was sie in Bedienst bei übermäßiger Arbeitszeit sich nicht holen, das haben sie noch nicht begriffen. Sonntag für Sonntag wird geschuftet. Die Sonnabendschicht, die ½3 Uhr nachmittags antritt, kommt erst Sonntag früh wieder angehumpelt, und so geht es dauernd.

Die Arbeiter müssen sich doch überlegen, daß sie den Arbeitslosen das Brot vom Tisch wegnehmen! Es kommt nun bald der April, aber kein Kumpel läßt ein Wort hören, wie es mit dem Achtstundentag werden soll!

Da wird gebarmt wegen der Treiberei, wegen schlechtem Lohn und alles mögliche, aber das Schimpfen allein nutzt doch alles gar nichts. Die Belegschaft muß sich zusammenraffen und den Unternehmern die Stirn bieten und nicht zur Seite stehen, wenn es heißt: Organisiert Euch, lest den „Klassenkampf" usw.! Daß Ihr Euch auf die Seite dreht und schielt wie ein Dummer, das kann doch nicht so fortgehen!

Wenn es auch verschiedene gibt, die Sonnabends und Sonntags nach Hause machen und am anderen Tage mit gefülltem Rucksack zurückkommen, so dürfen sie doch daraus nicht den Schluß ziehen: Ich habe zu essen, und damit basta! Ein jeder Arbeiter hat die Pflicht, mitzuhelfen, sonst kommen wir zu keinem Ziel.

In der Baracke liegen über 40 Mann, von denen nur zwei den „Klassenkampf" lesen. Die „Wurstblätter" aber liegen in jeder Stube aus! Der SPD.-Mann ist viel reger in der Agitation als diejenigen, die den Arbeitern klar machen müßten, was Sache ist.

Kollegen, es gibt in der Belegschaft viel zu ackern! Bedenkt! Ihr müßt Euren Lohn während der Mittagspause holen, während derselbe bei anderen Belegschaften während der Arbeitszeit ausgezahlt wird. Dann kommt jetzt auch die Betriebsratswahl, zu der jeder auf dem Posten sein muß. Auf, an die Arbeit, vereint sind wir stark!

Arbeiterinnen, wie wird es anders?

Gloria-Werke Firma Lewy & Co., Zeitz

Eine Bruchbude und ein Ausbeuterbetrieb sind die schwarzrotgelben Gloria-Werke in Zeitz. Die Chefs, Lewy sen. und jun., sind stramme Reichsbannerkameraden.

Wie es in diesem Musterbetrieb zugeht, spottet jeder Beschreibung. Der größte Antreiber ist der Werkmeister Rauchbach. Nicht nur, daß er die jugendlichen Arbeiterinnen in seiner Abteilung mit den gemeinsten Schimpfworten bedenkt, wie „faules Volk", „haltet Eure Schnauzen". In der Mittagspause verbietet dieser vaterländisch gesinnte Meister den Leuten sogar das Reden. Bei tollster Antreiberei verdienen die Arbeiterinnen von 22 bis 23 Jahren bei 8stündiger Arbeitszeit 6 bis 8 Mk. die Woche. Beklagt sich jemand, so erklärt der Meister kurzerhand: „Schafft mehr, und seid nicht so faul!"

Als kürzlich zwei Arbeiterinnen etwas Murks gemacht hatten, wurden sie kurzerhand entlassen. Einer Arbeiterin wurden die Papiere in die Hand gedrückt mit dem Vermerk: „Wegen schlechter Arbeit entlassen." Im Kontor sagte man ihr, daß Meister Rauchbach dieses so bestimmt hätte! — Der Meister scheint bisher der Chef zu sein!

Die Vorarbeiterin Vogt behandelt die Leute ebenfalls wie Vieh. „Dumme Schweine" usw. sind ihre Kraftausdrücke. Dabei tut sie selbst den ganzen Tag nichts als essen und trinken.

Dann sei auch noch auf den Kriegsbeschädigten und Aufvorarbeiter Schirmer hingewiesen, bei dem die Antreiberei in voller Blüte steht, und der ebenfalls mit gemeinen Redensarten um sich schmeißt.

Den Kollegen und Kolleginnen rufen wir zu: Organisiert Euch restlos, zeigt diesen Herrschaften die Zähne, reiht Euch ein in die rote Klassenfront, denn nur so kommen wir vorwärts!

Kapitel: Lehrlingsausbeutung!

(Jungarbeiter-Korrespondenzen)

Der Inhaber der Maschinenschlosserei Otto Würker, Brehna, hat sich an seinen Lehrlingen bereichert, indem er den vier Lehrlingen, die Ostern auslernen, eines Tages den Lohn entzog. Als Grund gibt er an, daß die Lehrlinge in manchen Stunden damit beschäftigt sind, ihr Gesellenstück fertigzustellen! Jedenfalls hat aber die Geburtstagsfeier zuviel gekostet und die armen Lehrlinge sollen dann die Kasse wieder voll machen! Wie oft kommt es vor, daß von den Jungens Ueberstunden verlangt werden, von Bezahlung derselben ist bei dem Stahlhelmer Würker aber keine Rede! In seinem Betriebe sind 3 Gesellen und 11 Lehrlinge beschäftigt! Das besagt genug.

*

In dem Betriebe Alsin Rößler, Oberseeld, sind 6 Tischlergesellen und 7 Lehrlinge beschäftigt. Dabei ist zu berichten, daß zwei Gesellen erst vor kurzem ausgelernt haben. 2 Sattler und Polsterer mit 7 Lehrlingen sind außerdem beschäftigt. Die Arbeitszeit dieser 14 Lehrlinge geht von morgens ¾7 Uhr bis abends ¾7 Uhr. Abzuziehen ist dabei eine Stunde Pause: ¼ Stunde Frühstück, ½ Stunde Mittag und ¼ Stunde Vesper. Das sind also 11 Stunden tägliche Arbeitszeit. Sonntags vormittags müssen sie ebenfalls arbeiten. Dabei handelt es sich um 14- bis 18jährige Menschen. Wofür gibt es wohl Gewerbeinspektoren?

Jungarbeiter, Lehrlinge! Setzt auch Ihr selbst Euch zur Wehr! Hinein in die freien Gewerkschaften! Hinein in den Kommunistischen Jugendverband! Nur organisiert können wir vorwärts kommen!

Erfolg geschlossenen Auftretens

Am Donnerstag, dem 17. März, wurde bei der Firma Prinzle Söhne ein Former von dem Meister Löffler aus nichtigem Grunde entlassen. Der Former hatte den Meister gefragt, ob er sich eine Riemenscheibe anfertigen könne. Da er die Zusage bekam, fertigte er sie an und nahm sie mit nach Hause. Acht Tage später hatte der betreffende Former ein Stück Ausschuß und flog sofort auf die Straße.

Die Belegschaft nahm dazu am Freitag Stellung und beschloß, die Arbeit erst dann wieder aufzunehmen, wenn der entlassene Kollege wieder eingestellt würde. Der Betriebsrat verhandelte mit der Betriebsleitung, ohne daß etwas erreicht wurde. Dann wurde ein Verbandsvertreter geholt und erneut in Verhandlung mit der Betriebsleitung eingetreten. Der Erfolg des geschlossenen Auftretens war nicht ausgeblieben. Die Entlassung wurde zurückgenommen. Die Belegschaft nahm darauf am Nachmittag die Arbeit wieder auf.

Aus der Filmfabrik

(Arbeiterkorrespondenz)

Wie man praktisch die Annäherung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer betreibt, wie man die Arbeitskraft in den Betrieben durch die Mehrarbeit und hinterhältige Behandlung zermürbt; wie man die sonst so gepriesene Moral profaniert, indem man vorgibt, Arbeitsamkeit und Gehässigkeit wahre Orgien feiern, das soll hier einmal gezeigt werden. Erwerbslose, Unorganisierte, Werksgemeinschaftler horcht auf und zieht endlich die Konsequenzen! Nur Auge in Auge gegenüber dem raffgierigen Kapital können wir bessere Lebensbedingungen erreichen.

Am übelsten geht es wohl in der Filmfabrik Wolfen, Abteilung Kunstseide, zu, in der Schicht Busch. Husch, husch, weg ist er im Busch, das ist der Meister Busch, vorsichtig, abwägend, den Gegner hintenherum zermürbend. Auf der anderen Seite ist er sehr empfänglich für Kriecherseelen und sehr besorgt, daß ihnen nichts passiert. Aber er trägt seine Haut nicht gern zu Markte.

Dafür herrscht in der Wässerung ein kleiner Despot, der Postenmann Dünnschuh. Diesem famosen Vorgesetzten gibt er mit einem höhnischen Schmunzeln die Mißliebigen in die Hand. Er wurde von einem Kollegen einmal um Urlaub gebeten, was er verweigerte mit dem Hinweis: „Das kann ich nicht". Der Betreffende geht zum Ingenieur Kirchhof, der sonst auch nicht ein Freund der Belegschaft ist und bekommt seinen Urlaub bewilligt. — Ein anderer mußte sich krank melden, um ihm begreiflich zu machen, daß er gehen muß. Ein andermal schreit er einen Arbeitskollegen dermaßen an, daß dieser erschreckt zusammenfährt. Auf den ruhigen Hinweis, doch näher heranzukommen und anständig zu sprechen, antwortet dieser Prachtmensch: „Jetzt melde ich Dich". — In provozierender Weise pflanzt er sich einige Minuten vor Beendigung der Essenszeit oder vor Feierabend, manchmal gemütlich angelehnt, mitten im Raum auf und wartet, wo er eine Meldung machen kann. Er schämt sich auch nicht, durch Türritzen das Versäumte nachzuholen. Alles in allem ein prachtvoller Zeitgenosse, den wir gerne der Filmfabrik überlassen. Seine Gehässigkeit und Menschenfeindlichkeit könnte er aber wenigstens zu Hause lassen.

Zum größten Teil liegt es an der Belegschaft selbst, daß sie so behandelt wird. Bei der Betriebsrätewahl möge jeder überlegen und richtig wählen, um solchen elenden Sklavenzuständen ein Ende zu bereiten. Solche Kreaturen ohne Klassenbewußtsein wie der Postenmann haben keinen Platz in unseren Reihen!

Gemeinheit und Gehässigkeit feiern in versteckter oder offener Form in der Filmfabrik Triumpfe. Es ist daher kein Wunder, daß einige Kollegen schon zur Selbsthilfe griffen, was natürlich nicht der richtige Weg ist. Darum aufgewacht und zielbewußt gehandelt!

Wie die Werksleitung im besonderen aussieht, sei auch noch erwähnt und den irregeleiteten Arbeitskollegen von der Werksgemeinschaft nahe gelegt. Wir haben in der „Kunstseide" seit vorigem Sommer die Sonntagsschichten, und heute noch ist man nicht geneigt, davon abzugehen. Obendrein gibt es noch Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse. Früher war die Spinnmaschine mit zwei Mann besetzt, heute bedient ein Mann 1½ bis 2 Maschinen. Sonntags herrschen geradezu unglaubliche Zustände. Mit weniger Leuten wird an Sonntagen das geschafft, was man an Werktagen mit der vollen Besetzung leistet. Und die Bezahlung? — Sie läßt sehr viel zu wünschen übrig.

Kollegen, rechnet doch einmal nach, was Ihr durch Vernachlässigung Eurer Rechte dem Kapital durch Mehrarbeit bei geringer Bezahlung zuschanzt. Es gibt kein Händereichen mit dem Kapital. Nur Einigkeit unter den Proletariern macht die Bewegung stark.

Zum Streik der Leuna-Bauarbeiter

sendet uns die Belegschaft der Baufirma Dyckerhoff & Widmann (Leunabauten) folgenden Bericht:

In einer Betriebsversammlung der bei der Firma Dyckerhoff & Widmann beschäftigten Zimmerer wurden die etwa 15 nicht gewerkschaftlich organisierten Kollegen aufgefordert, ihrer Pflicht bis Montag, den 21. März, nachzukommen. Es wurde ihnen ihre Verantwortlichkeit, die jeder im Produktionsprozeß stehende Arbeiter haben muß, klar aufgezeigt. In der am 22. März stattgefundenen Betriebsversammlung konnte dann durch den Delegierten festgestellt werden, daß zehn Kollegen ihrer Pflicht nachgekommen sind, während fünf Kollegen sich weigerten.

Holland, Merseburg, bekannt als Ueberstundenschieber übelster Sorte, wahrscheinlich auch Stahlhelmer, versuchte in fadenscheinigen plumpen und beleidigenden Worten die auf den Betriebsdelegierten zugespitzt waren, seine Ansicht über Organisationspflicht darzulegen. Die Versammlungsteilnehmer sagten ihm deutlich die Meinung, und es wurde beantragt, die Versammlung möge beschließen, ob die Zimmererkollegenschaft es weiterhin mit ihrer Ehre vereinbaren kann, mit solchen die Arbeiterschaft schädigenden Elementen gemeinsam weiter zu arbeiten. Die etwa 200 anwesenden Zimmerer beauftragten gegen nur drei Stimmen den Betriebsdelegierten, sofort bei der Baufirma bzw. deren Vertreter vorstellig zu werden, daß die fünf unorganisierten Kollegen anderweitig eventuell unter einen eigens für sie bestimmten Polier beschäftigt werden. Die Zimmererkollegenschaft wird die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis der Wille der Versammlung erfüllt ist.

Schon nach der ersten Versammlung war der Betriebsdelegierte nach Bau 24 zur Werksdirektion resp. deren Vertretung gelaufen, wo ihm unter Hinweis auf das Betriebsrätegesetz Vorhaltungen über „unaufhebbare Folgen" seiner Tätigkeit als Delegierter usw. gemacht wurden. Der Delegierte hat selbstverständlich keine Ursache, sich von der Werksleitung einschüchtern zu lassen. Er handelte im Auftrage der Belegschaft! Er trat also mit seinem Auftrag an den Bauführer Reschke heran. Dieser erklärte, daß er nicht in der Lage sei, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Er versuchte, unter Umgehung des Delegierten, die Zimmerer aufzufordern, die Arbeit aufzunehmen. Der Delegierte selbst versuchte, die Kollegenschaft zur sofortigen Arbeitsaufnahme zu bewegen, um noch durch Verhandlungen bis Mittwoch früh bei der Baufirma resp. Werksvertretung eine Einigung zu erzielen. Aber die Kollegenschaft lehnte in einer nochmaligen Abstimmung angesichts der zugespitzten Lage im Baugewerbe, einmütig jede Gemeinschaft mit den Unorganisierten ab. Es wurde sogar weiter beschlossen, wenn der Vertreter der Firma Dyckerhoff & Widmann und die von ihr hinzugezogene Werksvertretung den Willen der Belegschaft nicht sofort erfüllt, das Arbeitsverhältnis zu lösen.

Zweihundert Zimmerer zogen geschlossen vom Bauplatz nach dem Bureau der Firma in Leuna und verlangten ihre Papiere.

Zu Mittwoch früh 8 Uhr war im Gasthof Leuna wieder eine Versammlung anberaumt, über die wir noch berichten.

Unverfroren

Ein Arbeiter der Baufirma Otto Lingesleben teilt mit:

Die Firma Otto Lingesleben in Leuna ließ am 17. März durch ihre Schachtmeister Listen in der Belegschaft der Kiesgrube (auch Kläranlage genannt) zirkulieren, daß sie wegen zu hoher Unkosten sich nicht länger auf Achtstundenarbeit einlassen könne und daß in der Tagesschicht neun Stunden gearbeitet werden könne.

Die Kollegen lehnten das Ansinnen ab bis auf 15 Mann des Schachtmeisters Kunze, die ihre Unterschrift unter dieses Schanddokument gaben. Es muß betont werden, daß gerade diese Kollegen sich dauernd zur Ueberstundenschufterei mißbrauchen lassen und überhaupt die Lakaienrolle bei der Firma Otto Lingesleben übernommen haben.

Kollegen, nehmt Euch ein Beispiel an der Belegschaft von Dyckerhoff & Widmann!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270324-14/fragment/page=0007

Warum Zuban No 6? zu 4 Pfg

Weil jeder objektive Fachmann bestätigen wird, daß solch überragende Qualität in der 4-₰ Preislage selbst bei der einfachen Packung nur infolge unserer besonderen Beziehungen zum orient. Tabakmarkt geboten werden kann.

G. Zuban, Zigarettenfabrik

An einem Tage verspeisen

ca. 8000 Familien Fische

aus der

Gr. Ulrichstr. 58 u. am Reilea

Ist dieses nicht der beste Beweis für die Güte unserer Ware?

Freitag und Sonnabend eintreffend:

Grüne Heringe 2—3 auf 1 Pfund ..... ℳ 17₰
Kabeljau ohne Kopf .. ℳ 25₰
Karbonaden bratfertig. ℳ 40₰
Schellfisch ohne Kopf groß, fett und zart. ℳ 45₰
Bratschellfisch ..... ℳ 22₰
Knurrhahn ℳ 25₰ Filets ℳ 55₰
Nordsee-Rotzunge, mittel ℳ 65₰
Nordsee-Rotzunge groß . ℳ 95₰
Bratscholle .. .. ℳ 35₰

Täglich frische Räucherwaren aus eigener Fabrik

1 Waggon Marinaden die so viel verlangte Marke Schlüsselflasche Dosen über 2 Pfund schwer

Bratheringe, 12—14 Stück Dose 75₰
Saure Sardinen .... Dose 85₰
Rollmops und Bismarckheringe / Hering in Gelee Marke Seehund } Dose 88 ₰

Bei 10 Mk. Anzahlung und 3 Mk. wöchentl. Abzahlung erhalten Sie sofort ein

M. Marienfahrrad

Fahrrad-Vertrieb GmbH.
Artur Engelhardt, Steinweg 32
Reparaturen u. fachmännische Leitung

Treibriemenleder

gebraucht, größere Posten eingetroffen, zu verschiedenen Zwecken geeignet, versauft billigst

J. Sternlicht, Alter Markt 11 (Goldene Kette)

Edison-Lichtspiele
Keuschberg-Dürrenberg

Jeden Freitag u. Sonnabend im Gasthof zur Sonne empfehlen wir unsere neuesten

Filme.

Paul Sonntag.

Kein 742

Inventur-Ausverkauf!

Sie kaufen aber staunend billig direkt von einer der bedeutendsten Fabriken Deutschlands dieser Art:

Betten in Holz und Metall

alles was zum Schlafzimmer gehört auch Küchen, Sofas, Chaiselongues

10 % Rabatt bei Barzahlung!

Bequeme Teilzahlung!

Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang Beurteilen Sie den Preis nach der Qualität

Gustav Gaa, Möbelfabrik, Gera
Fabriklager:
Halle a. d. S. Leipziger Str. 18
Seitengebäude — Kein Laden
Vertreter:
Bernh. Schormann
Vertreter für Zeitz: Th. Janosch Jüdenstraße 2

Kaffee und alle **Kolonialwaren** stets von **Otto Bornschein,** Groß-Rösterei „Halloria" Halle a. S., Mittelstr. 21

Geschäftszeit ununterbrochen von 9 bis 7 Uhr

An Alle

Fahrtvergütung bis 2,— Mark

Fahrtvergütung bis 2,— Mark

Herren von Weißenfels u. Umg., die Wert darauf legen, sich für wenig Geld elegant und gediegen zu kleiden, zur Kenntnis, daß Donnerstag, den 24. Freitag, den 25. und Sonnabend, den 26. März, im „Schwarzen Adler", Leipziger Straße, am Markt pt., aus einer

Berliner Herren-Kleider-Fabrik

ein großer Posten erstklass. fertiger, moderner Jackett-Anzüge, pa. Verarbeitung u. pa. Zutaten, von 55,— 46,— 40,— 32,— 26,— 20,— Mk. an, an Private zum Verkauf kommen. Ferner zu außergewöhnlich billigen Preisen:

Uebergangs-Gabardinemäntel .....von 23,— **20,—** Mk. an
Sommer-Ulster dunk. w. farb., v. 55,— 48,— 40,— 35,— 30,— **26,—** Mk. an
Covercoat-Paletots .....von 46,— 42,— 35,— 30,— **25,—** Mk. an
Einsegnungs-Anzüge .....von 35,— 30,— 25,— **18,—** Mk. an
Gummi-Mäntel f. Damen u. Herren z. Ausf. **10,—** und **12,—** Mk.

sowie einzelne Hosen (gestreifte) für jede Figur passend zu konkurrenzlos billigen Preisen!

Versäume niemand, die außergewöhnl. günst. Gelegenheit wahrzunehmen

Berliner Herren-Kleider-Verkauf

*813 z. Zt. Weißenfels
„Schwarzer Adler", Leipziger Straße, am Markt, part.

Geschäftszeit ununterbrochen von 9 bis 7 Uhr

Auf

Teilzahlung

moderne Herren-Bekleidung

Herren-Anzüge ..... Mk. 110,— 90,— 80,— 60,— **45,-**
Frühjahrs-Paletots .....Mk. 86,— 72,— **60,-**
Gummi-Mäntel .....Mk. 52,— 44,— 33,— 29,— **23,-**

¼ Anzahlung. Wochenrate 3,— Mk.

Paul Sommer
Halle a. d. S., Leipziger Str. 14, I u. II
gegenüber Café Zorn

Bringe mein

Rasier-Geschäft

in empfehlende Erinnerung
Gute Bedienung Solide Preise

Albert Gutjahr,
Eisleben, Jüdenhof 12

Achtung! 618

Empfehle diese Woche bestes junges Mast-**Fleisch,** Rouladen, Schmer fettes Rostbrat, Fett, alle Wurstwaren mit Schweinefleisch gemischt

Dir Nachf.,
G. Reif,
Zeitz, Schurzenstr.
Telephon 438

Heute, Donnerstag:
Schlachtefest
Hilpert
Zeitz, Brühl 2

Weil 822

Etagen-Geschäft

deswegen kaufen Sie

Herren- Burschen- Kinder- **Anzüge**

Gummi-Mäntel, Hosen und Wäsche aller Art bei uns am billigsten

A. During
Zeitz
Mittelstraße 6

Zuverlässiger

Zeitungsträger

für Zöberitz bei Tanneb. zum 1. April gesucht

Meldungen sind an den Genossen Herm. Liesche, dortselbst zu richten

---

Schlossgarten-Lichtspiele Zörbig
Inhaber: Stroh & Schneider. *92
Jeden Freitagabend 8 Uhr:
Vorstellung

Dobermann

scharfer Wachhund, billig zu verkaufen. Zu erfragen im Verlag Klassenkampf, Halle, Lerchenfeldstraße 14

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem werden sämtliche Aufträge an **Drucksachen und Inserate** entgegengenommen

---

Achtung! Achtung!

Nur das Gute bricht sich Bahn!

Handleiterwagen

kaufen Sie Vertrauenssache, deshalb kaufe man nur beim Spezialfachmann

Ernst Geltmann & Sohn
Inh. Ewald Geltmann
Halle an der Saale
Merseburger Straße 16. Gegründet 1908
Preise herabgesetzt. Einzelne hochfeine Räder und Buchsen zu haben. Reparaturen billigst
Eigene Schmiede-Werkstatt vis a vis Hallische Maschinenfabrik
Bequeme Zahlungserleichterung

Empfehle allen Genossen und Genossinnen meinen

Herren- u. Damen-Frisersalon

Gute und schnelle Bedienung zugesichert
Rich. Kutschbauch, Gr. Klausstr. 7

Werbt f. den Klassenkampf

Billig! Billig!

Schweinefleisch

kein Auslandsfleisch, eigene Mast

Schweinebauch .. Pfund 0,80
Vorderschinken .. Pfund 0,90
Schweinekamm . Pfund 1,00
Gehacktes, gem., Pfund 0,80
Rindfleisch zum Braten ohne Knochen 1,00
Rindfleisch zum Kochen 0,80
Gulasch ..... Pfund 0,80
Rouladen ..... Pfund 1,10

Ferner diese Woche: 749
Extra billige Wurstwaren

Salami ..... ¼ Pfund 0,40
Knackwurst .. ¼ Pfund 0,25
Mettwurst ... ¼ Pfund 0,30
Leber- u. Schwartenwurst ¼ Pfund 0,20

Mansfelder Straße 58
Peter Kutzu
Tel. 25615 2 Min. vom Markt

Das 748

Schokoladenhaus Steinweg 11

ist die beste Bezugsquelle in bezug auf Preise und Qualität der Waren. Ueberzeugen Sie sich selbst davon, wir geben Ihnen nur einige Preise aus der reichen Auswahl an:

Pfefferminzbruch .. ½ Pfund nur 25 ₰
Eierkuchen .... ½ Pfund nur 35 ₰
Mokkacreme .... ½ Pfund nur 45 ₰
Kokospralinen .. ½ Pfund nur 45 ₰
Rekordpralinen .. ½ Pfund nur 55 ₰
Erdnußkrokantbruch mit Schokolade .. ½ Pfund nur 55 ₰
3 Tafeln Schokolade zus. 300 Gramm zu .. 85 ₰ 95 ₰ 100 ₰

Besichtigen Sie bitte die Auslagen im Schaufenster!

Schokoladenhaus Steinweg 11
Eigene Zuckerwarenfabrik

Zuverlässiger

Zeitungsträger

wird für Löjau gesucht.

Meldungen sind an den Klassenkampf, Fil. Weißenfels, Marienstraße 46, zu richten

---

Konsum- und Spargenossenschaft für d. Industrie-Bezirk Bitterfeld
e. G. m. b. H.
Sitz Holzweißig
Sonntag, 3. April, vormittags 10 Uhr, im „Bürgergarten" in Bitterfeld:
Ordentliche *809
Vertreter-Versammlung

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr v. 1. Juli bis 31. Dezbr. 1926
2. Vortrag über Agitation
3. Wahl der ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieder
4. Anträge der Mitglieder

Anträge sind so rechtzeitig bei Unterzeichnetem einzureichen, daß sie mindestens drei Tage vor Abhaltung der Vertreter-Versammlung veröffentlicht werden können

Der Aufsichtsrat
J. A.: Robert Weiske, Greppin

Teilzahlung! Achtung! Teilzahlung!

Geschäfts-Eröffnung

Wir eröffnen am Freitag, dem 25. März eine **Filiale** für Weißenfels und Umgebung in

Weißenfels, Große Kalandstraße 23

Zu noch nie dagewesenen Bedingungen geben wir an jedermann zu staunend billigen Teilzahlungspreisen

Damen-, Herren- u. Knabengarderoben
in bester Ausführung
Bett-, Leib- und Tischwäsche
in feinster Qualität
Gardinen, Stors, Bettdecken
Stuben- und Küchengarnituren usw.

gegen kleinste Anzahlung und wöchentliche Teilzahlungen von 1.— Mk. an werden die Waren dem Käufer gleich ausgehändigt

Besichtigung ohne Kaufzwang Diskrete Bedienung wird zugesichert

Wir bitten beim Einkauf Ausweispapiere mitzubringen

Deutsche Kredit-Gesellschaft Berlin
Filialen:
Weißenfels, Gr. Kalandstr. 25. **Merseburg,** Oelgrube 9

Ohne Anzahlung

kaufen bei mir Kunden, die ihr Konto bezahlt haben. Auch Sie sollen zu meiner Kundschaft zählen und diesen Vorteil haben. Darum kommen Sie zu mir und kaufen auf Kredit

Niedrigste Anzahlung, bequeme Ratenzahlung

Große Auswahl haben Sie in
Herren-Anzügen, Mänteln, Regenmänteln usw.
Damen-Mänteln, Kleidern, Strickjacketts usw.
Burschen- und Knaben-Anzügen

Zur Konfirmation

Anzüge, Kleider, Wäsche, Schuhwaren, Kleiderstoffe in aparten Farben

Manufakturwaren Leib-, Bett-, Tischwäsche, Gardinen, fertige Federbetten

Möbel, Spiegel, Sofas, Ruhesesseln, Tische und Stühle, komplette Küchen

Die Ware wird sofort beim Kauf ausgehändigt
Kredit auch nach auswärts
Waren- und Möbel-KreditHaus
Carl Rasemann
Halle a. S., alte Promenade 351
(Nähe Hauptpost)

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein.

Bekanntmachung

Die hiesige Gemeinde beabsichtigt, ab 1. Oktober d. J. an der Siebigerödder Straße eingezäunte Schrebergärten mit Wasserleitungsanlage in Größe von zirka 200 bis 400 Quadratmeter zu verpachten.

Der Preis pro Quadratmeter wird 5½ bis 6 Pfennig betragen.

Diejenigen Personen, welche gewillt sind, einen Schrebergarten zu pachten, wollen sich umgehend auf hiesigem Gemeindeamte melden [*800

Helbra, den 19. März 1927.

Der Gemeindevorsteher.
Fleer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270324-14/fragment/page=0008

Merseburg-Leuna-Querfurt

Nieder mit dem Terror!

Eine Kundgebung gegen das Blutbad unter den Berliner Arbeitern findet am

Freitagabend ½8 Uhr

auf dem Marktplatz in Merseburg

statt. Alle Arbeiter und Angestellten müssen daran teilnehmen und die Kundgebung zu einer wuchtigen Demonstration gegen die faschistischen Polizeioffiziere und ihre deutschnationalen Hintermänner machen.

Zum Märzaufgebot der Roten Jungfront

Vorwärts, marsch, marsch!
Jetzt stärkt die rote Front!
Reihe Dich ein, Prolet!

F. D. Noch zeugen die Straßen Merseburgs von dem Aufmarsch der roten Arbeiterbataillone. Tausende von Arbeitern, unter ihnen sehr viele Jungarbeiter, waren aufmarschiert. Die Opfer des mitteldeutschen Aufstandes zu ehren, und die Massen aufzurütteln zum Kampf gegen Chemiekapital, Reaktion und imperialistische Kriege!

In diesem Kampf darf kein Jungarbeiter abseits stehen.

Die Gefahren, die der Arbeiterjugend wie der Gesamtarbeiterschaft drohen, sind zu groß und treten gerade in diesen Tagen so kraß in Erscheinung.

Krieg droht dem national-revolutionären China und dem Arbeiter- und Bauernstaat Sowjet-Rußland. Schlimmste Ausbeutung und Unterdrückung in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht droht der Arbeiterjugend Deutschlands.

Die Rote Jungfront bläst im März 1927 zum Sammeln. Ruft die jungen Arbeiter, damit sie sich angesichts der roten Helden vergangener Märzen in die rote Klassenfront einreihen, um den Kampf für die Interessen des Proletariats aufzunehmen!

Rote Soldaten im Sturme voran,
Tönt das Signal,
Folgen Mann für Mann!
Rote Trompeter blasen Alarm!

Jungarbeiter hinein in die Rote Jungfront!

Jungarbeiter demonstrieren

Proletarische Jugend Merseburgs, fort mit der Tatenlosigkeit! In Krähwinkel-Merseburg, das am vergangenen Sonntag die Wucht des roten Aufmarsches gesehen hat, marschierte am Dienstag der Kommunistische Jugendverband für wichtige Tageslosungen der Jungarbeiterschaft auf. Für jeden einsichtigen Arbeiter ist es klar, daß diese Demonstration bei weitem nicht an den machtvollen Aufmarsch des Sonntags heranreichen konnte. Das war ja auch nicht ihr Zweck!

Der Sinn der Sonntagsdemonstration sollte noch bekräftigt werden. So wie die erwachsene Arbeiterschaft jetzt in den Betrieben eine Aktivität an den Tag legen muß, so muß es auch die arbeitende Jugend tun. Darum marschierten wir am Dienstag durch die Straßen:

Für die Forderungen der arbeitenden Jugend!
Für vierwöchigen bezahlten Urlaub!
Für die Errichtung von Ferienheimen der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge!

Unsere Kampflieder lockten Spießer, auch Arbeiter heran. Transparente zeigten allen, was uns auf die Straße gerufen hatte. Der größte Teil der Merseburger Arbeiter hatte sich unserm Zuge nicht anschließen können, weil die Leuna-Könige dieselben erst am späten Abend aus den Zuchthaustoren herauslassen. Der Zug löste sich an der „Stadt Leipzig" auf, woselbst der Jugendgenosse Fritz Beyling über die Forderungen der Jungarbeiterschaft sprach. Er betonte, daß durch revolutionäre Kleinarbeit der Erfolg des großen Aufmarsches vom Sonntag gekrönt werden müsse. Und die Verbreitung der Jugendforderungen sei ein Stück Kleinarbeit. Die Bourgeoisie, die die erwachenden Kräfte im Proletariat bemerkte, versucht besonders die Jugend mit allen Mitteln dieselbe niederzuhalten. Obendrein tut der

sozialdemokratische Regierungspräsident Grützner

so, als wenn er etwas täte. Er verspricht der arbeitenden Jugend, dafür sorgen zu wollen, daß sie ihren Urlaub in Erholungsheimen verbringen kann. Er vergißt dabei, daß sogar ein dreißigiger Urlaub eine Seltenheit im Leben eines jungen Arbeiters ist.

Die Jungarbeiter können sich auf Grützner nicht verlassen! Und nun behandelte der Genosse Fritz ausführlich die Vorschläge Grützners und die Rolle der bürgerlichen Jugendpflege, die sich auf Bittgänge verlegt. Wir wissen, daß auch diese Fragen Machtfragen sind. Wir werden von den Gewerkschaften aus den Kampf für

Jugendschutz und Jugendrecht

aufnehmen. Wenn wir die Massen in Bewegung bringen, dann werden wir siegen.

Zu erwähnen ist noch, daß unter anderem auch die sozialistische Arbeiterjugend, die zu dieser Veranstaltung eingeladen war, derselben fernblieb. Es wurde erzählt, daß sie sich zur gleichen Zeit im Jugendheim mit Volkstänzen beschäftigte. Sie will anscheinend in noch größere Knechtschaft „hineintanzen". Wir halten es aber gerade für unsere Pflicht, den jungen Arbeitern von Merseburg, besonders denen, die jetzt zu Ostern die Schule verlassen, zu sagen, daß ihr Platz nicht bei der tanzenden Jugend der SPD. sein kann.

Wir jungen Arbeiter müssen gemeinsam mit den Erwachsenen den Weg des revolutionären Klassenkampfes gehen. Proletarische Jugend — geschlossen vorwärts!

In der Versammlung wurden noch zwei Resolutionen, die Jugendforderungen enthielten, einstimmig angenommen.

Wie man Tote ehrt!

Unter dieser Stichmarke schreibt irgendein Dummrian aus Dürrenberg an das hallische „Volksblatt" darüber, wie man tote Freiheitskämpfer zu ehren hat. Das soll nämlich stille, ohne Geräusch gemacht werden. Sechs ganze Männlein schlichen sich auch geräuschlos in der Mittagsstunde zum gemeinsamen Grabe der Kapp-Putschopfer, um davon zu schwafeln, daß sich die hiesige Arbeiterschaft seit Jahren angelegen hat sein lassen, die toten Kämpfer zu ehren, das heißt, wohl Reichsbanner und SPD. immer durch Abwesenheit glänzten, obwohl wir den Duckmäusern stets ins Gedächtnis gerufen haben: Schämt Ihr Euch nicht, in erster Linie fielen unsere Kämpfer für die geflohene Regierung Ebert-Noske.

Wenn diese politischen Kindsköpfe wenigstens den Mut hätten, einzugestehen, daß sie gar nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft überhaupt „Nebengeräusche" zu machen, gar zu gern würden Sie es tun, aber durch ihr ganzes spießbürgerliche Verhalten haben sie ja bei der hiesigen Arbeiterschaft nicht für einen Pfennig politischen Kredit.

Im übrigen stimmt es im Bericht nicht, daß die hiesigen Genossen und RFB.-Kameraden mit ihrer Kapelle zu spät eintrafen. Als die Kranzniederlegung durch die abgesandte Delegation bereits erfolgt war, unterließen es die hiesigen Genossen, aus Pietät, noch einmal ans Grab zu gehen. Also hübsch bei der Wahrheit bleiben und nicht gegeifert, sonst gibts moralische Backpfeifen, verstanden!

Ländliches Wohnungselend

Der DLV. hat im Kreise Angermünde, der brandenburgischen Hochburg des Landbundes, Material über die Wohnverhältnisse der Landarbeiter zusammengestellt. In 23 Gutsbezirken wurden 727 Werkswohnungen besichtigt. Davon bestehen 133 aus einer einzigen Stube, 419 aus Stube und Küche und 175 aus zwei Stuben und Küche. Die 133 Wohnungen, die lediglich aus einem Raume bestehen, dienen für Koch- Schlaf- und Wohnzwecke meist großer Familien. So ist in einer solchen „Wohnung" ein Landarbeiterehepaar mit 4 Kindern und zwei fremden Hofgängern, also acht Personen in einer Stube, untergebracht.

Und die Agrarier . . .

Merseburg. In den Kammerlichtspielen läuft ab Freitag der Russenfilm Sibirien, der das blutige zaristische Rußland in aller Grausamkeit zeigt. Dieser Film ist geeignet, das Rußland vor der Machtergreifung durch das Proletariat kennen zu lernen, insbesondere Verbannung und Foltern in Sibirien.

Viendorf. Abgeblitzt. Vor kurzem hatte sich ein Kamerad der Roten Frontkämpfer-Kapelle vor dem Amtsgericht in Mücheln zu verantworten. Die Anklage wurde von dem Kommunistenfresser Schöbel und von Frau Nösel erhoben, in der dem Kameraden zur Last gelegt wurde, daß er bei offenen Fenstern — internationale Freiheitslieder gespielt hätte. Der Angeklagte wurde jedoch freigesprochen und die Kläger zogen wütend und mit einem hochroten Kopf ab . . .

Neumark. Wacht auf, Kumpels vom Geiseltal! Am Sonntag, dem 27. März, vormittags 10 Uhr, ruft die „Betriebszelle Leonhardt" die Bergarbeiter des Geiseltals zu einer öffentlichen Versammlung nach Schuhmanns Gasthof. Ein Genosse der KPD. wird über „Die politische Lage und die Wirtschaftskämpfe" sprechen. **Bergarbeiter, zeigt durch Massen-Beteiligung, daß Ihr Euch am 1. Mai keinen 1. Januar wieder bieten lassen wollt! Zeigt ferner der Verbandsbureaukratie durch Masseneintritt in den VBB., daß Ihr gewillt seid, Euch den Acht-Stunden-Tag durch Kampf zurückzuerobern.** Folgt dem Rufe der „Betriebszelle Leonhardt".

Querfurt. Märzgefallenen-Gedenkfeier. Zu Ehren der Märzgefallenen von 1921 findet am Sonntag, dem 27. März, folgende Gedenkfeier statt: Nachmittags ½2 Uhr Versammlung im „Schützenhaus"; anschließend **Demonstrationszug nach dem Friedhof.** Dort Ansprache und Kranzniederlegung. Arbeiter von Querfurt-Thaldorf, vergeßt nicht Eure Vorkämpfer, die im Kampfe zur Befreiung von den Fesseln der kapitalistischen Knechtschaft gefallen sind, und erscheint restlos, um die Gedenkfeier wuchtig zu gestalten.

KPD. RFB. RFMB. KJVD. Gewerkschafts- u. Sportkartell.

Muschwitz. Die Werbung für den „Klassenkampf" ergab hier bisher vier neue Leser. Ferner wurden zwei Mitglieder für die Partei gewonnen.

Aus dem Saalkreis

Gegen das Blutbad

unter Berliner Arbeitern protestiert am

Freitagabend ½8 Uhr

im „Burgschlößchen", Ammendorf,

die Arbeiterschaft von Ammendorf und Umgebung. Gebt durch Massenbesuch kund, daß die Arbeiterklasse nicht gewillt ist, sich im Blute ersticken zu lassen und ei nenergisches Halt gebietet dem Vormarsch der Reaktion.

Ammendorf. Was sich Max und Fritze uf de Klägeer erzählten. Max: Na, Fritze, wo gehst denn Freitag abend hin? — Fritze: So 'ne Frage, Mensch! Freitag ist Zahltag un da mach mer en druff oder ich gehe mit mei Mäjen ins Kino, da werd nämlich widder was Duftes gespielt. — Max: Fritze, ich will Dir mal was sagen. Also, wie war denn das am vorigen Freitag? Heh? Knurrst Du nicht, daß die paar Märkchen, die Dir ausgezahlt wurden, nicht hin und nicht her reichen, daß Du Dir keine Schuhe und keinen Anzug kaufen kannst, wie unser Herr Fabrikbesitzer, und nun willst Du saufen oder ins Kino gehen. — Fritze: Na, was jehts Dich an? Hast selber nich mal 'n paar janze Schuhe uf de Beene un da wilste mich Vorwerfe machen? — Max: Vorwürfe will und kann ich Dir nicht machen, Fritze, aber ich wollte Dich einladen zu unserer Werbeversammlung. — Fritze: Zur **Werbe-Versammlung der Roten Jungfront?** Hm, da hawich nich dran jedacht, awer was soll ich denn och dort? — Max: Fritz, wir jungen Arbeiter werden alle ausgebeutet, müssen von früh bis abends schuften für wenig Geld, und da ist nun die Rote Jungfront, die für den Achtstundentag und Lohnerhöhung kämpft. Aber um das zu erreichen, müssen sich alle Jungarbeiter unter dem Banner der Roten Jungfront zusammenschließen, um gemeinsam gegen unsere Unterdrücker zu kämpfen, und dann wird es auch besser werden. — Fritz: Max, Du hast recht, und ich werde kommen und mich aufnehmen lassen in der Roten Jungfront. — Fritz erzählte es nun den anderen Jungarbeitern, welche ihm begeistert zuhörten, und dann erklärten, daß sie alle in die Jungfront eintreten wollten, um den Jungfrontkameraden in ihrem Kampfe zum Siege zu verhelfen.

Jungarbeiter Ammendorfs, heraus zur Jungfront-Versammlung Freitagabend 8 Uhr in der Burg!

Ammendorf. Glänzende Märzkundgebung. Jedes Jahr ehrt das Ammendorfer Proletariat seine Toten, die in den Märzkämpfen ihr Herzblut für die Befreiung der Arbeiterklasse hingegeben haben. Jedes Jahr wird der Racheschwur erneuert und an den Gräbern wird demonstriert. Wir geloben, ihres Willens Vollstrecker zu sein.

Am Sonnabend hatte die KPD. und der RFB. zu einer Kundgebung nach dem „Schützenhaus" aufgerufen. Vom Ortsteil Osendorf bewegte sich ein Demonstrationszug nach dem „Schützenhaus". Ueberall wurden die Arbeiter begrüßt. Die Teilnehmer konnte der „Schützenhaus"-Saal kaum fassen, viele mußten stehen. Als die auswärtigen Delegationen von Berlin, Kassel usw. mit dem Genossen Thälmann eintrafen, wurden sie mit einem kräftigen Rot Front! empfangen. Darauf wurde die Kundgebung durch einen Marsch eröffnet. Als erster Redner betrat Genosse Thälmann die Bühne. In kurzen Worten schilderte er die Bedeutung der Märzfeier und im besonderen ging er auf die Kriegsgefahr ein. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Dann wurde eine russische Fahne an das Ammendorfer Proletariat übergeben. Aus Solidarität sandte die Ammendorfer Arbeiterschaft ein Schreiben nach Moskau. Ein Genosse aus Ungarn schilderte kurz die Terrormaßnahmen, welche die dortige Polizei gegen die Arbeiterschaft anwendet. Es sprachen außerdem noch zwei Berliner Genossen, welche uns ein Bild von der Berliner Arbeiterschaft überreichten. Dann wurde die machtvolle Kundgebung durch das Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" geschlossen.

Am Sonntag. Schon in den frühen Morgenstunden hatten sich die Arbeiter aufs neue versammelt, um ihre toten Kämpfer zu besuchen. An beiden Gräbern wurde je ein Kranz niedergelegt. Genosse Thälmann sprach ein paar Worte zu den Versammelten. Dann ging es zurück nach dem Schillerplatz, wo die Autos zur Abfahrt nach Merseburg bereit standen. Für die Ammendorfer Arbeiterschaft war die Märzkundgebung ein großer Tag und nicht ein Rummel, wie die SPD. es im „Volksblatt" bezeichnet. Mögen die SPD.-Führer noch so kläffen, manchem ehrlichen SPD.-Arbeiter hat am Sonntag das Herz höher geschlagen. An uns liegt es, nun bei den Sympathisierenden vorzustoßen und sie als „Klassenkampf"-Leser und Parteimitglieder zu gewinnen. Wenn auch die SPD.-Führer über unser „böses Gewissen" wimmern; zu Gesinnungslumpen werden wir nicht. Mögen sie uns auch Verbrecher, Lumpen, Drahtzieher oder Zuchthäusler schimpfen, das können wir ertragen. Daß der Gedanke der proletarischen Revolution einschläft, können wir nicht ertragen.

Ammendorf. Oeffentliche Mieterversammlung! Mit Hochdruck wird von seiten der Bürgerblock-Regierung an der Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft, sowie der Mieterhöhungen gearbeitet. Es geht um die Beseitigung der elementarsten Rechte der gesamten Mieterschaft. Heute schon leiden die Gewerbetreibenden unter diesem, dem Wucher Vorschub leistenden Regime, morgen schon geht man heran an die übrige Mieterschaft, die arbeitende Klasse, um von ihr höhere Mieten zu erpressen. Dagegen gilt es sich zur Wehr zu setzen und sich Aufklärung zu verschaffen in der am Freitag, dem 25. März, abends 8 Uhr, im „Elsterthal" stattfindenden öffentlichen Mieterversammlung, in der Kollege Tietz, Eilenburg, sprechen wird. Mieter, Gewerbetreibende, erkennt, was Euch bevorsteht. Besucht die Versammlung.

Ammendorf. Die Jugendweihe findet am Sonntag, dem 27. März, vormittags ½10 Uhr im „Schützenhaus" statt. Die Abendveranstaltung beginnt um 7 Uhr unter Mitwirkung der Dramatischen Abteilung, der RFB.-Kapelle, der Naturfreunde, der Jugend sowie des Arbeiter-Gesangvereins.

Bölberg-Wörmlitz. Eine Märzgefallenenfeier findet am Sonntag, dem 27. März, hier statt. Pünktlich ½2 Uhr Antreten an der Schule in Bölberg. Nach der Märzgefallenenfeier findet die Jugendweihe bei Rauschenbach statt. Referent ist Alfred Grade, Halle.

Diemitz. Proletarischer Unterhaltungsabend. Am Sonnabend, dem 19. März, fand im „Gesellschaftshaus" ein Proletarischer Unterhaltungsabend statt, welcher in der Ausführung des Programms prächtig verlief. Zur Verfügung hatten sich die Arbeiter-Sänger Diemitz und die Proletarische Kultur-vereinigung Halle gestellt. Der ganze Abend stand im Zeichen der Aufrüttlung des Proletariats: Durch Musik und Gesangsvorträge wurde eingeleitet, durch Rezitation (Märzstürme) kam Steigerung in das Programm. Ein Stück, betitelt „Die neue Zeit", zeigte die Verdummungsarbeit der Kirche in treffender Weise. Es wirkte erfrischend, wie der junge Proletarier den abgefeimten Pastor ganz scharf den proletarischen Standpunkt klarmachte. Die Arbeiter-Sänger, mit ihren sehr gut zu Gehör gebrachten Kampfliedern, trugen viel zum Gelingen des Abends bei. Zuletzt wurde ein wirksames Bild gestellt. Ein Kerker, vor dem eine Proletariermutter mit Kind den politischen Gefangenen Blumen bringt. Alle gingen, nachdem wuchtig „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" gesungen war, mit dem Wunsche fort, bald wieder solche Veranstaltung stattfinden zu lassen. Der Besuch war nicht so, wie man es hätte erwarten können. Die Einnahme wurde den Opfern der politischen Gefangenen überwiesen.

Nietleben. Eltern- und Werbeabend des Arbeiter-Turnvereins „Frisch auf". Der Arbeiter-Turnverein „Frisch auf" veranstaltete am 12. März im „Gasthof zur Sonne" einen Eltern- und Werbeabend für die freie Sportbewegung. Es kann gesagt werden, daß es ein sehr gelungener Abend war, denn die Aufführungen der Knaben und Mädchen zeigten, daß in dem Arbeiter-Turnverein ein guter Geist und auch schönes Können vorhanden ist. Es war eine Freude, zu sehen, wie die Kleinen ihre Uebungen machten; auch trägt die rührige Leitung ein großes Stück mit zu dem gelungenen Abend bei. Es muß jedoch ein Wort an die Arbeiterschaft gerichtet werden: In unserem Orte treiben sich noch sehr viele Proleten in dem Bliemchenverein herum. Arbeiter von Nietleben, treibt Euren Sport und Eure Politik in den Organisationen, die sich in Reih und Glied stellen im Kampfe gegen Eure Unterdrücker, im Kampfe gegen das Kapital.

Gröbers-Osmünde. „Kriegsgefahr und internationale Solidarität." Genossin Bullmann vom Landesausschuß der IAH. Halle wird über vorstehendes Thema am Sonnabend, dem 26. März, im Lokal „Weißer Hirsch" sprechen. Die Kundgebung beginnt um 8 Uhr. Alle werktätigen Männer und Frauen, ohne Unterschied der Partei, bekunden durch Besuch der Veranstaltung ihren Kampfwillen gegen neue imperialistische Kriege, gegen die Erdrosselung Sowjet-Rußlands.

Teicha. An alle Konsum-Mitglieder! Sonnabend, den 26. März, abends 8 Uhr, findet im „Roten Haus" eine Konsumversammlung der Verkaufsstellen Teicha-Merkewitz statt. Tagesordnung: Aussprache zwecks Errichtung einer Fleischerei. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Wettin. März-Gedenkfeier. Am 20. März versammelten sich die klassenbewußten Arbeiter von Wettin, um der März-Gefallenen zu gedenken. Genosse Hertel (Halle) sprach am Grabe der Gefallenen und ermahnte die Teilnehmer, den Schwur, den sie den Toten geleistet haben, auch zu halten und für die Befreiung des Proletariats einzutreten. Ein RFB.- und ein SPD.-Genosse legten dann Kränze auf die Gräber nieder. Die Feier nahm mit dem Gesang: „Brüder, zur Sonne" ihr Ende.

Wettin. Jugendweihe. Am Sonntagnachmittag fand im „Kleinen Schweizerling" die Jugendweihe, veranstaltet vom „Verein der Freidenker für Feuerbestattung", statt. Genosse Hertel (Freidenker) hielt die Weiherede, die von zahlreichen Gästen mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die Feier wurde mit dem Liede: „Brüder, zur Sonne" geschlossen. Die Einwohnerschaft von Wettin wird noch lange an diese schlichte Feier denken.

Könnern. Die Jugendweihe findet am 27. März, vormittags 10 Uhr, im „Bürgergarten" statt, verbunden mit Theater, Rezitation und sportlichen Aufführungen. Wir laden die Arbeiter von Könnern und Umgebung zu dieser Veranstaltung ein.

Ein guter Genosse

wartet nicht, bis ihn seine Ortsgruppenleitung aus der Wohnung holt zur laufenden Werbearbeit für den

„Klassenkampf".

Er nimmt aus freien Stücken seine Zeitung überall mit hin und agitiert für sie. Im Betrieb, in der Gewerkschaft, auf dem Wege zur Arbeit, in der Eisenbahn ist Gelegenheit genug, die Front der kommunistischen Zeitungsleser zu verbreitern. Sonntag geht er mit allen Genossen gemeinsam los und besucht Haus für Haus. Und hat er auch nur drei Leser gemacht, so weiß er doch, es geht vorwärts, immer näher der Freiheit, immer näher dem

Ziel!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270324-14/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Schöffengericht Weißenfels vom 21. März

(Berufungen)

1. Der Elektrotechniker Ernst Neumann, Gera, war vom Amtsgericht Zeitz wegen Betrugs im Rückfalle freigesprochen. Gegen das Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Bei der heutigen Verhandlung, zu der der Angeklagte nicht erschienen war, wurde durch die Zeugin Frida Schumann aus Crossen festgestellt, daß er in Crossen sich als Reparateur von Nähmaschinen ausgegeben hatte und sich Beträge von 21 Mark geben ließ, ohne die Reparaturen ausgeführt zu haben. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis.

2. Der Angeklagte Emil Reinhardt, Kretzschau, war vom Amtsgericht Zeitz wegen Beleidigung der Landjäger zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte Berufung eingelegt. In der Verhandlung wurde angenommen, daß er sich bei der Handlung in berechtigter Aufregung befunden, und er wurde deshalb zu 100 Mk. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

3. Der Angeklagte Felix Ebert, Lützen wurde wegen Vergehens gegen das Wohnungsgesetz vom Amtsgericht Lützen freigesprochen. Die vom Staatsanwalt eingelegte Berufung wurde verworfen.

4. Gegen das freisprechende Urteil des Amtsgerichts Weißenfels gegen den Kürschnermeister Konrad Bach, Weißenfels hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Er hatte an einen Interessenten angeblich einen echten Skunkskragen geliefert, der aber von sachverständiger Seite als Imitation bezeichnet wurde. Er erhielt deshalb 300 Mk. Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis.

5. Der jugendliche Gutsleve Erich Horn, Halle, hatte Gelder einkassiert in Höhe von 105 Mark und nicht abgeliefert und sie vielmehr zum Zeitzer Vogelschießen verjubelt. Er war deshalb zu einer Gefängnisstrafe von 1 Woche, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde, verurteilt. Gegen das Urteil hatte sein Vater Berufung eingelegt, weil sein Sohn geistig minderwertig sei. Durch den anwesenden Nervenarzt als Sachverständiger wurde bekundet, daß beim Angeklagten zeitweilig die freie Willensbestimmung ausgeschlossen sei. Das Gericht beschließt Vertagung und den Angeklagten zwecks Untersuchung auf seinen Geisteszustand einer Anstalt zu überweisen.

6. Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Bergarbeiter Emil Vogel, Teuchern, war vom Amtsgericht Hohenmölsen wegen Diebstahls im Rückfall mit 3 Monaten Gefängnis bestraft, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Er ist beschuldigt, auf Grube Neu-Jetzsch ein Fahrrad gestohlen zu haben. Durch die Beweisaufnahme wurde er nicht entlastet und die Berufung verworfen.

7. Der Reisende Franz Meinhardt, Zeitz, ist wegen Unterschlagung vom Amtsgericht Zeitz zu einem Monat Gefängnis verurteilt, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Die Verhandlung wurde zwecks Vorladung weiterer Zeugen vertagt.

Gemeindevertretersitzung in Roßleben

Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Dringlichkeitsantrag von seiten unserer Genossen und der SPD., welcher sich mit den Mißständen der Volksschule beschäftigte. 2. Vergnügungssteuergesetz. 3. Antrag des Siedlers R. um Grundsteuererlaß. 4. Antrag des Herrn Markrodt um Genehmigung eines Benzintanks und Stellin-Pumpe. 5. Antrag der Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim" zur Ueberlassung von Bauland. 6. Antrag des Jugendpflegers für Wanderungen in Magdeburg auf Ueberlassung eines Bauplatzes zur Errichtung eines Jugendheims.

Zum Punkt 1 erhält ein Vertreter der SPD. das Wort zur Begründung des eingebrachten Dringlichkeitsantrages. Er erläutert in kurzen Ausführungen die Beweggründe zu diesem Antrag und ersucht die Gemeindevertreter, über diesen wichtigen Punkt den Herrn Rektor Duraw betreffs Schulangelegenheiten selbst sprechen zu lassen. Diesem wird auch die Genehmigung erteilt. Die Ausführungen des Rektors D. waren eine **einzige Anklage an die Gemeinde über die skandalösen Schulverhältnisse.** Er erklärt, daß vor allem sich die Anstellung eines weiteren Lehrers dringend notwendig mache und die Beschaffung von zwei weiteren Klassenzimmern dabei auch nicht vergessen werden darf. Er schilderte weiter, daß die Volksschule, anstatt jeden Tag gereinigt zu werden, nur zweimal die Woche gereinigt wird (wahrscheinlich aus Sparsamkeitsrücksichten!).

Nach den Ausführungen setzt eine heftige Debatte ein, in welcher sich die bürgerlichen Vertreter gegenseitig die Wahrheit sagten. Auch der Ortsvorsteher bekommt wohlverdient für sein schwankendes Verhalten die Wahrheit von seinem bürgerlichen Lager gesagt. Genosse Römer erläutert nochmals die traurigen Verhältnisse in der Volksschule im Gegensatz zu den am Orte befindlichen höheren Schulen, für die die Gemeinde sofort 600 Mark bewilligt hat, und stellt den Antrag, auch in den Volksschulen sofort Abhilfe zu schaffen, indem eine weitere Lehrkraft eingestellt wird und weitere Schulräume beschafft werden. Der **Antrag, eine Lehrkraft einzustellen, wird einstimmig angenommen.** Hoffentlich bleibt es nun dabei, denn dieser Antrag wird schon das zweitemal angenommen! Zur Beschaffung von zwei Klassenräumen soll ein Grundstück von den Schreck's Erben angekauft werden.

Zu Punkt 2: Vergnügungssteuer wurde beschlossen, **25 Prozent der Einnahmen** von jedem Vergnügen — außer sportlichen Aufführungen — zu erheben. In Punkt 3 wird dem Antrag des Siedlers Röpel wegen Erlassung der Grundsteuer insofern stattgegeben, daß R. Stundung beantragen soll, welcher auf Grund seiner wirtschaftlichen Lage genehmigt werden wird. Ein vollständiger Erlaß der Steuer wird nicht genehmigt. Zu Punkt 4 wird dem Antrag des Herrn Markhardt auf Aufstellung einer Stellin-Pumpe auf Gemeindeboden nach kurzer Debatte insofern stattgegeben, daß Herr Markhardt möglichst weit entfernt bleibt von der Wasserleitung. Punkt 5: Der Antrag auf **Ueberlassung von Bauland** an die Siedlungsgenossenschaft Eigenheim kann bis zur Klärung eines Tauschvertrages, welcher zwischen Gemeinde und Kirche über Landfragen im Gange ist, nicht berücksichtigt werden. Bei dieser Gelegenheit schildert der Genosse Römer die Mitteldeutsche Baugenossenschaft „Eigenheim", welcher sich die Roßleber Siedler angeschlossen haben, und zeigt ihnen die **Wuchergeschäfte** dieser **Gesellschaft,** welche scheinbar nicht zum Allgemeinwohl da ist, sondern nur, um sich die Taschen zu füllen auf Kosten der bauluftigen Siedler. Genosse Römer warnt ausdrücklich vor dieser Gesellschaft. Dem Antrag unter Punkt 6 auf **Ueberlassung eines Bauplatzes zur Errichtung eines Jugendheimes** von seiten des Jugendpflegeverbandes, Sitz Magdeburg, soll Rechnung getragen werden, sobald sich ein geeigneter Platz findet. Nach Erschöpfung der Tagesordnung wird noch ein Antrag eingebracht zur Verbesserung der Straßenbeleuchtung. Dieser wird genehmigt. Dann war die Sitzung geschlossen. Für die Erwerbslosen hatte man wieder nichts übrig. Es ist genügend Arbeit vorhanden. Aber nichts wird in Angriff genommen. Wir erwarten von seiten der Gemeindevertretersitzung, daß dies in Zukunft anders wird.

Ein schlagender Gemeindevorsteher

Schmerdorf bei Stößen, ein Nest, in dem die Bauern die dicksten Kartoffeln haben und die „nationale Gesinnung" mit der Kuhmilch einsaugen. In diesem Musterdörfe residiert der Gemeindevorsteher Karl Schlag. Dieser Mann ist auf Grund seiner außergewöhnlichen Intelligenz zu seinem Amt gekommen. Er eignet sich sehr gut zum Gastwirt, Hausschlächter und Fleischbeschauer. Er übt diese Aemter auch nebenbei aus. Herr Schlag regiert sein Dorf mit der Faust. Er hext seine Untergebenen halb tot. Bloß ein Beispiel:

Kommt da eines Tages die Witwe Alwine Ronneberger aus Schmerdorf zu Schlag und verwahrt sich dagegen, daß ihr verstorbener Mann von ihm 120 Mark geborgt haben sollte. Die beigebrachten Belegstücke ergaben die von der Frau Ronneberger angegebene Summe von 60 Mark. Schlag erklärte, seine Forderung stamme aus dem Jahre 1925, und zwar in der von ihm genannten Höhe. Im Laufe der Auseinandersetzung wurde Schlag wild und bearbeitete die schwächliche und kränkelnde Frau Ronneberger in der Wohnung, im Flur, vor dem Hause mit Händen und Füßen in Gegenwart ihrer Schwiegertochter mit Fäusten. Frau R. meldete sich krank und der Arzt stellte ihr folgendes Attest aus:

Dr. Otto Schorch
prakt. Arzt
Weißenfels, Friedenstr. 3.

Weißenfels, 16. März 1927.

Frau Alwine Ronneberger aus Schmerdorf ist gestern mißhandelt worden. Die kleine schmächtige Frau mit einem Brustumfang von 76 Zentimeter zeigte an Brust- und Bauchmuskulatur eine Ueberempfindlichkeit der Muskulatur, die durch Zerrung entstanden ist. Am Rücken, in der Höhe der rechten Schulterblattspitze, ist eine talergroße Quetschung (in Größe) von gelbroter Verfärbung und großer Empfindlichkeit zu sehen. Der linke Leistenbruch ist speziell druckempfindlich, so daß die Vermutung eines Leistenbruches naheliegt, und kann auch durch Fußtritt entstanden sein. (Der Leib zeigt allein zwei Operationsnarben.)

Dr. Schorch.

Das ist unser Gemeindevorsteher.

Weißenfels. Freigewerkschaftliches Jugendkartell. Am Sonnabend, den 26. März, nachmittags ½3 Uhr, treffen sich alle Kollegen und Kolleginnen in der Schillerstraße zwecks Besichtigung des Konsumvereinsbetriebes. Für alle Berufsschüler, welche verhindert sind, findet später eine nochmalige Besichtigung statt. Der Termin wird noch bekanntgegeben.

Weißenfels. Nicht auf Arbeiterkundschaft zu rechnen scheint der Kaufmann Karl Lappe, Wieslandstraße. Nach seinen Aeußerungen scheint dieser Herr nicht gerade arbeiterfreundlich zu sein. Aeußerte er doch einmal unter Bezug auf die Arbeitslosen: **„Die Erwerbslosen sind arbeitsscheues Gesindel."** Für die Opfer des Krieges hat Herr Lappe nur noch Hohn übrig. Einen Kriegsbeschädigten, der seit Oktober 1925 herz- und nervenleidend ist, pöbelte er auf der Straße mit den Worten an: „Jetzt kommt der Schwerarbeiter." Er wollte damit sagen, daß der Kranke nicht arbeiten wolle. Dabei ist dieser Mann wiederholt vom Vertrauensarzt untersucht worden. Als dieser Kriegsbeschädigte noch bei Herrn Lappe als Mieter wohnte, wurde er auf jede Art und Weise schikaniert. Das laufende Publikum muß sich den Herrn besser ansehen...

Brudergrüße aus China

Große Chinakundgebungen

Theißen: Sonnabend, den 26. März, abends 8 Uhr, im „Blauen Stern".

Kretzschau: Sonntag, den 27. März, vormittags 9½ Uhr, im Gasthof Vögel.

Droyßig: Sonntag, den 27. März, nachmittags 4 Uhr, im „Schwarzen Adler".

Referent: D. Y. Lim, Mitglied der Kuomintang-Partei, China.

Werktätige Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Bund der Freunde der JAH., LA. Halle-Merseburg.

KPD., RFB., KJVD., Int. Bund d. Opfer des Krieges und der Arbeit.

Hohenmölsen. Jugendweihe. Wir möchten die Arbeiterschaft von Hohenmölsen und Umgegend nochmals auf unsere am 27. März im Gasthof Völke zu Wählitz stattfindende Jugendweihe aufmerksam machen. Nachmittags ½3 Uhr Jugendweihe. Abends ab 8 Uhr: Proletarische Abendfeier.

Gladitz. Leichenausgrabung. Am vergangenen Mittwoch wurden die sterblichen Ueberreste eines hier begrabenen italienischen Kriegsgefangenen aus seiner bisherigen Ruhestätte ausgehoben. Dieselben sollen auf dem italienischen Sammelfriedhof in Stahnsdorf bei Berlin beigesetzt werden. Er war bei der Abraumfirma Polensky & Zöllner tätig und in den Januartagen des Hungerwinters 1918 an der sogenannten Grippe verstorben. Eine Leiche nach einem langen Verwesungsprozeß auszugraben ist wirklich keine „genußreiche" Tätigkeit und im Interesse der Volksgesundheit keine empfehlenswerte Angelegenheit. Aber den Anhängern der Feuerbestattung sind solche Anlässe treffliche Illustrationen zur Bekräftigung ihrer Anschauung auf dem Gebiete des Bestattungswesens.

Naumburg. Ehrung der Märzgefallenen durch das Reichsbanner. Die Kommunistische Partei veranstaltete alljährlich zu Ehren der erschlagenen Proletarier Märzgedenkfeiern. Am Sonntag, dem 13. März, zogen 250 Naumburger Arbeiter zum Friedhof zur Kranzniederlegung. Die gesamte Arbeiterschaft war aufgefordert. Was ist das Reichsbanner? In einer Mitgliederversammlung desselben wurde am 12. März durch den Genossen Negat Hoffmann **eine gemeinsame Demonstration abgewirkt.** Der „Volksbote" vertieg sich so weit, indem er behauptete, die Märzfeiern seinen kommunistische Veranstaltungen. Ein Rublak ist der Ansicht, daß das Gewerkschaftskartell sowie die Parteien gar keine Ursache hätten, Kränze niederzulegen, da sich von den Angehörigen und Hinterbliebenen der Ermordeten keiner bei einer Organisation befände!!! Derselbe Rublak hielt im Jahre 1925 die Gedenkrede für die Märzgefallenen. Damals war er noch Kommunist und beschuldigte die SPD. als Mörder und Befürworter der Zuchthausurteile! Warum zieht denn das „Reichsbanner" und die „SPD." auch zu Gräbern mit schwarzrotgoldenen Schleifen am Kranz? Sind diese Märzgefallenen für „diese" Republik gefallen? **Nein, sie hatte andere Ziele, sie wollten die Freiheit, die Räterepublik.** „Die Republik stand", so sagte Prölß. Was er nicht sagte, war, daß noch heute die hinter Kerkermauern Schmachtenden nur durch die Rote Hilfe unterstützt werden, trotzdem sie durch ihr Eingreifen die Republik, in der die **Sozialdemokraten so zufrieden leben,** erst einmal erhalten haben gegen die Kappisten! Die revolutionären Kampfgenossen würden sich im Grabe herumdrehen, wenn sie das von der Reichsbannerkapelle gespielte Kriegervereinslied: „Sch hatt einen Kameraden" gehört hätten.

Zeitz. Polizeiwochenbericht. Festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt wurden zwei Personen wegen Betteins. Folgende Anzeigen wurden erstattet: Diebstahl 5, Hehlerei 1, Betrug 3, Unterschlagung 5, Körperverletzung 2, Sachbeschädigung 3, Sittlichkeitsverbrechen 1, Meineid 1, Polizeistundenüberschreitung 5, Vergehen gegen das Republikschutzgesetz 1, Verstoß gegen das Gesetz betreffend Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften 1, Uebertretung der Fremdenmeldepolizei-Verordnung 1, Wondergewerbevergehen 1, unlauterer Wettbewerb 1, Uebertretung einer Sonntagsruhebestimmung 1, Nichtbefolgen polizeilicher Anordnungen 1, Ruhestörung und grober Unfug 22, übermäßig starke Rauchentwicklung durch Kraftfahrzeuge 3, Linksfahren 3, Radfahren auf Bürgersteigen oder Promenaden 3, Radfahren auf abschüssigen Straßen 5, Ballspielen auf der Straße 9, sonstige Uebertretungen verkehrspolizeilicher Art 22, Umherlaufenlassen eines Hundes ohne Aufsicht 1, unterlassene Straßenreinigung 10, Ableitung von Dampf und Rauch auf die Straße 1, Verstoß gegen Meldevorschriften 3. — Auch in dieser Woche war das „Geschäft" äußerst gut.

Zeitz. Bevölkerungsvorgänge. Vom 14. bis 19. März sind in Zeitz 9 Knaben, 10 Mädchen geboren. Vier Paare haben sich verheiratet. Gestorben sind 12 Personen.

Golben. Unglücksfall. Am Sonntag wurde dem 7jährigen Sohn des Arbeiters Lepp, welcher sich im Hof des Gutsbesitzers Holde befand, von einem Fohlen durch Hufschlag die Wange durchgeschlagen. Der Junge hatte angeblich das Tier, das sich am Futtertrog befand, durch Händeklatschen erschreckt.

Teuchern. Eine ernste Mahnung an unsere Frauen. Die Partei hat für März eine Kampagne zur Gewinnung von „Klassenkampf"-Lesern und Parteimitgliedern angesetzt. In Teuchern war das Resultat ungenügend. Frauen von Teuchern, Ihr müßt deshalb mithelfen. Ihr schafft das schwer verdiente Geld Eurer Männer vielfach zu Geschäftsleuten, den wohl Euer Geld genehm ist, aber nicht Eure Zeitung! Beweist, daß es Euch heiliger Ernst ist mit unserer Sache. Jeder Genosse, jede Genossin soll einen Leser bringen. Hier habt Ihr ein Betätigungsfeld. Jede Frau eines Proleten soll im Konsumverein kaufen oder wenigstens bei den Geschäftsleuten kaufen, wo der „Klassenkampf" ausliegt. Ihr könnt bei Eurem Zeitungsträger erfahren, wer da in Frage kommt. Handelt danach, dann geht es auch vorwärts!

Oberkaka. Bewußtlos aufgefunden. Als nachts ein mit Personen besetzter Schnell-Lastkraftwagen von hier aus nach Pretzsch zu fuhr, sahen die Insassen kurz vorm Dorfe im linken Straßengraben einen umgeschlagenen Personenkraftwagen IM 141 94 liegen. Der bewußtlose Führer, Kleiner aus Halle, wurde sofort vom Lastkraftwagen nach Teuchern gebracht. Von dort kam Kleiner in das Krappschaftskrankenhaus in Hohenmölsen, wo er augenblicklich noch bewußtlos liegt. Die Ursache des Unglücks konnte noch nicht festgestellt werden.

Rasberg. Mehr Klassenbewußtsein! Am Sonntag, dem 20. März, veranstaltete der Arbeiter-Turnverein seinen ersten Elternabend. Die Arbeiterschaft muß aber diese Veranstaltung etwas besser unterstützen. Die Leistungen der Kleinen konnte befriedigen. Jungens und Mädels wetteiferten miteinander. Daß nur ein Leiter die Jungens und Mädels ausbilden kann, ist unmöglich. Dies hat am Sonntag die Veranstaltung bewiesen. Ebenfalls möchten wir ersuchen, wenn die Kinder rezitieren, doch proletarische Stücke zu wählen und nicht solchen bürgerlichen Plunder.

Mansfeld-Sangerhausen

Jugendweihe und Internationale Arbeiterhilfe

Die erste Hilfsaktion der Ortsgruppe Hettstedt.

Am Sonntag waren über 120 werktätige Männer und Frauen, ferner eine Anzahl Arbeiterkinder, die Ostern die Schule verlassen, im Hohenzollernpark versammelt.

Der Arbeiter-Sängerchor und der Frauenchor Hettstedt brachten gut einige proletarische Lieder zum Vortrag. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Genossen Trippler, der alle Anwesenden willkommen hieß, ergriff Genosse Höcker, Halle, das Wort. Allen Besuchern der Veranstaltung wurde vor Augen geführt, was ist und was will die Internationale Arbeiterhilfe: die **Förderung der gegenseitigen Hilfsbereitschaft überall dort, wo Werktätige, Unterdrückte und Ausgebeutete unter dem heutigen System leiden.** Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt ist die IAH. tätig. Der Referent zeigte dann an verschiedenen Beispielen (China, englischer Bergarbeiterstreik, Proletarische Weihnachtsfeiern), wie die IAH. an die Solidarität der Arbeiter in den Betrieben appelliert, um ihre in Not geratenen Arbeitsbrüder zu helfen. Er zeigt den Gegensatz zwischen der „Arbeiter-Wohlfahrt" und den bürgerlichen Organisationen gegenüber der IAH., die die Almosen bekämpft. Besonders die Mansfelder Bergarbeiter, deren ungeheure Ausbeutung durch die Mansfeld A.-G. berüchtigt ist, müssen sich **noch enger zusammenschließen,** um ihre Klasseninteressen zu verteidigen. Genosse Höcker appellierte an die Jungens und Mädels, die Ostern aus der Schule kommen, Solidarität gegenüber den kämpfenden und notleidenden Mitarbeitern zu üben.

Alsdann erfolgte die Verteilung an 18 Arbeiterkinder, die Ostern die Schule verlassen. Die Mädchen erhielten je ein Kleid. Die Jungens Wäsche, Hüte usw. Alle Kleider, Wäsche, Hemden usw. waren in der Nähstube der IAH., die erst seit einigen Wochen besteht, angefertigt. Viele zustimmende Bemerkungen aus den Reihen der Besucher geben die Gewähr, daß die erste Hilfsaktion unserer Ortsgruppe neue Freunde zuführen wird.

Korporativ haben sich der IAH. in der vergangenen Woche angeschlossen: RFB. und KPD. von Burgörner.

Eisleben. Straßennamenänderungen. In der Sitzung vom 22. März hat der Magistrat beschlossen, den Weg von der Sangerhäuser Straße zur Rohrbornstraße, am neuen Feuerwehrwohnhaus, „Schulweg" zu nennen. Desgleichen erhielt die jetzt zur Bebauung freigegebene Parallelstraße zur Rohrbornstraße, zur Erinnerung an den Geschichtsschreiber Spangenberg, die Bezeichnung „Spangenbergstraße".

Eisleben. Neuer Name — der alte Laden. Dem Beschlusse der jüdischen Körperschaften aus Anlaß des 100jährigen Todestages von Johann Heinrich Pestalozzi, die Hilfsschule als „Pestalozzi-Schule" zu bezeichnen, hat die Regierung in Merseburg mit Verfügung vom 10. März 1927 — II c D 1744 — ihre Zustimmung erteilt.

Eisleben. Vorzeitige Auszahlung der aufgewerteten Sparguthaben. Der Vorstand der Verbandssparkasse mit Bankabteilung der Mansfelder Kreise und Städte hat beschlossen, in weit größerem Umfange wie bisher Auszahlungen der aufgewerteten Sparguthaben vorzunehmen. In Frage kommen alte Personen und Bedürftige ohne Rücksicht auf das Alter. — Das an den Kleinrentnern durch die Inflation heraufbeschworene Elend ist auch hierdurch nicht gutzumachen.

Wansleben. Gegen Kirche, Schule und Kulturreaktion lautet das Thema in der öffentlichen Freidenker-Versammlung, die am Freitag, dem 25. März, abends ½8 Uhr, im Lokal Hubert stattfindet. An die Arbeiterschaft von Wansleben und Umgegend ergeht der Ruf, erscheint zahlreich in dieser Versammlung und holt Euch Aufklärung.

Helbra. Was geht vor? Wie wir hören, ist die diesjährige Verteilung der Hauszinssteuer zu Bauzwecken im Kreisausschuß sehr ungleich gehandhabt worden. Gemeindevorsteher und Kreisausschußmitglied Böttge, Teutschenthal, hat wohl für die Gemeinde allein **51 000 Mark** bekommen. Wir sind über die Verhandlung im Kreisausschuß zurzeit nicht orientiert, werden aber, wenn Näheres vorliegt, uns beschwerdeführend an die Regierung wenden.

Sangerhausen. Einen genußreichen Abend bot uns der Arbeiter-Turnverein „Friesen" am vergangenen Sonnabend. Der große „Schützenhaus"-Saal war gut besetzt, es wäre aber wünschenswert gewesen, daß die Arbeiterschaft dem Ruf der Turner zahlreicher Folge geleistet hätte. Die Spielleute leiteten den Abend durch einen vortrefflich zum Vortrag gebrachten Marsch ein. Dann folgte die Begrüßung durch sämtliche Mitwirkenden. Den Auftakt dazu bildete ein stilvolles Fahnenschwingen. Dann strömten Schüler, Schülerinnen, Turnerinnen und Turner auf die Bühne und brachten durch das Sturmlied der Freien Turner ihren Gruß dar, während eine kleine Schülerin und ein Turner mit Prologen die Anwesenden begrüßten. Es folgten dann in kurzer Reihenfolge: Die Kleinsten mit ihren drolligen Uebungen und Spielen, die Turner mit Systemturnen und Gymnastik, desgleichen die Turnerinnen. Kurzum: ein frisch-fröhliches Bild. Auch die Lachmuskeln der Zuschauer kamen durch die Spiele in Bewegung. Der zweite Teil brachte Geräteturnen, das oft sehr gutes Können zeigte. Eine Turnerriege zeigte am Langpferd beachtenswerte Leistungen. Den Löwenanteil des Beifalls heimste eine aus drei Brüdern bestehende Akrobatengruppe ein. Das Ganze fand seinen Abschluß in einem wirkungsvollen Sinnbild. „Erwacht, Verdammte dieser Erde", war der Sinn dieser Pantomime, die eine Steigerung fand durch den Schlußgesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270324-14/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Werktätige des Industriebezirkes Bitterfeld!

Auf, zur Massenprotestkundgebung am Freitag, dem 25. März. Antreten zur Demonstration abends 6½ Uhr. Abmarsch vom „Gesellschaftshaus". Abends 8 Uhr große

Protestversammlung

im „Gesellschaftshaus". Werktätige des Industriebezirks Bitterfeld, beantwortet das Berliner Blutbad mit einem Massenaufmarsch gegen das Faschistenpack.

KPD. AFB. RSD.

Stärkt die Opposition im deutschen Arbeiter-Sänger-Bund

Die Arbeitersängerbewegung wurde vor mehreren Jahrzehnten von Sozialisten als Zweig der allgemeinen sozialistischen Klassenkampfbewegung des Proletariats gegründet und hatte ursprünglich das Ziel, den **Klassenkampf des Proletariats durch den Gesang revolutionärer Lieder und Chöre zu unterstützen.** Je mehr jedoch nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Arbeiterbewegung in ein reformistisches Fahrwasser geriet, um so mehr wurde auch in der Arbeitersängerbewegung die Idee des Klassenkampfes zurückgedrängt und durch allgemeine „Kultur-Schwärmerei" ersetzt. Als die durch die Revolution 1918 eroberten Errungenschaften, insbesondere der Achtstundentag, die Möglichkeit zu einer kulturellen Betätigung der Arbeiterschaft stark erweiterten, wurde die „Eroberung der Kultur" in dem Sinne zur Parole des DMS. erhoben, daß man die restlose Einordnung der Arbeitersängerbewegung in den allgemeinen bürgerlichen Kulturbetrieb anstrebte. Und wie die Preisgabe des Klassenkampfes in der Politik und Wirtschaft notwendigerweise zur Reaktion führen mußte, so führte die reformistische „Kultur"-Politik ebenfalls langsam aber sicher zu einer immer **reaktionäreren Einstellung des DMS.** Während früher der Kampf gegen den volksverdummenden Einfluß der Kirche als eine der wichtigsten Aufgaben der allgemeinen Politik und daher auch der Arbeiter-Kulturbewegung betrachtet wurde, setzte zugleich mit der politischen Koalition von Sozialdemokratie und Zentrum im DMS. die Propaganda für die „Geistliche Musik" ein, die darin gipfelte, daß **Arbeitergesangvereine** die Kirchenbehörden um die **gnädige Erlaubnis anbeteten,** in den Kirchen kirchliche Werke **aufführen zu dürfen, zur höheren Ehre — der Arbeitersängerbewegung!!!** Glücklicherweise hat sich gegen die Propaganda für die Kirchenmusik bereits eine so heftige Opposition in den Reihen der Arbeitersänger erhoben, daß die „Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung", das offizielle Organ des DMS., gezwungen war, nach der Veröffentlichung eines äußerst religionsfreundlichen Aufsatzes des Solinger Volkschor-Dirigenten Herwig eine Erwiderung zu bringen, die sie freilich mit der bezeichnenden Glosse versah: „Die Auffassung des Dirigenten, Herrn Herwig, deckt sich in den Grundzügen mit der führender Kulturpolitiker der Arbeiterbewegung."

Wir können es nur begrüßen, daß sich gegen diese Sorte von „Kulturpolitiker der Arbeiterbewegung" endlich eine starke Opposition regt. Denn es kann keinesfalls die Aufgabe der Arbeitersängerbewegung sein, durch Aufführung geistlicher Werke in Kirchen oder Konzertsälen in edelstem Wettstreit mit der von uns bekämpften Kirche religiöse Propaganda zu betreiben. Geistliche Werke mögen vom „künstlerischen" Standpunkt aus noch so wertvoll sein, ihre religiöse Wirkung wird nur um so stärker sein. Und deshalb gilt es, die Opposition innerhalb des DAS. zu unterstützen, damit die „führenden Kultur-Politiker der Arbeiterbewegung" gezwungen werden, ihre Propaganda für die geistliche Musik einzustellen und statt dessen **lieber die revolutionäre Kunst zu fördern.** Andernfalls müssen die Herrn Religions-Schwärmer und Propagandisten der bürgerlichen Kultur aus ihrer Stellung als „führende Kulturpolitiker der Arbeiterbewegung" entfernt und durch revolutionär eingestellte Kulturpolitiker ersetzt werden, die im Stande sind, aus der Arbeitersängerbewegung wieder das zu machen, was sie früher **war: ein Zweig der sozialistischen Klassenkampfbewegung des Proletariats!**

Berichtet

schnellstens die Ergebnisse von Eurer Werbekampagne für Partei und Presse.

Rekordleistung des Kraftwerkes Golpa

Das Großkraftwerk Golpa-Zschornewitz erzielte dieser Tage mit einer Spitzenleistung von 165 000 Kilowatt einen Weltrekord. Das Werk schlug mit seiner Leistung von 3 095 000 Kilowatt seinen eigenen Weltrekord von 1926, der 3 052 000 Kilowatt betrug.

Aus dem Pratauer Gemeindeparlament

Kurz hintereinander, am Sonnabend, dem 12., und Freitag, dem 18. März, fanden zwei Sitzungen der Gemeindevertretung statt. In den beiden Sitzungen drehte es sich im der Hauptsache um die Aufnahme von Darlehen für den Wohnungs- und Straßenbau. Es wurde außerdem noch verhandelt über einen Antrag der Mieter des neuen Gemeindehauses auf Festsetzung der Umlage des Lichtgeldes. Die Gemeindevertretung hatte seinerzeit gegen die Stimmen unserer Genossen beschlossen, das Lichtgeld für die Flurbeleuchtung usw. auch auf die Aftermieter umzulegen. Auf Antrag der Mieter sollte jetzt dieser Beschluß umgeworfen werden. Unsere Genossen gaben ihrer Meinung dahingehen. Ausdruck, daß das Lichtgeld auf 4 Wohnungen umzulegen sei. Der Gemeindevertreter Dorn dagegen beantragte, daß auch die Aftermieter heranzuziehen sind. Dieser Antrag wurde in der Sitzung am 12. März gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. In der Sitzung am Freitag, dem 18. März, beantragte nun Dorn, daß sein eigener Antrag umgestoßen werden möchte. Seinem Antrag wurde auch stattgegeben. „Rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln." Schlimmer, als Kaiserle in der alten Fausstoge mit den Teufeln spielt: Genosse Wessel gab zu dieser Abstimmung eine dementsprechende Erklärung ab.

Des weiteren wurde über die Erweiterung des Ortsnetzes in der Kienbergstraße verhandelt. Hierzu lagen zwei Kostenanschläge vor. Einer, der die Stromabnahme von dem Gallinschen Hause vorsieht mit rund 600 Mark, und der zweite, der die Stromabnahme vom Transformatorenhaus vorsieht, mit rund 800 Mark. Im allgemeinen herrschte die Meinung vor, das Licht von Gallin abzunehmen, weil es angeblich billiger wäre. Unsere Genossen beantragten, um für das gesamte Gelände eine Anschlußmöglichkeit zu schaffen, hauptsächlich aber um Nacharbeiten zu vermeiden, das **Ortsnetz gleich richtig auszubauen, und zwar vom Transformatorenhaus bis zu der letzten Baustelle. Unser Antrag wurde einstimmig angenommen.**

Im Brennpunkt der beiden Sitzungen stand die Aufnahme von Darlehen für Wohnungs- und Straßenbau. Zum Wohnhausneubau begründet Genosse Wessel den Standpunkt der KPD.-Fraktion und beantragt, ein Biersamilienhaus durch die Gemeinde zu errichten. Auch die andere Seite zeigte ihr „gutes" Herz für die Erwerbslosen und die Wohnungsuchenden. Dem Kreisausschuß, der Regierung und allen möglichen und unmöglichen Stellen wurden von dieser Seite die größten Vorwürfe gemacht, daß sie nichts für die Bekämpfung der Wohnungsnot tun. Einzelne der Herren gebärdeten sich radikaler als Anarchisten. Es kam sogar manches zum Vorschein, was bisher der alleinige Standpunkt der Kommunisten war. Als aber der Worte genug geweckselt waren und nun auch einmal Taten folgen sollten, da zeigte es sich, daß von dieser Seite zwar schöne Worte gesprochen werden können, aber sonst nichts getan wird, um das Elend zu bekämpfen. **Der Wohnhausneubau wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und des Gemeindevorstehers abgelehnt!** Die rechte Seite erhofft sich von der Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft und der Steigerung der Mieten eine Besserung der schlechten Lage des Wohnungsmarktes! Daher weht also der Wind! — Ein besonderes Stück leistete sich der Schöffe Friedrich, der verlangte, daß auch die Mieter mehr Steuern zahlen müßten.

Dies sind die Weisheiten und die Mittel, mit denen die rechte Mehrheit des Pratauer Gemeindeparlaments die Wohnungsnot zu beseitigen gedenkt. Unsere Genossen blieben selbstverständlich keine Antwort schuldig und brachten zum Ausdruck, daß der von der Rechten vertretene Standpunkt der Standpunkt der Satten sei, die im Besitze einer guten Wohnung sind und deswegen auch nicht verstehen können, wie es einem Proletarier zumute ist, der schon jahrelang in einem elenden Loche hausen muß. Die Arbeiterschaft, insbesondere aber die Mieter, mögen sich diese Aeußerungen gut merken

Zum Punkt Straßenbau wurde beschlossen, die Kienberg- und Mühlenstraße in Ordnung zu bringen.

Bedauerlich ist es, daß die Pratauer Einwohnerschaft, hauptsächlich aber die Wohnungsuchenden, diesen wichtigen Sitzungen nicht das notwendige Interesse entgegenbringt. Kommt zu den Vertretersitzungen und hört Euch an, was die einzelnen Vertreter zu Eurem Elend zu sagen haben.

Kriecherrummel und noch etwas

Am Sonntag, dem 20. März, kamen in Prestewitz wieder einmal die „Krieger" zusammen, um einen Ball abzuhalten, wobei sich etliche in Uniform geschmissen hatten und ein „Theater" vorführten, das nur so triefte von Lobgesängen des Deutschlandsretters.

Der Kyffhäuserbund hatte auch noch sein möglichstes getan, indem er etliche — Hindenburgs der stiftete. Alles war über die irdischen Bilder begeistert — natürlich auch Herr Günther. Doch die Freude war nur von kurzer Dauer . .

Denn als Richard Günther das Bild des „Retters" nach Hause trug, fand er eine Fensterscheibe eingedrückt. Natürlich kam der Retter zu spät. Dem armen Günther standen die Haare zu Berge, denn ein Schrank war erbrochen und in dem soll das Geld für verkaufte Schweine gelegen haben. . .

Ergo: Gehe nicht zum Kriecherrummel.

Neue Nickelmünzen. Der Reichsrat erklärte sich damit einverstanden, daß für 65 Millionen Mark 50-Pfennig-Stücke aus rein Nickel ausgeprägt werden. Die Verwendung von Nickel ist deshalb gewählt worden, weil dadurch die jetzt sehr häufigen Fälschungen bedeutend erschwert werden. Die jetzigen 50-Pfennig-Stücke sollen in einem halben Jahre zur Einziehung kommen.

Bitterfeld. Proletarische März-Gedächtnisfeier. Am Vorabend des großen Märzaufmarsches des mitteldeutschen revolutionären Proletariats in Leuna veranstaltete die KPD. im „Gesellschaftshaus" eine Gedenkfeier, die als wohlgelungen bezeichnet werden kann. Die Arbeiter-Sänger vom „Vorwärts" stellten ihre Kunst wieder in den Dienst unserer Sache. Wuchtig schallten die alten Kampflieder durch den Saal, abgelöst von den Klängen der KPD.-Kapelle. Tiefen Eindruck hinterließen die revolutionären Gedichte Freiligraths und Herweghs, die wirkungsvoll der Genosse Behnke vortrug. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das Referat des Genossen Hans Schröter, Halle. Er ließ die Geschichte der revolutionären Kämpfe in Deutschland und die März- und Kampftage der Arbeiterschaft noch einmal an den Zuhörern vorüberziehen und betonte dann die praktischen Aufgaben, die vor der gesamten Arbeiterklasse stehen. Gegen ½11 Uhr trafen die Kameraden aus dem Kreise Wittenberg in zwei vollbesetzten Autos ein. Sie wurden begeistert empfangen. Nach einem weiteren Begrüßungslied der Sängerinnen vom „Vorwärts" und dem Gesang der „Internationale" wurde die eindrucksvolle Feier geschlossen.

Bitterfeld. „Heraus aus der Kirche." Mit diesem Thema findet heute, Donnerstag, abend 8 Uhr im „Bürgergarten" eine Versammlung vom Verbande für Freidenkertum und Feuerbestattung statt. Es spricht die Genossin Grundmann, Leipzig. Die Geistlichkeit und die Lehrerschaft ist besonders dazu eingeladen.

Bitterfeld. Jugendweihe. Am Sonntag, dem 27. März, vormittags ½10 Uhr, ist im „Bürgergarten" die diesjährige Jugendweihe. Der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung ersucht die Mitglieder aller Arbeiterorganisationen um Teilnahme.

Holzweißig. Wohnungspolitik. Daß in Holzweißig eine große Wohnungsnot vorhanden ist, ist allen Einwohnern bekannt. Nur der Herrr Hausbesitzer und Gemeindevertreter Grieß weiß davon nichts. Grieß will sein Haus überbauen, und die jetzigen Mieter, die die Dachwohnungen bewohnen, sollen ausziehen. Wer wohin? Herr Grieß hat einen „Auswei" gefunden. Man bestellte den Mieter zu einer Aussprache nach dem Gemeindeamt. Was man da hörte, spottet jeder Beschreibung. Die Gemeinde hat dem Proleten eine Wohnung in der alten Schule an. Die ganze „Wohnung" besteht aus einem Zimmer und einer kleinen Rumpelkammer auf dem Boden, wo ein Bett noch nicht einmal hochkantig stehen kann. Die Familie des Arbeiters besteht aus sieben Personen, die Kinder sind im Alter von 7 bis 23 Jahren. Alle Personen sollen in dem einen Zimmer hausen. Herr Grieß aber will für seine Familie eine gute, gesunde Wohnung bauen. Für seinen Sohn, der Ostern die Schule verläßt, fordert er ein Zimmer, damit derselbe seinem Studium obliegen kann. Für seine beiden Töchter braucht er zwei Zimmer, weil dieselben angeblich in einem ehemaligen ausgebauten Pferdestall wohnen, der für die Töchter ungesund ist. Herr Grieß, jedermann weiß, daß Ihr Grundstück bis heute noch keinen Pferdestall gesehen hat. Sie handeln eben als Gemeindevorsteher und in ihrem Interesse, für die Proleten haben Sie schon lange nichts übrig.

Holzweißig. Heraus aus der Kirche lautet das Thema in der öffentlichen Freidenkerversammlung, die am Donnerstag, dem 24. März, abends 8 Uhr, im Lokal Häser stattfindet. Redner ist Lehrer Lesser, Leipzig. Lehrerschaft und Pastoren sind hiermit eingeladen. An die Arbeiterschaft von Holzweißig ergeht der Ruf: Erscheint zahlreich in dieser Versammlung und holt Euch Aufklärung, damit Ihr jederzeit gegen die Kirche gerüstet seid.

Greppin. Kirchenaustrittswoche. Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, findet im Gasthof Paul Schmidt eine öffentliche Volksversammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung statt. Alle Einwohner von Greppin werden hierzu eingeladen. Die Lehrerschaft und Geistlichkeit ist ebenfalls eingeladen. Thema: Heraus aus der Kirche!

Wittenberg. Die Nähstube der IAH. wurde hier am 1. März eröffnet, um in erster Linie für die zu Ostern aus der Schule kommenden Kinder Wäsche- und Kleidungsstücke unentgeltlich herzustellen. Als Nähstube wurde vom Magistrat ein Raum in der „Zeughauskaserne" zur Verfügung gestellt. An Nähmaschinen wurden von der Firma Otto Schubert zwei und von den Firmen Singer und F. B. Weiß je eine, von der Genossin Griebsch eine während der Dauer der Tätigkeit der Nähstube den Genossinnen zum Gebrauch überlassen. Es konnten trotz der kurzen Zeit bis zum 17. März, an dem die Verteilung stattfand, schon 17 Kinder bedacht werden. Die Verteilung selbst, zu der auch drei Vertreter des Magistrats der Stadt Wittenberg erschienen waren, konnte infolge der kurzen Zeitspanne und wegen Platzmangels auch nur als eine schlichte Feier arrangiert werden. Der 1. Vorsitzende, Genosse Bartholomäus, eröffnete die Feier mit einer kurzen Ansprache, in der er die Entstehung, den Zweck und die Ziele der IAH. erörterte. Alsdann richtete noch ein Vertreter des Magistrats einige belehrende Worte an die Kinder. Darauf fand die Verteilung der Sachen statt. Die Vertreter der Stadt äußerten sich in lobender und anerkennender Weise über die Nähstube der IAH. und versprachen, die Sache mit besten Kräften zu unterstützen, damit die Nähstube erhalten bleibt. Um weiter helfend eingreifen zu können, dort wo die Not am größten ist, ohne Unterschied der Partei und Konfession, bitten wir alle Freunde der IAH. um Ueberweisung neuer und getragener Kleidungsstücke und Stoffe. Auch Anzüge und Kleider, damit Sachen für Kinder hergestellt werden können. Etwaige zugedachte Spenden bitten wir in der Nähstube, „Zeughauskaserne", Zimmer 11, Dienstags und Mittwochs abends von 5 bis 7 Uhr abzugeben oder dort zu melden, damit die Sachen abgeholt werden können.

Piesteritz. Unter starker Anteilnahme der werktätigen Bevölkerung unseres Ortes fuhren am Sonnabendabend zwei vollbesetzte Lastautos mit Roten Frontkämpfern und KPD.-Genossen nach Merseburg zur Leuna-Märzgefallenen-Gedächtniskundgebung. Wir stellen diese erfreuliche Tatsache fest als ein Ausdruck dessen, daß breite Teile der Arbeiterschaft, die auf Grund der elenden wirtschaftlichen Verhältnisse sich an dieser Kundgebung nicht beteiligen konnten, im Geiste doch mit dem aktiven Vortrupp der revolutionären Arbeiterschaft sympathisieren und ihre revolutionäre Treue zu den Toten der Revolution zum Ausdruck brachten. Die Leuna-Fahrer verabschiedeten sich mit einem kräftigen „Rot Front", in das die Menge begeistert einstimmte.

Piesteritz. Die Einwohnerschaft von Piesteritz und Klein-Wittenberg machen wir darauf aufmerksam, daß ab Donnerstag, dem 24. März, unser Frühlingsfest beginnt hinter dem „Volksheim". Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen. (Siehe Inserat in der heutigen Nr.)

Piesteritz-Kleinwittenberg. Konzert- und Liederabend des Allgem. Arbeiter-Sängerchors. Das letzte Konzert erhielt eine besondere Note durch die Mitwirkung des Orchestervereins. Das Programm bestand aus Musikstücken des Orchestervereins, die zum Vortrag gebracht wurden. Von den Gesangsnummern gefiel am besten „Im Strom", Männerchor von Uthmann. Das Volkslied usw. war vertreten durch „Im Walde" von Mendelssohn-Bartholdi und „Ein getreues Herz" (!!) von „Frühlingseinzug". Waren gewisse Stimmen bei Frühlingseinzug nicht zu stark? — Ein wenig mehr Mäßigung wäre zu empfehlen. „Sturm" und „Das heilige Feuer" wurden als Männerchöre mit Orchester gut zum Vortrag gebracht. Hier und da übertönte die Musik. Einige Proben aber noch ein wenig gefeilt, dann wird ganz bestimmt die Sache besser klappen. Die Aussprache muß noch mehr gepflegt werden — vielleicht hatte auch Schuld daran die schlecht wirkende Akustik im Saale, der leider nur schwach besetzt war. **Das Tendenzlied herrschte vor — und das ist gut so.** Jedenfalls war der Abend verhältnismäßig gut gelungen. Nur muß man sich in Zukunft mit Wittenberg verständigen, damit nicht zwei Konzerte auf einen Abend fallen. Bei gegenseitigem guten Willen muß das möglich sein. Wenn man bedenkt, daß der hiesige Chor bei jeder Arbeiter-Veranstaltung mitwirkt, so kann man einfach den schlechten Besuch des Konzertes nicht verstehen. Wenn es nur ein Bauernball gewesen wäre . . . .

Piesteritz-Kleinwittenberg. Rote Hilfe leistete der Rote Frauen- und Mädchen-Bund, Ortsgruppe Piesteritz-Kleinwittenberg, indem er 10 Mk. stiftete für die Kinder der politischen Gefangenen, die Ostern die Schule verlassen. Die Abteilung Piesteritz des RFB. gab zu diesem Zweck ebenfalls 5 Mk. Ebenso stiftete die Firma Richard Schiedewitz ein Paar neue Damenschuhe. Proletarier und Proletarierinnen, schafft weiter Rote Hilfe, damit die unglücklichen Opfer der Klassenjustiz sehen, daß sie von ihren Klassengenossen nicht vergessen werden.

Arbeiter-Sport

Alle Arbeiter-Sportler nehmen an der heutigen Kundgebung der hallischen Arbeiter teil und treffen sich auf den bekannten Plätzen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Halle

Freitag, den 25. März 1927, abends 1/8 Uhr, im Restaurationssaal des „Volkspark":

Oeffentliche Radfahrer-Versammlung.

Thema: 1. Das neue Verkehrswesen. Referent: E. Schaumburg (Verkehrsbund). — 2. Zweck und Ziele des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität". Referent: M. Bandermann (Barleiter). Eintritt frei!

Turn- und Sportverein Fichte (Kinderabteilung)

Am Sonnabend, dem 26. März, im kleinen Saale des „Volkspark"

Elternabend mit Schulentlassungsfeier.

Ein gutes Programm füllt den Abend aus. Den Abschluß bildet das Festspiel „Jugendgelöbnis", ausgeführt von den zu Ostern die Schule verlassenden Knaben und Mädchen. Ein Besuch kann jedem Sportfreund empfohlen werden. Anfang 7½ Uhr. [164

Der Kinderausschuß.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Halle

Zur ersten Ausfahrt am 20. März waren trotz der schlechten Witterung eine Anzahl Fahrer erschienen. Nach 4stündiger Zugabe der angesetzten Zeit gab der Führwart das Signal zur Abfahrt. Frisch zu Stadtroß ging die Tour durch Bruckdorf, Dieskau, Döllnitz bis Burgliebenau ohne Raddefekt von statten. 4/8 Uhr wurde die Rückfahrt durch einen Umweg über Merseburg—Ammendorf verlängert. 1/8 Uhr wir sind da! ohne Schaden wieder erreicht. Jeder einzelne Teilnehmer wird ersucht, zur pünktlichen Zeit zu erscheinen, auch die Fahrwerte müssen die angesetzte Zeit korrekter durchführen. Jeder Fahrer ist uns bei den Ausfahrten herzlich willkommen. Nächste Ausfahrt Sonntag früh 7 Uhr; Riebedplatz nach Leipzig. Frisch auf! Arbeiter, erkennt, wo Ihr hingehört. Darum meldet alle zusammen gewirkelte Rennvereinigungen. Der Bund „Solidarität" ist der Ort, dem sich jeder klassenbewußte Arbeiter anzuschließen hat.

Arbeiter-Kegelbund, Ortsgruppe Halle. Am Montag, 28. März, abends 1/8 Uhr, im „Kolsparl" erweiterte Vorstandssitzung. Der Vorstand. J. A. Manasse.

Schafstedt 1. — Diemitz 1. 1 : 3.

Sportvereint Zeitz. Montag, den 28. März, abends 8 Uhr, bei Wagner (Voigtstr.) Jahres-Hauptversammlung. Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Anträge, 3. Neuwahlen, 4. Verschiedenes. Anträge sind bis 26. März an Max Hauschild, Voigtstr. 23, einzusenden. Der Vorstand muß um 7 Uhr erscheinen.

Vereint Zeitz. (Fußball.) Allen Vereinen zur Kenntnis, daß am Sonntag, dem 27. März, vormittags 9 Uhr, in Zeitz (Lokal „Schützenhäuschen") eine Vereinsjugendleiter-Konferenz stattfindet. Jeder Verein muß vertreten sein. Nicht anwesende Vereine, die unentschuldigt fehlen, werden bestraft. Genossen, seid Euch der Wichtigkeit dieser Konferenz bewußt. Es ist der letzte Sonntag vor Beginn der Serie. Bezirks-Jugendausschuß.

Spielleute der Gruppe Zeitz im 4. Bezirk, 5. Kreis. Den einzelnen Spielmannszügen nochmals zur Nachricht, daß die Gruppenübungsstunde am 27. März in Droßig, 1 Uhr mittags, im „Gasthof zum Adler" beginnt. Vormittags 11 Uhr findet eine Zusammenkunft statt, und zwar haben zu erscheinen: die technische Gruppenleitung, der technische Ausschuß des Gruppenkorps, die einzelnen Vereinsstabführer sowie der Leiter des Spielmannszuges Droßig. Die Arbeitsgemeinschaft „Spielmannszug Zeitz" marschiert um 11 Uhr vormittags ab Reinkeths Restaurant, Stephanstraße. Kleidung wie vorgeschrieben.

Fritz Großmann, Gruppenstabführer.

2. Kreis, 8. Bezirk, 1. Gruppe, Turnspieler. Sonnabend, 26. März, abends 8 Uhr, findet in Wittenberg („Gesellschaftshaus") eine Spielleiterbesprechung statt. Unbedingt zu erscheinen haben die Spielleiter usw., Spielführer, sowie die gewählten Schiedsrichter im Handball. W. Hübner, Bezirks-Spielleiter, Wittenberg, Luerstr. 5.

2. Kreis, 8. Bezirk. Vorschau. Sonntag, den 27. März, empfängt Sportfreunde 1. die bis jetzt tabellenführende Reisch 1. Ein Bestimmtes kann man noch nicht sagen, ob Sportfreunde wohl ohne Ersatz wird antreten können. Auch Reisch wird in starker Aufstellung erscheinen. — Sportfreunde Piesteritz 2. — Reisch 2. 4 : 0 (2 : 0).

Vereinsmitteilungen

Arbeiter-Wassersportverein Wölbers-Wörmlitz. Alle Mitglieder treffen sich am Sonntag mittag 1 Uhr am Bad zur geschlossenen Beteiligung an der Märzgefallenenehrung und Jugendweihe. [160

Sportbrüder 25, Halle. Neues Vereinslokal: „Restaurant Sello", Dorotheenstraße 12, Telephon 212 02. — Sämtliche Spiele, wo mit besonderer Verein sind, finden auf dem Sandanger statt. Umkleidelokal: Restaurant „Eisbörse" (Vereinslokal des FSC. Viktoria). Im Sommerhalbjahr: Sandanger-Baracke. — Zuschriftenadresse: Oskar Schönfeld, Halle, Schmeltzstraße 11, Sout. Dies zur Kenntnis aller Vereines des Bezirks zur Kenntnis. [161

Kraft- und Artistenklub Atlas. Wegen besetzter Turnhalle fallen unsere Uebungsstunden Freitag aus. Die 1. Ringermannschaft sowie alle Handballspieler treffen sich Freitagabend 8 Uhr im Vereinslokal „Trompeterschlößchen" zu einer wichtigen Sitzung. Restloses und pünktliches Erscheinen wird erwartet. [162

Der Vorstand.

Fichte Halle (Fußballabteilung). Freitag abend 8 Uhr Mannschaftssitzung. [165

Fertzenheimgenossenschaft Naturfreunde, Zehlitzkle Halle. Sonnabend, den 26. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Bericht von der Vertreterversammlung in Friedrichroda. [166

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270324-14/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Osterhilfe für die Kinder der politischen Gefangenen

Die Rote Hilfe Deutschlands ist seit Jahren bestrebt, nicht nur die notwendigen Kampagnen zur Freilassung unserer politischen Gefangenen gut durchzuführen, des weiteren die gesamte Arbeiterschaft auf die immer brutaler auftretende Klassenjustiz aufmerksam zu machen, sondern auch in jeder Situation die Opfer der Klassenjustiz, insbesondere die Frauen und Kinder auch materiell zu unterstützen.

Dank der Solidarität der Arbeiterschaft konnte unsere Organisation diese Aufgabe durchführen. Die Not der Angehörigen unserer politischen Gefangenen ist naturgemäß groß. Durch die Beraubung ihrer oft einzigen Ernährer und in Anbetracht der mäßigen Unterstützung der Behörden, die in vielen Fällen überhaupt nicht gezahlt wird, fehlt es natürlich am Allernotwendigsten.

Insbesondere tritt diese Not in Erscheinung, wenn ein Kind zur Schule oder aus der Schule kommt.

Von diesem Gesichtspunkt aus hat sich der Bezirksvorstand der Roten Hilfe bei der Errichtung einer Nähstube für den Bezirk in Halle leiten lassen. Sechs Kinder, die zur Schule kommen und vier Kinder, die aus der Schule entlassen werden, mußten eingekleidet werden. Durch bankenswerte Bereitstellung von Spenden der Geschäftsleute an Kleiderstoffen Unterwäsche, Schuhen und Schulranzen und durch freiwilliges zur Verfügungstellen von fünf Genossinnen in der hallischen Nähstube war es möglich, diese Kinder restlos von Kopf bis Fuß einzukleiden. Darüber hinaus konnten an das Kinderheim Elgersburg bis jetzt 11 Kinderkleider und 14 Schürzen abgesandt werden, während die Genossinnen weiter an der Arbeit sind, um die Not auch in den Kinderheimen zu lindern.

Diese gewiß anzuerkennende Arbeit kommt den ärmsten der Armen zugute. Es ist ein praktisches Solidaritätswerk der Arbeiterklasse und wird dazu beitragen, unseren Genossen hinter Kerkermauern neuen Mut einzuflößen, damit sie nach Beendigung ihrer Kerkerstrafe als ungebrochene Kämpfer in unsere Reihen zurückkehren können.

Eilenburg. Die Märzfeier der KPD. (Ortsgr. Eilenburg) ist am Freitag, dem 25. März, abends 8 Uhr, in der „Stadthalle". Programm: 1. Ansprache, 2 Musik, 3. Rezitationen, 4. Sprechchor, 5 Theater-Aufführung des RFB.: „Eine Märznacht". 6. Lebende Bilder vom Jung-Spartakus-Bund. Eintritt 30 Pf., für Erwerbslose 15 Pf. Sorgt für Massenbesuch.

Torgau. Heute geht alles zur öffentlichen Stadtverordnetensitzung, die abends 7 Uhr stattfindet. Tagesordnung: 1. Einführung eines Stadtverordneten. 2 Verpachtung der Fischerei im ihw Graben 3 Beschlußfassung über **Erhöhung der Wohnungsbauanleihe auf 550 000 Mark.** 4. Abgabe von Baugelände östlich Königsbadgebäude. 5. Uebernahme einer Bürgschaft zwecks Bau eines Wohnhauses in den Vorstädtegärten. 6. Erhöhung einer Bürgschaft von 4500 auf 6000 Mark. 7. Kleidergeldzulage an die Kanalarbeiter. 8. Kosten für Schulbäder. 9. Einrichtung neuer Klassenzimmer in der Volksschule.

Torgau. Große Strafkammer. Der Landwirt Emil T. aus Altherzberg führte jahrelang die Geschäfte eines Steuereinnehmers in der Gemeinde Altherzberg. Im letzten Jahre erhob er jedoch höhere Steuerbeträge, die in seine eigene Tasche wanderten. Er war deshalb vom Großen Schöffengericht Torgau zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Hiergegen legte T. wie auch der Staatsanwalt Berufung ein. Gestern wurde nun nach sechsstündiger Verhandlung T. wiederum wegen schwerer Amtsunterschlagung und Betrugs zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Hohenleipisch. Einige Genossen warben am Sonntag, dem 20. März, zwei „Klassenkampf"-Leser und 30 Leser für die „Arbeiter-Illustrierte." Weiter so, dann geht es gut vorwärts.

Mückenberg. In der Erwerbslosenversammlung im Gasthof Ober wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 7. März 1927 im Gasthof Ober stattgefundene Erwerbslosenversammlung erhebt schärfsten Protest gegen die Einführung der Erwerbslosenversicherung, da diese in derselben eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage sieht, und fordert vom Reichstag, sofort die Sätze um 40 Prozent zu erhöhen und Aufhebung des Pflichtarbeitstages, wie dies schon vor kurzer Zeit beantragt worden ist. Auch protestieren wir gegen alle Mehrarbeit, und fordern **sofortige Einführung des Achtstundentages,** da nur dieser die Erwerbslosigkeit mit beheben kann.

Elsterwerda. Im hiesigen Kino (Edison-Lichtspiele) wird ab Freitag, dem 25. März, bis zum Montag, dem 28. März, der „Der Wolgaschiffer" gegeben In der Umgebung von Elsterwerda wurde er noch nicht gezeigt. Derselbe Film läuft ab Freitag in den „Metropol-Lichtspielen" Hohenleipisch.

Neues aus aller Welt

Auf dem Wege zur Arbeit in den Tod

Ein Lastauto in einen Dorfbach gestürzt

Ein verhängnisvoller Automobilunfall ereignete sich in den Morgenstunden des 23. März gegen ¼7 Uhr auf der Chaussee zwischen Kudowa und Tscherbeney. Ein mit 68 Personen besetzter Lastkraftwagen, der u. a. eine größere Anzahl Arbeiter der Christian-Dierig-Werke zu ihrer Arbeitsstätte brachte, ist über eine Brücke in den Dorfbach gestürzt. Das Auto fuhr mit voller Kraft eine steile Kurve bergan. Plötzlich zerriß die Antriebsstelle zu den Hinterrädern. Dem Chauffeur gelang es nicht, den Wagen rechtzeitig zum Halten zu bringen, und nun begann das Lastauto in immer schneller werdendem Tempo den Berg hinabzufahren, wobei zum Unglück noch die Steuerung versagte. Einzelne Personen sprangen während der Fahrt ab, bis das Tempo des rückwärtsrollenden Wagens das Abspringen unmöglich machte. Das Lastauto geriet nun auf eine am Ende der Kurve gelegene Brücke, riß das Brückengeländer um, stürzte mit sämtlichen Insassen in die Tiefe und überschlug sich. Die noch auf dem Wagen befindlichen Personen wurden unter dem Auto begraben. Sechs von ihnen wurden getötet, ein Teil ist ertrunken, der andere vom Auto erdrückt. Eine Person erlitt schwere Verletzungen. Dem Vernehmen nach soll auch diese schon gestorben sein. Die Aerzte der Umgebung trafen bald an der Unglücksstelle ein. Die Leichtverletzten, deren Zahl beträchtlich ist, wurden teils ins Krankenhaus, teils in ihre Wohnungen gebracht.

Schweres Eisenbahnunglück in der Schweiz

Am Dienstagabend ereignete sich in Graubünden, in der Nähe von Guarda, ein schwerer Eisenbahnunfall. Ein Zug stieß in der Nähe des Magnacum-Tunnels auf einen Felsblock, der sich losgelöst hatte. Die Lokomotive wurde aus dem Gleis geworfen. Der Lokomotivführer wurde getötet und sechs Personen erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Werbt für den „Klassenkampf"

Ein Waldbrand

dessen Entstehungsursache bisher nicht einwandfrei geklärt werden konnte, vernichtete heute nachmittag in unmittelbarer Nähe des „Schützenhauses" eine der Stadt Derenburg gehörige Kiefernschonung in einer Ausdehnung von über 12 000 Quadratmeter.

Brand in der Dresdner Heide

Gestern nachmittag entstand in der Dresdener Heide unweit der Heidemühle ein Waldbrand, der rasch um sich griff. Einige Personen hatten Reisig verbrannt, wovon Funken die umliegenden Waldbestände in Brand setzten. Zur Bekämpfung des Feuers mußte die Dresdener Feuerwehr herbeigerufen werden.

Wirbelsturm über Sibirien

Ueber Sibirien wütet ein Wirbelsturm von großer Heftigkeit. Es sind drei Menschen erfroren. Der Sachschaden ist groß. Auch die Stadt Tomsk wurde betroffen.

Ueberfallen und schwer verletzt wurde in Thale abends am hiesigen Bahnhof der Sparkassenbuchhalter. Ein bisher noch nicht ermittelter Unbekannter fiel über ihn her und schlug ihn ohne Grund mit einem harten Gegenstand gegen den Kopf, so daß er bewußtlos zur Erde fiel. Auch dann noch schlug der Unbekannte auf den Buchhalter ein.

Mordversuch. Nachts versuchte der Stiefsohn Erich Olitscher in Gotha seinen Stiefvater, den Pflastermeister Karl Seyferth, im Schlafe durch zwei Hammerschläge zu töten. Der Täter stellte sich in der Nacht noch der Polizei. Er macht den Eindruck eines geistig nicht normalen Menschen.

Wie wird das Wetter?

Wettervoraussage für das nördliche Mitteldeutschland: kühler, überwiegend trüb mit Niederschlägen.

Für das übrige Deutschland, im Nordosten: ständig weiterhin kalt. Auch in den übrigen Landesteilen Fortsetzung der Abkühlung, fast überall trüb und in den meisten Gegenden Niederschläge.

Verantwortlich Marianne Gundermann Halle a. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroß, Halle a. S.

Sparsame Hausfrauen bevorzugen **Ritters Kaffee-Haushaltmischungen**
Dieselben sind stets frisch und ausgiebig
1 Pfd. mit 20 Proz. Bohnenkaffee 90 ₰ 1 Pfd. mit 40 Proz. Bohnenkaffee 1,40
Otto Noak, Inh. Georg Ritter, Gr. Steinstr. 76

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt schnell, sicher, schmerz- und gefahrlos **Kukirol**
Vielmillionenfach bewährt. Packung 75 Pfg.
Gegen Fußschweiß, Brennen und Wundlaufen Kukirol-Fußbad. Packung 5 Bäder 1 Mark. — In fast allen Apotheken und Drogerien erhältlich.
Kukirol-Verkaufsstellen: Drogerie Oscar Paulin jr., Leipziger Str. 63; Barbara-Drogerie, Merseburger Str. 104; Einhorn-Drogerie, Schmeerstr. 13; Germania-Drogerie, Gr. Ulrichstr. 51; Süd-Drogerie, Liebenauer Str. 18; Universal-Drogerie, Königstr. 24-25; Drogerie Alb. Schlüter, Gr. Steinstr. 69; Thomasius-Drogerie, Thomasiusstr. 49; Drogerie M. Maltsagott Nachf., Gr. Ulrichstr. 30; Parfümerie E. Kertzscher, untere Leipziger Straße 26.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. – Postscheckkonto Leipzig 107 001.
Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Halle. Achtung, Stadtteil-Agitprop-Leiter! Material abholen Zimmer 4, Lerchenfeldstr.
Halle, Stadtteil Süden. Informationsabend des gesamten Stadtteils am Freitag, 25. März abends 8 Uhr. in der Produktiv-Genossenschaft. Bericht vom Reichsparteitag. Referent: Gen. Hans Schröter. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Ammendorf. Demonstration gegen Arbeitermord und Faschistenterror am Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen". Ref.: Gen. Hugo Müller.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Teuchis-Tollwitz. Mitgliederversammlung Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Wichtige Tagesordnung. Alles hat zu erscheinen.
Merseburg. Demonstration gegen Arbeitermord und Faschistenterror am Freitag, 25. März, abends ½8 Uhr, auf dem Markt.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Bottendorf b. Roßleben. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Bürgerblock und Kriegsgefahr. Referent: Genosse Max Lademann, M. d. L.
Crossen. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 26. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Gegen Bürgerblock und Kriegsgefahr. Referent der IVBB.
Weißenfels. Demonstration gegen Arbeitermord und Faschistenterror Sonnabend, 26. März. 7 Uhr Antreten auf dem Neumarkt. 8 Uhr Kundgebung auf dem Marktplatz.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Artern. Mitgliederversammlung Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, im Goethehaus. Bericht vom Reichsparteitag. Referent: Gen. Lessig, Eisleben.
Benndorf. Oeffentliche Versammlung Freitag, den 25. März, abends 8 Uhr, bei Biedermann. Thema: Steuertrügen im Mansfelder Seekreis. Ref.: Gen. O. König.
Wimmelburg. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Bürgerblock und Kriegsgefahr. Referent der BV. anwesend.
Gerbstedt. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 26. März, abends 8 Uhr, beim Gen. Zeißing. Thema: Werbewoche. Alle Genossen müssen erscheinen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Oeffentliche Frauenversammlung Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Bürgerblock und Kriegsgefahr; internationale Frauenwoche. Referentin: Hanna Schulz, Berlin.
Bitterfeld. Demonstration gegen Arbeitermord und Faschistenterror am Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus".
Petersroda. Mitgliederversammlung Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum heiteren Blick".

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Domnitzsch. Mitgliederversammlung Freitag, den 25. März, abends 8 Uhr, in der „Mühle". Bericht vom Parteitag. Referent: Gen. Holzweißig.

Unterbezirk Delitzsch

Freiroda-Radefeld. Mitgliederversammlung Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Bericht vom Reichsparteitag. Referent: Gen. Simon, Delitzsch.
Eilenburg. Märzgefallenenfeier Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, in der „Stadthalle". Ref.: Gen. Grade, Halle.
Laubsberg. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 26. März, abends 8 Uhr, im „Deutschen Haus".
Gieslen. Mitgliederversammlung Sonnabend, 26. März, abends 8 Uhr, bei Rau. Bericht vom Reichsparteitag. Referent: Gen. Franz Simon.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gaulsführung des RFB Halle-Merseburg: Fritz Brückner, Halle a. d. S., Große Klausstraße 10.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Kapelle antreten 7.15 Uhr auf dem Hallmarkt. Probe fällt aus.
Halle. Abteilung 5, Zentrum. Das Werbebureau ist geöffnet jeden Montag, Mittwoch, Freitag in der Zeit von ½7 bis ½9 Uhr.
Halle. Abt. 1 (Süden), 2. Kameradschaft. Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, Kameradschaftsversammlung im „Braustübel". Wichtige Tagesordnung.
Halle. Abt. 22 (Süden). Sonntag, 27. März, vormittags 10 Uhr, treten alle Kameraden in Freundliebschen Lokale an.
Ammendorf. Heute abend 8 Uhr im „Burgschlößchen" Lesepraße.
Ammendorf. Freitag, 25. März, abends ½8 Uhr, Antreten der gesamten Ortsgruppen mit Spielmannszug und Kapelle am „Dreierhaus" zum Protest gegen den Arbeitermord in Berlin.
Löbejün. Sonnabend, 26. März, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler" Mitgliederversammlung
Die Ortsgruppen Seeben, Sennewitz, Teicha, Morl, Gutenberg, Oppin und Brachstedt beteiligen sich am Sonntag, 27. März, vormittags 10 Uhr, an der Jugendweihe im Gasthof Glaser. Um 11 Uhr Antreten zur Märzgefallenen-Demonstration.

Jungfront

Halle. Heute abend treten alle Kameraden bei ihren Abteilungen an. Ab Hallmarkt marschiert die Jungfront geschlossen.
Kameraden, rüstet zur Fahrt nach Magdeburg. Einzahlung des Fahrgeldes bei den Abteilungsleitern.
Halle. Abt. 2 (Süden). Sonntag, 27. März, vormittags 8 Uhr, bei Freundlieb Zunftänderung.
Halle. Abt. 2 (Süden). Sonntag, 27. März, vormittags 10 Uhr, treten alle Kameraden im Freundliebschen Lokale an.
Ammendorf. Freitag, 25. März, abends 8 Uhr in der „Burg" Werbeabend der RJ. Die gesamte Ortsgruppe mit Spielmannszug und Kapelle nimmt daran teil.

Untergau Merseburg

Rattmannsdorf. Freitag, 25. März, Pflichtversammlung. Lokal und Zeit wie immer. Alles hat zu erscheinen.
Leuchlitzbl. Sonnabend, 26. März, abends 7½ Uhr, findet die Ortsgruppe geschlossen auf dem Marktplatz zwecks Demonstration. Anschließend Werbeabend im Gasthof „Stadt Leipzig".

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Jungfront. Zwecks einer Aufführung erscheinen am Freitag zur Märzfeier im „Volkshause" alle Kameraden in Bundeskleidung.
Weißenfels. Sonnabend, 26. März, tritt die Ortsgruppe 7 Uhr abends auf dem Neumarkt zur Demonstration an. Um 8 Uhr findet die Kundgebung auf dem Marktplatz statt.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Oberröblingen. Sonntag, 27. März, vormittags 10 Uhr, sammeln sich folgende Ortsgruppen im Lokal Henze, Unterröblingen, zur Märzfeier.
Höhnstedt, Langenbogen, Teutschenthal, Wansleben, Erdeborn, Schraplau, Oberröblingen: Instrumente sind mitzubringen.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Hettstedt. Sonnabend, 26. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Hohenzollernpark". Erscheinen ist Pflicht.

Untergau Sangerhausen

Der gesamte Untergau beteiligt sich Sonntag, 27. März, an der Märzfeier in Sangerhausen. Die Ortsgruppen treffen sich von 8 bis 9 Uhr im „Herrnkrug".
Sangerhausen. Sonntag, 27. März, morgens 8 Uhr, tritt die Ortsgruppe am „Herrnkrug" an. Spielmannszug zur Stelle.

Untergau Bitterfeld

Bitterfeld. Heute abend 8 Uhr im „Gesellschaftshaus" Werbekundgebung der Roten Jungfront. Alle Kameraden müssen erscheinen. Ref.: Kamerad Nöbel.
Brehna. Sonnabend, 26. März, abends ½8 Uhr, im Gasthof „Zur Erholung" Pflichtversammlung.
Holzweißig. Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, bei Hafer Werbeversammlung.

Untergau Wittenberg

Zahna. Sonnabend, 26. März, abends 8 Uhr, Werbekundgebung der Roten Jungfront. Ref.: Kamerad Dietrich.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Mühlberg. Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, Werbeabend der Roten Jungfront im „Kronprinz". Nachmittags 3 Uhr Demonstration. Antreten am „Elbschlößchen". Sämtliche Ortsgruppen des Untergaues werden hierzu eingeladen.
Elsterwerda. Sonnabend, 26. März, abends 8 Uhr, Werbekundgebung der Roten Jungfront. Ref.: Kamerad Rackelmann.

Untergau Zeitz

Die für Sonntag, den 27. März, angesetzte Untergau-Konferenz findet nicht statt. Nähere Anweisung erfolgt.
Zeitz. Sonnabend, 26. März, abends 8 Uhr, in der „Herberge" Kameradschaftspflichtversammlung.

Jungfront

Zeitz. Freitag, den 25. März, abends 6 Uhr, Antreten der gesamten Ortsgruppe mit Jungfront auf dem Alten Markt.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473

Mitteilungen der BZ. Alle Ortsgruppen beteiligen sich an den Protestkundgebungen gegen Arbeitermord und Faschistenterror.
Bis zum 7. April muß jede Ortsgruppe die Teilnehmerzahl zum Jugendtag angeben.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle, Gruppe Westen. Sonntag vormittag 9 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft wichtige Zusammenkunft.
Halle, Gruppe Zentrum. Sonntag vormittag 9 Uhr im Lokal „Goldene Kette", Alter Markt, wichtige Zusammenkunft.
Halle, Gruppe Norden. Sonntag vormittag 9 Uhr im „Volkspark" Zusammenkunft aller Mitglieder.
Halle. Sonntag nachmittag 2 Uhr Treffen Hallmarkt zur Wanderung.
Halle. Sonntag abend 7 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Generalversammlung der gesamten Organisation Halles. Mitglieds- sowie Gewerkschaftsbuch ist zur Kontrolle mitzubringen.
Halle. Heute, Donnerstag, fallen alle Gruppenabende aus. Alle Genossen nehmen an der Kundgebung teil.
Halle. Gruppe Westen. Freitag abend 8 Uhr in der Jugendherberge, Weingärten, Politischer Diskussionsabend.
Halle. Gruppe Zentrum. Freitag abend 8 Uhr im Gesellenheim, Klosterstraße, Mitgliederversammlung. Mitglieds- und Gewerkschaftsbuch ist mitzubringen.
Halle. Gruppe Nord. Freitag abend 8 Uhr im „Volkspark" Gruppenabend. Bericht von der Bezirkskonferenz.

Arbeitsgebiet Schkeuditz. Sonnabend, 26. März, abends 8 Uhr, im Jugendheim gemeinsame Versammlung aller Ortsgruppen des Arbeitsgebietes. a) Politische Information: Gen. Frim. b) Unsere Aufgaben im Arbeitsgebiet: Gen. Otto.
Ammendorf. Die für Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, im Jugendheim angesetzte Theaterprobe muß Umstände halber ausfallen. Dafür erscheint alles Sonnabend abend 8 Uhr.
Miedewitz. Sonntag, 27. März, Besichtigung des Heimatmuseums in Schkeuditz. Treffen 10 Uhr.
Krönern. Sonntag, 27. März, Schulentlassungsfeier. Referent des KJVD.
Radefeld. Sonntag, 27. März, Theaterprobe zur Jugendweihe.
Schkeuditz. Sonntag, 27. März, Besuch des Heimatmuseums.
Raßnitz. Sonnabend, 26. März, abends 7 Uhr, im Lokal Sperling Gruppenabend. Jeder Genosse hat unbedingt zu erscheinen.
Raßnitz. Am 27. März übernimmt die Ortsgruppe Raßnitz die Werbearbeit zur Jugendweihe in Bruckdorf.
Alle Genossen müssen um 2 Uhr am „Dreierhaus" sich einfinden.
Ammendorf übernimmt die Arbeit in Ammendorf.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Freitag, 25. März, abends ½8 Uhr, Theaterprobe b. Gen. Wiesemann.

Unterbezirk Weißenfels

Zeitz. Freitag, 25. März, Gruppenabend. Thema: „Die Pariser Kommune."
Weißenfels. Sonntag, 27. März, Schulentlassungsfeier.
Weißenfels. Sonntag, den 27. März, abends 7 Uhr, im Saale des Jugendheims Schulentlassungsfeier.
Zeitz. Sonntag, 27. März, Schnitzelsegd. Abmarsch ½2 Uhr.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Sonntag, den 27. März, nachmittags 2 Uhr, im „Lindenhof" Spielnachmittag mit JGB.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Am Sonnabend, 26. März, abends 6 Uhr, findet in Falkenberg eine Besprechung über die Kämpfe in der Keramischen Industrie statt.
Alle Ortsgruppen müssen möglichst einen Genossen entsenden, der in der Topfwaren- usw. Industrie arbeitet. Sonst ist der Mitleiter zu entsenden.

Jung-Spartakus-Bund Bezirksleitung Halle-Merseburg

Halle. Freitag nachmittag pünktlich ½6 Uhr in der Produktiv Spielabend.
Halle. Am Sonnabendnachmittag 4 Uhr treffen sich alle Genossen in der Produktiv.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle (Norden). Werbebezirksversammlung Donnerstag, 22. März, abends 8 Uhr, im „Wüstenkäfer". Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen.
Am alle Ortsgruppen! Der Kassenleitung muß sofort gemeldet werden, wieviel Genossinnen am 3. April mit nach Magdeburg fahren. Näheres im Rundschreiben.
Halle. Die Genossinnen, die mit nach Magdeburg am 3. April fahren, haben dies bei der Werbebezirksleiterin zu melden. Fahrgeld kann die Hälfte diese Woche und die andere nächste Woche bezahlt werden. Das Fahrgeld beträgt 4,30 Mk.
Halle. Heute abend 8 Uhr beteiligen sich alle Genossinnen an der großen Protestkundgebung im „Volkspark". Die Genossinnen gehen direkt nach dem „Volkspark" und treten nicht auf den Sammelplätzen des RFB. mit an.
Querfurt. Alle Genossinnen treffen sich am Sonntag, 27. März, nachmittags 1½ Uhr, am „Schützenhaus" zur Märzgefallenengedenkfeier. Es ist Pflicht einer jeden Genossin, bestimmt und pünktlich zu erscheinen und an der Demonstration teilzunehmen.

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Teleph. 29150

Merseburg. Donnerstag, 24. März, abends 7 Uhr (frühere Freibank) Vorstandssitzung. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung.
Gröbers. Sonnabend, 26. März, abends 8 Uhr, im „Weißen Hirsch" öffentliche Versammlung. Referent von Halle anwesend.
Merseburg. Donnerstag, 24. März, abds. 8 Uhr, im Vorwerk, Nähstube, Versammlung.
Thesien. Sonnabend, 26. März, abends 8 Uhr, im „Blauen Stern" China-Kundgebung. Referent: D. Y Lim, China.
Kretzschau. Sonntag, 27. März, vormittags 9½ Uhr, im Gasthof Töpel China-Kundgebung. Referent: D. Y Lim, China.
Droyßig. Sonntag, 27. März, nachmittags 4 Uhr, im „Schwarzen Adler" China-Kundgebung. Referent: D. Y Lim, China.

MAGGI's Würze die ausgiebigste deshalb die billigste!
*304

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270324-14/fragment/page=0012

Nankin
Blättermeldung
nahme Nankings
Herren Chinas

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 105545 Frit Krob, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Donnerstag, 24. März 1927 | 7. Jahrgang * Nr. 70

Drei Todesopfer des Berliner Blutbads

Hallische Arbeiter! Heute abend 8 Uhr Massenprotestkundgebung im „Volkspark"!

Soll Deutschland ein neues Mussolinien werden?

Halle, 24. März.

Die Tatsachen sind bekannt. Planmäßig organisierter Mordüberfall des Faschistengesindels auf eine Musikkapelle des Roten Frontkämpfer-Bundes. Duldung der Bestialitäten durch monarchistische Schupooffiziere. Planmäßiger Angriff gegen die demonstrierende Arbeiterschaft. Tote, Schwerverwundete.

Von höchstem Interesse ist es, die Haltung des bürgerlichen Staatsapparates zu verfolgen. Die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionsregierung in Preußen duldet das Treiben des Faschistengesindels, und droht dafür mit einer Verfolgung, ja mit einem Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes. Die Abwehraktion der Arbeiterschaft gegen den Faschismus soll durch Einschüchterungsversuche erstickt werden. Die sozialdemokratisch-bürgerliche Preußen-Regierung duldet, daß die Polizeibeamten, die vielfach mit den nichtfaschistischen, faschistenfeindlichen werktätigen Massen sympathisieren, planmäßig durch ihre monarchistischen Offiziere gegen die Arbeiter gehetzt werden. Die einzige Sorge des sozialdemokratischen Innenministers Grzesinski ist, der Bourgeoisie zu zeigen, daß er ein Mann der Ordnung ist, daß er das Vertrauen der bürgerlichen Parteien verdient. Der Geist von Noske lebt.

Im Hintergrunde steht der Bürgerblock. Die Reichsregierung schützt die faschistischen Organisationen, deren Vertreter zum Teil in der größten Regierungspartei prominente Stellen einnehmen.

Nicht nur die klassenbewußten, revolutionären Arbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft muß begreifen, daß der Faschistenüberfall und das darauf folgende Blutbad in Berlin keine Einzelfälle gewesen sind. Es handelt sich um die planmäßige Vorbereitung der Faschisierung Deutschlands. Die Vorgänge, die sich jetzt in Berlin abgespielt haben, können sich, wenn die Arbeiterschaft dagegen sich nicht wehrt, morgen in ganz Deutschland wiederholen. Insbesondere ist damit zu rechnen, daß die faschistischen Organisationen in Mitteldeutschland, dem Berliner Beispiel folgend, planmäßige Ueberfälle auf die nichtfaschistischen Bevölkerungsschichten organisieren werden.

Soll Deutschland ein zweites Mussolinien werden? So steht die Frage. Bisher stand die Mehrheit der Arbeiter auf dem Standpunkt: Der Faschismus sei in Deutschland nicht möglich, weil die Rolle der Arbeiterschaft in Deutschland eine ganz andere ist als in Italien oder in Horthy-Ungarn. Der Faschismus werde es nicht wagen, in Deutschland mit den Mitteln vorzugehen, die er in anderen Ländern angewendet hat.

Dieser Standpunkt ist eine gefährliche Illusion. Die neue faschistische Welle hat einen realen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Hintergrund. Das Großkapital braucht den Faschismus wieder, weil es mit den Arbeitskämpfen nicht fertig wird, weil die Unzufriedenheit der Werktätigen immer mehr wächst, weil die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter rebellieren. Das Großkapital steht, daß die Kommunistische Partei an Sympathien ständig gewinnt und ist bereit, eine terroristische Aktion gegen die Kommunisten zu unterstützen.

Es geht aber nicht nur um die Kommunisten. Der Faschismus betrachtet alle Nichtfaschisten als Todfeinde. Man denke an Italien, an die grauenhaften Verfolgungen, denen außer Kommunisten und Sozialisten alle Werktätigen, sogar bürgerliche Demokraten, nichtfaschistische Gelehrte, Künstler usw ausgesetzt sind, wenn sie es wagen, gegen den Faschismus ihr Wort zu erheben.

Der Faschismus ist ferner ein Vortrupp und Werkzeug des kriegslüsternen Imperialismus.

Die Erstarkung des Faschismus liegt im Interesse der Kriegshetzer.

Darum Einheitsfront aller Werktätigen, aller derjenigen, die verhindern wollen, daß Deutschland in ein Paradies der weißen Mordbanden, in eine Hölle für arbeitende und freie Menschen verwandelt wird. Einheitsfront unter Führung der klassenbewußten Arbeiterschaft und ihrer revolutionären Partei, der KPD.

Alle heraus gegen den Faschismus!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 24. März.

Das Vorgehen der Faschisten und Polizei hat bis jetzt drei Todesopfer gefordert. Nachdem am Dienstagabend ein Arbeiter erschossen wurde, ist im Krankenhaus ein Schwerverletzter gestorben. Name und Adresse konnten nicht in Erfahrung gebracht werden, weil die Staatsanwaltschaft die Leiche beschlagnahmt hat. In der Nacht vom Montag zum Dienstag haben die Faschisten einen Spandauer Genossen überfallen und totgeschlagen. Die „Rote Fahne" veröffentlicht eine große Anzahl von Augenzeugenberichten, aus denen hervorgeht, daß die Polizei provozierte und teilweise von hinten in die Menge hineinschoß.

Im Preußischen Landtag erklärte gestern der Innenminister Grzesinski: „Ich sage hier ganz offen, die Beamten hatten gestern Recht, von der Waffe Gebrauch zu machen." Er drohte das eventuelle Verbot des Roten Frontkämpferbundes an. Die Berliner Polizei ist allgemein auf erhöhte Alarmbereit-

[illegible] mentar zur Rede
[illegible] sten gelingt, einige
[illegible] Verletzten mensch-
[illegible] das sonst nichts.
[illegible] schen Kommunisten

[illegible] gegen die
[illegible] en

[illegible] Berlin, 23. März.

[illegible] gen Artikeln mit den
[illegible] Rechtspresse nimmt
[illegible] die Kommunistische
[illegible] che, daß im direkten
[illegible] rs und seines sozial-
[illegible] schen Polizeioffiziere
[illegible] m in einer disziplin-
[illegible] Terror zu protestie-
[illegible] n ihr auf den Kopf
[illegible] ten der Bürgerblock-
[illegible] bungen der Arbeiter-
[illegible] Ganz offen spricht
[illegible] Forderung aus, der

RFB. möge verboten werden. Sie schließt einen Hetzartikel mit den Worten:

„Wir fordern die sofortige Auflösung des RFB., wir fordern, daß sich die Reichsregierung endlich mit diesen skandalösen Zuständen in Berlin und Preußen beschäftigt!"

Diesen Forderungen der Deutschnationalen und Faschisten kommt der sozialdemokratische Polizeipräsident entgegen. Er läßt einen Polizeibericht verbreiten, der eine einzige Verdrehung der Vorgänge darstellt und Arbeiter und Kommunisten beschuldigt, in provokatorischer Absicht die Polizeioffiziere und Mannschaften tätlich angegriffen zu haben. Der „Vorwärts", das einzige Blatt der Linkspresse, das sich nur auf diese Polizeiberichte stützt, wagt die unerhörte Folgerung zu ziehen, daß zu erwägen sei, ob nicht überhaupt

Demonstrationsverbote für die „radikalen Parteien" erfolgen müßten.

Er befolgt damit nur die Richtlinie, die ihm vom Polizeipräsidium, das vollständig unter dem Einfluß der faschistischen Offiziere steht, gegeben wurde.

Dem Polizeipräsidium ist es aber nicht gelungen, mit seiner Verhetzung vollständig die öffentliche Meinung zu vergiften. Unter dem Druck der Tatsachen sind sogar eine Reihe von bürgerlichen Blättern gezwungen, das provokatorische Verhalten der Polizei, ihre blutigen Ueberfälle usw., zu kritisieren. So schreibt beispielsweise die Berliner „Volkszeitung": „Es hat freilich auch den Anschein, als ob nicht an allen Stellen das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten erst nach deren Herausforderungen erfolgte, sondern daß zuweilen mehr Schneidigkeit gezeigt wurde, als in der Situation begründet lag." Die „B. Z. am Mittag" schreibt: „Wir haben jetzt zwei grundverschiedene Systeme der Polizei gesehen. Bei den Hakenkreuzlern war sie erst gar nicht, dann zu schwach und zu spät da, bei den Kommunisten erschien sie am Anfang in allzu sichtbaren Massen von vornherein mit Karabinern usw. . . . Es hat den Anschein, als ob in unserem Straßenpolizeidienst eine gewisse nervöse Desorganisation . . . einzureißen beginnt." Noch stärker wie in diesen Feststellungen, kommt in allen Blättern, die es wagen, Augenzeugenberichte wiederzugeben, zum Ausdruck, daß überall die Provokation auf Seiten der Polizei lag, die wahrhaftig mit einem grundverschiedenen System im Vergleich zum Sonntag, wo es galt, die Faschisten zu beschützen, vorging. So berichtet beispielsweise ein Augenzeuge in der „Vossischen Zeitung", **daß Polizeioffiziere und Beamte auf dem Wilhelmplatz „vollständig die Nerven verloren haben und schneller von den Schußwaffen Gebrauch gemacht haben, als es vielleicht notwendig gewesen wäre".**

[illegible]r die mitteldeutschen Chemiearbeiter

Die Tarifkommission nimmt dem Angebot der Chemiekönige zu — Lohnabkommen bis zum 1. Mai 1928 Chemiearbeiter, zieht die Lehren!

Am 21. März fanden die Lohnverhandlungen zwischen der Tarifkommission und den Unternehmervertretern der chemischen Industrie, Sektion 5b (Mitteldeutschland), statt. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Tarifkommission einem Angebot der Chemiekönige zugestimmt hat, wonach die Spitzenlöhne für die Betriebsarbeiter ab 1. April 1927 73 Pf. betragen sollen. Das bedeutet eine Lohnerhöhung von sage und schreibe 6 Pf. für die Betriebsarbeiter. Die bisherige Leuna-Zulage von 2 Pf. läuft automatisch weiter. Der Zuschlag für Handwerker, der bisher 20 Prozent betrug, wird auf 25 Prozent erhöht.

Das Abkommen, das bis zum 1. Mai laufen soll, gilt auch für die Gummiindustrie.

*

Die Lohnerhöhung, die durch dieses Abkommen zustande gekommen ist, beträgt auf dem Papier nicht ganz 9 Prozent. Schon hieraus ist es ersichtlich, daß die Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes einem Abkommen zugestimmt haben, daß ungünstiger ist, als die für Frankfurt und Mittelrhein gefällten Schiedssprüche, wo die Lohnerhöhung 10 bzw. 9½ Prozent betrug. Noch jämmerlicher wird das Ergebnis, wenn wir es den Lebenshaltungskosten, den ständig steigenden Preisen, gegenüberstellen. Die Mietserhöhung ab 1. April wird dazu führen, daß der Schiedsspruch praktisch überhaupt keine Besserung der Lage der Chemiearbeiter bedeutet. In kürzester Zeit werden die Lohnsklaven des Giftkapitals feststellen, daß ihr Reallohn gesunken ist.

Nur unter stärkstem Druck der Gewerkschaftsopposition hat die Verbandsbureaukratie überhaupt nach monatelanger Verschleppung die Tarifkündigung beschlossen. Dabei wurden die Forderungen der mitteldeutschen Chemiearbeiter auf eine Lohnerhöhung von 25 Prozent von vornherein fallen gelassen. Das Ergebnis wäre aber zweifellos noch schlimmer gewesen, wenn die reformistische Gewerkschaftsführung nicht unter einem gewissen Druck der Belegschaften bzw. der Gewerkschaftsopposition gestanden hätte.

Das Abkomen ist für Mitteldeutschland um so kläglicher, als die ungeheuren Profite des Chemietrusts in wachsendem Maße aus seiner mitteldeutschen Produktion erzielt werden. Einer der bekanntesten Sticktoffspezialisten, Prof. Caro, hielt in diesen Tagen einen Vortrag, in dem er die **Stickstoffproduktion der J. G. Farbenindustrie im Jahre 1926 mit 440 000 Tonnen einschätzte.** Dies ergibt eine

Einnahme von 400 Millionen Mark,

wovon der größte Teil auf die Produktion im Leunawerk entfällt. In Anbetracht der außerordentlich niedrigen Selbstkosten ergibt sich, daß der **Profit auch Hunderte Millionen Mark** betragen muß.

Die Chemiearbeiter müssen aus diesem Schandabkommen die Lehre ziehen. Der Druck, den sie auf die Fabrikarbeiterbureaukratie ausgeübt haben, war ungenügend. Die arbeitsgemeinschaftliche Politik der reformistischen Gewerkschaftsführung führt zu einer Verewigung des Elends und damit der langen Arbeitszeit. Gerade die lange Arbeitszeit ist aber neben dem furchtbaren Antriebssystems die Hauptursache der **schweren Unglücksfälle,** die in den Betrieben des Chemietrusts nacheinander erfolgten. Der Kampf um den Acht- bzw. Siebenstundentag in den Chemiebetrieben muß mit einer wirklich energischen Bewegung verbunden werden, die den entschlossenen Willen der Arbeiterschaft zum Ausdruck bringt, dem Mordsystem in den J. G. Betrieben ein Ende zu bereiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270324-14/fragment/page=0013